

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
MITTEILUNGEN

33. Jg. / Nr. 3
Oktober 2026

Preis: 1,50 Euro

Österreichische Freiwillige im Tschapajew-Bataillon

MANFRED MUGRAUER

Nach dem Putsch der faschistischen Generäle im Juli 1936 eilten tausende Freiwillige aus aller Welt dem republikanischen Spanien zu Hilfe. Um diesen Zustrom zu organisieren, beschloss die Kommunistische Internationale, eigene internationale Einheiten im Rahmen der Republikanischen Volksarmee zu bilden. Im September 1936 erging ein Aufruf der Komintern zur Gründung der Internationalen Brigaden. Bereits Anfang November 1936, unmittelbar nach deren Formierung, waren die 11. und 12. Internationale Brigade in Madrid bei der Verteidigung der Universitätsstadt im Einsatz, unter ihnen auch das Bataillon Edgar André und das Thälmann-Bataillon, die vor allem aus deutschen und österreichischen Freiwilligen bestanden.

Am 11. November 1936 wurde in Albacete, wo sich die militärische Basis der Internationalen Brigaden befand, im Rahmen der 13. Internationalen Brigade das Tschapajew-Bataillon aufgestellt.[1] Die Geschichte dieser Brigade unterscheidet sich in den ersten Monaten ihres Bestehens von jener der weiteren Internationalen Brigaden. Während die 11. und 12. Brigade bis August 1937 an der Verteidigung Madrids beteiligt waren, kämpfte die 13. Internationale Brigade bis Ende Juni desselben Jahres an Fronten fern von Madrid, bevor sie im Juli gemeinsam mit den anderen Brigaden bei der Schlacht um Brunete an der Zentralfront zum Einsatz kam.

Die 13. Internationale Brigade bestand aus vier Bataillonen: dem Tschapajew-Bataillon, dem mehrheitlich französischsprachigen Bataillon „Henri Vuillemin“ und zwei spanischen Bataillonen. Das 8. Bataillon der Internationalen Brigaden (und 49. der republikanischen Volksarmee) wurde im Dezember 1936 nach Wassili Tschapajew benannt, dem legendären Volkshelden der russischen Revolution, der im September 1919 im Bürgerkrieg als Kommandeur einer Schützendivision fiel. Sein Andenken wurde in einem Roman und einem Film festgehalten, die in der Sowjetunion große Popularität erlangten. Henri Vuillemin wiederum war ein kommunistischer Arbeiter, der 1934 während einer antifaschistischen Demonstration in Paris von der Polizei erschossen wurde.

Während die übrigen Interbrigaden und deren Bataillone in der Regel aus Angehörigen weniger Nationalitäten bestanden, war das Tschapajew-Bataillon die internationalste aller Einheiten. Es umfasste Angehörige von 21 Nationen, womit es selbst in den Reihen der Internationalen Brigaden eine einzigartige Erscheinung war: „21 Nationen in einem Bataillon, ein richtiges Sprachenbabylon, das zu einer militärischen Einheit zusammengeschweißt werden mußte“, charakterisierte der Politkommissar des Bataillons, Ewald Munschke (in Spanien „Ewald Fischer“), die Ausgangsbedingungen der Einheit. Die Schwierigkeiten seien überwunden worden „durch die größtmögliche Rücksichtnahme auf die nationalen Eigenheiten […] und durch eine vorbildliche Kameradschaft“.[2] Die Mehrzahl der Interbrigadisten im Tschapajew-Bataillon waren Kommunisten, der kleinere Teil waren Sozialisten und Parteilose.

Als „Bataillon der 21 Nationen“ ging das Tschapajew-Bataillon vor allem infolge einer von Alfred Kantorowicz herausgegebenen Publikation ein, die bereits im März 1938 in Spanien erschien.[3] Der Schriftsteller Kantorowicz diente ab Juni 1937 als Informationsoffizier im Bataillon und sammelte Berichte seiner Kameraden über die Einsätze an der Front. Zuvor war er für die deutsche und französische Ausgabe der Frontzeitung der Interbrigaden mit dem Titel *Le Volontaire de la Liberté* (bzw. *El Voluntario de la Libertad*) verantwortlich gewesen. Kantorowicz gelang es, Berichte von 78 Freiwilligen aus 13 Nationen zu sammeln, darunter zehn ÖsterreicherInnen (Anton Barak, Karl Bauer, Fritzi Brauner, Heinrich Dürmayer, Heinrich Fritz, Wilhelm Hofer, Hans Hubmann, Fritz Jensen, Wilhelm Kristufek und Hermann Peczenik).

Das Tschapajew-Bataillon kämpfte acht Monate lang an den vordersten Frontlinien ohne nennenswerte Ruhepausen. Es war an heftigen Kämpfen bei Teruel, an der Málaga-Front, in der Sierra Nevada und an der Córdoba-Front bei Pozoblanco sowie zuletzt an der Schlacht von Brunete beteiligt, in der das Bataillon aufgerieben wurde. „In diesen acht Monaten Frontdienst hat das Bataillon ungeheure Strapazen ertragen müssen. Aber weder die großen Verluste, die dauernden Transporte von einer Front nach der anderen, die Schwierigkeiten der Versorgung, die Gluthitze des Südens noch die Kälte der schneebedeckten Gipfel der Sierra Nevada konnten die Kampfkraft der 21 Nationen schwächen.“[4] Das Sturmbataillon erlangte als ständig im Kampfeinsatz stehende Truppe einen bis heute währenden legendären Ruhm.

MG-Kompanie „Georg Weissel“

Das Tschapajew-Bataillon bestand aus vier Kompanien, drei Infanteriekompanien und einer Maschinengewehrkompanie. In Summe gehörten dem Bataillon etwa 700 Freiwillige an. Die erste Kompanie bestand vor allem aus deutschen Freiwilligen und Schweizern, die zweite aus Polen, die dritte Kompanie war gemischt. Die meisten Österreicher waren in der Maschinengewehrkompanie, die im Juni 1937 den Namen „Georg Weissel“ erhielt – im Andenken an den Floridsdorfer Schutzbundführer, der am 15. Februar 1934 als Kommandant der Wiener Berufsfeuerwehr in den Februarkämpfern zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Damit wurde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass die meisten österreichischen Spanienfreiwilligen Februarkämpfer und frühere Schutzbündler mit Kampferfahrung



Parade des Tschapajew-Bataillons in Requena im Februar 1937.

waren. Die Anregung zur Benennung der MG-Kompanie nach einem österreichischen Februarkämpfer ging auf Franz Dahlem zurück, der in seiner Funktion als Vertreter des Zentralkomitees der KPD im Juni 1937 das Bataillon im Frontabschnitt Peñarroya besuchte.

Die MG-Kompanie hatte für jedes Maschinengewehr ein eigenes Lastauto und eine Mannschaft von je zwölf Mann.[5] Bewaffnet war es mit veralteten Colt-Maschinengewehren, die sich für den Bewegungskrieg als ungeeignet erwiesen. Die Einheit galt als „eine der diszipliniertesten Kompagnien" und als „Beispiel für den überparteilichen antifaschistischen Internationalismus im Kampfe gegen den Faschismus".[6] Neben den militärischen Einsätzen fanden kontinuierlich kleine Versammlungen statt: „In den Gräben und Unterständen diskutierten wir unermüdlich über die verschiedensten Fragen, die die reiche Praxis des Kampfes aufwarf, begonnen mit den militärischen und Disziplinfragen, geendet bei den Problemen der Weltpolitik", fasste Hermann Peczenik zeitgenössisch die politische Arbeit in der MG-Kompanie zusammen.[7] Ein Element der politischen Aufklärung und Schulung waren Frontzeitungen: In den acht Monaten seines Bestehens erschienen 67 Ausgaben der Bataillonszeitung *Der kämpfende Antifaschist*, daneben gab es Kompaniezeitungen wie etwa den *Treibriemen* der MG-Kompanie.[8]

Waren zeitweilig etwa 60 Prozent der MG-Kompanieangehörigen Österreicher, so waren es nach sieben Monaten im Kampf immer noch 40 Prozent.[9] In Summe lassen sich auf Basis der im Spanienarchiv des DÖW vorhandenen Personendossiers österreichischer Freiwilliger, die in das von Hans Landauer und Erich Hackl herausgegebene „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer" eingeflossen sind,[10] etwa 110 Österreicher ermitteln, die zumindest zeitweilig im Tschapajew-Bataillon kämpften. Auch eine 1938 in Spanien herausgegebene Broschüre über die österreichischen Interbrigadisten nennt „an die hundert Österreicher, die in dem ruhmreichen *‚Tschapajew-Bataillon'*, zusammengefasst hauptsächlich in der M.G.K. im Kampfe standen".[11] Als der Mannschaftsstand nach den verlustreichen Kämpfen an der Córdoba-Front Anfang Juni auf 389 Mann sank, befanden sich unter diesen noch 41 Österreicher (neben 79 Deutschen, 67 Polen, 59 Spaniern, 20 Schweizern und 20 Freiwilligen aus Palästina).[12] Die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Freiwilligen im Tschapajew-Bataillon kam direkt aus Österreich nach Spanien, 26 waren ehemalige Schutzbündler, die aus dem sowjetischen Exil nach Spanien gelangten. Diese waren nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 in die Tschechoslowakei und von dort weiter in die Sowjetunion geflüchtet. Von dort gingen sie 1936/37 mit Einverständnis der KPÖ und der Sowjetbehörden nach Spanien.

Kommandanten der MG-Kompanie waren nacheinander die österreichischen Kommunisten Friedrich Ganko (in Spanien „Julius Adler"), Leopold Stancl („Karl Rimbach") und Anton Barak („Paul Wenzel"), Politkommissare dieser Kompanie waren Lorenz Mraz („Leo(n) Wurzel") und nach ihm Heinrich Fritz („Julius Schacht"), die ebenso der KPÖ angehörten. Stancl, der nach der Verwundung Gankos im April 1937 die Führung übernahm, wurde im Mai 1937 wegen Tapferkeit vor dem Feinde vom Leutnant zum Kapitän befördert.[13] Während Stancls Erkrankung führte einige Zeit sein Stellvertreter Barak die Kompanie.[14] Karl Bauer war Kompanieführer der 2. Kompanie. Auch er wurde im Mai 1937 vom Leutnant zum Kapitän befördert.[15] Als Mraz als Politkommissar von der MG-Kompanie zur 3. Kompanie wechselte,[16] wurde Heinrich Fritz im Februar 1937 in Requena zu seinem Nachfolger gewählt. Seiner Erinnerung zufolge war Fritz damit einer der wenigen gewählten Kommissare in den Interbrigaden.[17] Hermann Peczenik war zunächst Parteisekretär der MG-Kompanie und ab Mai 1937 als Nachfolger von Mraz Politkommissar der 3. Kompanie.[18]

Sturmangriffe auf Teruel

Wenige Tage nach der Aufstellung des Tschapajew-Bataillons wurden dessen Angehörigen mit Lastkraftwagen (Camions) zur militärischen Ausbildung nach Tarazona de la Mancha, einer etwa 40 Kilometer von Albacete entfernt liegenden Kleingemeinde, gebracht. Nach zwei Wochen, am 4. Dezember 1936, wurde das Bataillon zur Küstensicherung nach Valencia abkommandiert, nachdem die faschistische Luftwaffe den Flottenstützpunkt Cartagena bombardiert hatte und eine Landung italienischer Truppen befürchtet wurde. Bis 18. Dezember war das Tschapajew-Bataillon zur Bewachung einer Panzerformation in der Kaserne Almirante am Stadtrand von Valencia einquartiert.[19]

Die Feuertaufe des Tschapajew-Bataillons erfolgte zur Jahreswende 1936/37 beim Angriff auf Teruel, wo ein Jahr später, von Dezember 1937 bis Februar 1938, eine der Hauptschlachten des Bürgerkriegs stattfand. Teruel liegt etwa 300 Kilometer von Madrid und 140 Kilometer von Valencia entfernt – von Bergen umgeben – auf einer Hochebene. In den 1930er Jahren zählte die strategisch wichtige Stadt etwa 30.000 EinwohnerInnen. Der im Dezember 1936 gestartete Angriff der Volksarmee auf das von faschistischen Truppen besetzte Teruel hatte den Zweck, die Front vor Madrid zu entlasten und feindliche Kräfte von der schwer bedrohten Hauptstadt abzuziehen.

Am 19. Dezember 1936 erhielt die vom Deutschen Wilhelm Zaisser („General José Gómez") kommandierte

13. Internationale Brigade den Abmarschbefehl nach Alfambra, einem ca. 30 Kilometer nördlich von Teruel liegenden Bergdorf. Hier lag das Tschapajew-Bataillon bis 26. Dezember in Alarmbereitschaft versetzt und traf letzte Vorbereitungen auf den Einsatz. Tags darauf wurde der erste Sturmangriff auf die Festung Teruel gestartet. Etwa 90 Prozent der Interbrigadisten des Bataillons, die nicht schon im Ersten Weltkrieg als Soldaten gedient hatten, waren bis zu diesem Zeitpunkt noch nie in einem Gefecht gestanden. In den ersten sechs Tagen der Schlacht wurden insgesamt sieben Sturmangriffe durchgeführt, darauf folgten vier Wochen Stellungskrieg. Die Stadt konnte zwar nicht eingenommen werden, aber Franco war gezwungen, bedeutende Kräfte von der Madrider Front nach Teruel abzuziehen.

Ende Dezember 1936, während der Kämpfe um Teruel, wurde der Schweizer Otto Brunner Kommandant des Tschapajew-Bataillons. Brunner hatte bis zu seinem Einsatz in Spanien dem Politbüro der Kommunistischen Partei der Schweiz angehört und war in den Wochen zuvor zunächst Politkommissar des Bataillons.[20] Insgesamt ließen bei den Sturmangriffen auf Teruel etwa 80 Kämpfer des Bataillons ihr Leben, 200 wurden verwundet.[21] Von den österreichischen Freiwilligen fielen Wilhelm Distelberger, Gustav Handstanger, Hans Hutmacher, Otto Koch, Walter Matouschek, Friedrich Seidler und Max Stark.

Am 2. Jänner 1937 wurde der Wiener Franz Luda, der Fahnenträger des Tschapajew-Bataillons, beim Sturmangriff auf den Monte Santa Bárbara schwer verwundet. Er blieb bei Minusgraden zwischen den Linien liegen, tauchte aber, von den Kameraden als gefallen geglaubt, vier Tage später vor den Schützengräben auf. So lange hatte er gebraucht, um sich 600 Meter zurückzuschleppen. Die Beine waren erfroren und das rechte Bein von Granatsplittern zerrissen. Wenige Wochen später mussten beide Beine im Spitalszentrum der Interbrigaden in Benicàssim amputiert werden. Als Ernst Busch in Benicàssim einen Liederabend gab, kam er vor seinem Auftritt an das Krankenbett von Luda: „[…] wir saßen an seinem Bett und machten *einen Liederabend ganz für ihn*, der schöner war als der offizielle“, berichtet die österreichische Ärztin Fritzi Brauner,[22] die im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden arbeitete. Luda wurde im August 1937 zur Spitalsbehandlung nach Frankreich evakuiert und kam im August 1938 mit einem Invalidentransport in die Sowjetunion.



Österreichische Angehörige des Tschapajew-Bataillons vor der Verlegung in die Sierra Nevada im Februar 1937, v.l.: Heinrich Winter, N.N., N.N., Anton Barak, Friedrich Ganko, Heinrich Fritz (verdeckt), Alfred Raab.

An der Málaga-Front

Am 27. Jänner 1937 – nach wochenlangem Stellungskrieg – wurde die 13. Internationale Brigade von der Front bei Teruel abgezogen. Das Tschapajew-Bataillon wurde nach Requena in der Provinz Valencia verlegt, wo es mit neu angekommenen Freiwilligen, darunter zahlreiche Österreicher, aufgefüllt und reorganisiert wurde. Die Ruhestellung sollte jedoch nur wenige Tage dauern. Bereits am 11. Februar wurde die Brigade erneut in Marsch gesetzt, nachdem Málaga im Süden Spaniens in die Hände der Aufständischen gefallen war. Die faschistischen Generäle hatten bereits zu Jahresbeginn 1937 mit den Vorbereitungen für eine militärische Offensive in Andalusien begonnen, um die strategisch wichtige Hafenstadt einzunehmen und eine zweite Hauptfront neben den Kämpfen im Zentrum des Landes zu schaffen. Am 3. Februar 1937 begann die Offensive gegen Málaga, bei der auch italienische Truppen zum Einsatz kamen. Sieben Tage später befand sich die Stadt in der Hand der Faschisten.

Nach langer Fahrt auf Camions traf das Tschapajew-Bataillon am 13. Februar 1937 in der Hafenstadt Almería ein, wohin etwa 200.000 Menschen aus Málaga geflüchtet waren. In einer zeitgenössischen Broschüre gab Otto Brunner seine Eindrücke über die gewaltigen Flüchtlingsströme wieder: „Gehetzte Männer, die ihr nacktes Leben gerettet hatten, schreiende Frauen und Kinder, die dem Erschöpfungstode nahe waren. Dieser Flüchtlingsstrom war von den faschistischen Fliegern mehrmals bombardiert und mit Maschinengewehren beschossen worden. Aus den Augen aller sprach das Grauen und die Todesangst vor den faschistischen Mördern.“[23] Aus den Reihen der Flüchtlinge wurden etwa 250 spanische Antifaschisten in das Bataillon aufgenommen, wodurch die Einheit auf etwa 870 Mann anwuchs. Kurz darauf wurde das an der Küste gelegene Dorf Calahonda kampflos besetzt und befestigt. Im 13 Kilometer entfernt liegenden Motril kam die Front zum Stehen.

In den Bergen der Sierra Nevada

Am 20. Februar 1937 – nach wenigen Tagen an der Málaga-Front – begann der neuerliche Kampfeinsatz des Bataillons in der Sierra Nevada an der Granada-Front, wo winterliche Bedingungen herrschten. Die Maschinengewehre mussten mit Maultieren auf die Berge in mehr als 3000 Metern Höhe transportiert werden. In den folgenden Tagen wurden die Höhen von Pitres und weitere Gebirgsdörfer besetzt. Danach wurden die Österreicher, die im Rahmen der MG-Kompanie eingesetzt waren, auf einer Linie von 30 Kilometer entlang des gesamten Frontabschnittes auf die einzelnen Kompanien aufgeteilt, um die eroberten Dörfer zu verteidigen.

„In den Bergstellungen, bei grimmiger Kälte, hatte ich hunderte Male die Gelegenheit, mich von der engen Kameradschaft mit unseren spanischen Brüdern



Karl Kafka (vorne) und Franz Tesar, die beiden Waffenmeister des Tschapajew-Bataillons, beim Einschießen eines Maschinengewehrs.

zu überzeugen. Wenn wir bei Schneesturm und Nebel einander jede Viertelstunde ablösen mussten, um nicht zu erfrieren, dachte ich an manche Bergtour in unserer Heimat und im Kaukasus zurück, wo ebenfalls jeder alles für den Kameraden hergab", umriss Hans Griebaum die in den Bergen der Sierra Nevada währende Solidarität.[24] Am 16. März 1937 wurde der Wiener Kommunist Karl Foka, während er Wachdienst am Maschinengewehr hatte, von den Faschisten erschossen und darauf am Friedhof von Pitres begraben. Am 27. März 1937, nach sechs Wochen in Eis und Schnee, wurde das Tschapajew-Bataillon abgelöst. Die Stellung in der Sierra Nevada wurde von einem spanischen Bataillon der 6. Brigade bezogen.

An der Front von Pozoblanco

Nach dem Einsatz im Hochgebirge wurde das Tschapajew-Bataillon ohne Ruhepause an die Córdoba-Front in den Raum Pozoblanco verlegt, wo die republikanische Armee angesichts der drohenden Einnahme der Quecksilberminen von Almadén durch die Franco-Truppen eine Offensive startete. Am 4. April 1937 gelang es dem Bataillon, die Dörfer Valsequillo und tags darauf La Granjuela einzunehmen. Dabei konnten u.a. zwei Maxim-Maschinengewehre erbeutet werden. Etwa 30 Männer ließen bei diesen Angriffen ihr Leben, darunter auch die Österreicher Franz Bauer, Engelbert Ebner, Heinrich Eisenberg, Oskar Freismuth, Johann Sauerwein und der erst 20-jährige Wiener Tischlergehilfe Josef Willinger, viele wurden verwundet. Dem Kommandanten der Maschinengewehrkompanie Fritz Ganko wurden beim Angriff auf Valsequillo zwei Finger der rechten Hand weggeschossen.[25] Er war danach frontdienstunfähig und arbeitete in der österreichischen Kaderabteilung in Albacete.[26] Die Verluste des Bataillons mussten durch spanische Soldaten ausgeglichen werden. Georg Freisinger aus Hallein geriet am 13. April 1937 bei Pozoblanco in Franco-Gefangenschaft und wurde im Jänner 1938 von einem Kriegsgericht in Córdoba zum Tode verurteilt. Er wurde am 7. März 1938 von einem Franco-Peloton erschossen.

Bis Ende Juni 1937, zwölf Wochen lang, stand das Bataillon ohne Unterbrechung in vorderster Linie im Stellungskampf, wobei es mehr als 100 faschistischen Luftangriffen ausgesetzt war und unter MG-Feuerbeschuss stand: „Drei Monate lagen diese Freiwilligen in den vordersten Linien der Höhen Peñarroya und Fuente Ovejuna. Drei Monate in einer wasserarmen Fiebergegend unter der fürchterlich heißen Sonne Südspaniens, zerfressen von Scharen Ungeziefer, von Flöhen, Läusen, Wespen, Skorpionen usw. Es brauchte eine hohe Moral, um diese Zeit überstehen zu können, es brauchte dazu nicht nur militärische Disziplin, sondern auch eine tiefe Überzeugung und einen eisernen Willen."[27]

Wie Alfred Kantorowicz in seinem Buch über das Tschapajew-Bataillon festhielt, entwickelte sich in diesen Wochen des kräftezehrenden Stellungskriegs das Diktum vom „vergessenen Bataillon", das ohne Unterbrechung und ohne Aussicht auf Urlaub und Ablösung im Kampf stand. Im Unterschied zu den anderen Interbrigaden war die 13. Brigade isoliert „vom politischen Kraftzentrum"[28] Madrid. „Wir sahen niemand anders als uns. Für uns gab es kein Madrid mit seinen Straßen und Geschäften und Kaffeehäusern und Frauen und Bädern und Kinos und mächtigen Impulsen politischen Lebens. Zu uns kamen […] keine Pressevertreter, keine Delegationen, mit uns veranstaltete niemand […] Tanzabende", resümierte Kantorowicz Anfang Dezember 1937.[29] Während die Spanienfreiwilligen, die sich an der Zentrumsfront um die Verteidigung von Madrid verdient gemacht hatten, internationale Aufmerksamkeit genossen und auch Ruhepausen in Anspruch nehmen konnten, führten die Kämpfer des Tschapajew-Bataillons opferreiche Kämpfe vor Teruel und Málaga, lagen in den schneereichen Bergen der Sierra Nevada und in der wasserarmen Landschaft vor Peñarroya, ohne „daß ihre Opfer, ihre Leiden, ihr stillschweigender Heldenmut Widerhall und Zeugnis" gefunden hätten. Es bestand die Gefahr, dass „ihre Taten […] verwehen" und „ihre Toten […] vergessen" werden würden.[30]

Brunete–Offensive

Am 28. Juni 1937 wurde die 13. Internationale Brigade – und damit auch das Tschapajew-Bataillon – von der Südfront an die Zentralfront vor Madrid verlegt. Wieder ging es – nach Monaten des ununterbrochenen Kampfes – nicht in die verdiente Ruhestellung oder in die Reserve, sondern das Bataillon wurde bereits am 6. Juli erneut an die Front geschickt. Etwa 70 Mann, darunter einige Österreicher, wurden während der Bereitschaftsstellung bei Torrelodones der Einheit neu zugeteilt. Bis 25. Juli war das Tschapajew-Bataillon gemeinsam mit den weiteren Internationalen Brigaden bei der Schlacht um Brunete, einer großen republikanischen Offensive vor Madrid, im Einsatz, u.a. bei der Erstürmung der Festung Villanueva de la Cañada am 6. Juli und der Höhen von Romanillos von 9. bis 12. Juli 1937. Die anfänglichen Sturmangriffe gingen am 13. Juli in den Stellungkampf zur Verteidigung des eroberten Terrains über, bis sich die faschistischen Gegenangriffe steigerten.

Nach der Verwundung des Kommandanten Otto Brunner übernahm mit Karl Bauer, bis dahin Kompanieführer der 2. Kompanie, ein Österreicher das Kommando über das Tschapajew-Bataillon. Bauer hatte, bevor er im Februar 1937 nach Spanien ging und dort die Offiziersschule besuchte, sieben Jahre in der

Fremdenlegion in Nordafrika und Indochina gedient, verfügte also über militärische Erfahrung.[31] In der Nacht vom 23. auf den 24. Juli 1937 wurde das Bataillon, dem fast keine Offiziere mehr geblieben waren, abgelöst und in Reservestellung zurückgezogen. Am 30. Juli bezog es Quartier in Torrelodones. Infolge schwerer Verluste bestand das Bataillon zuletzt nur noch auf dem Papier. Gefallen waren bei der Brunete-Offensive u.a. die Österreicher Karl Kafka, Alois Kindler, Hans Krasser, Franz Morawetz, Heinrich Riederer, Paul Salzer, Erwin Stadler und Andreas Tscherwenka. Am 4. August 1937 musste das Tschapajew-Bataillon, das völlig aufgerieben worden war, aufgelöst werden.

Nach der Brunete-Schlacht wurde die 13. Internationale Brigade als vornehmlich polnische Brigade („Dąbrowski-Brigade“) völlig neu formiert. Die wenigen noch kampffähigen Freiwilligen weiterer Nationen wurden – nach dem Sprachgruppenprinzip – anderen internationalen Einheiten zugeteilt. Das Tschapajew-Bataillon, das „Bataillon der 21 Nationen“, hörte damit als militärische Einheit zu bestehen auf. Während das französische Bataillon „Henri Vuillemin“ in die 14. Internationale Brigade integriert wurde, wechselten die österreichischen Freiwilligen in ihrer überwiegenden Mehrheit in das im Juni 1937 im Rahmen der 11. Brigade neu formierte Bataillon „12. Februar“. Österreichische Freiwillige, die im Tschapajew-Bataillon gekämpft hatten, waren auch im Februar-Bataillon in führenden Positionen aktiv. Karl Bauer war bis Oktober 1937 Kommandant des Bataillons, Lorenz Mraz bis September desselben Jahres dessen Politkommissar. Heinrich Dürmayer wiederum wurde im August 1937 Politkommissar der Wachkompanie in der Hauptkaserne der Internationalen Brigaden in Albacete, Hermann Peczenik war Politkommissar der 1. Kompanie des Ausbildungsbataillons in Madrigueras.

Kampf gegen den internationalen Faschismus

22 österreichische Freiwillige waren während ihres Kampfeinsatzes im Tschapajew-Bataillon gefallen, zwölf weitere ließen – nach der Auflösung des Bataillons – in anderen Einheiten ihr Leben im Kampf gegen den Franco-Faschismus. Georg Freisinger kam – wie erwähnt – in der Franco-Gefangenschaft zu Tode, Anton Hloupi starb am 21. November 1937 in Torralba de Aragón an Typhus. Ludwig Lang, Gustav Pfeifer,



Angehörige der Maschinengewehrkompanie „Georg Weissel“ des Tschapajew-Bataillons in Valsequillo im April 1937, stehend Leopold Stancl (1.v.r.), Hermann Peczenik (2.v.r.), Josef Willinger (3.v.r.), sitzend: Eduard Riha (1.v.l.), Alfred Raab (1.v.r.), in der Bildmitte Ernst Kuntschik.

Ferdinand Schaller und Johan Wöginger fielen im Jänner 1938 bei Teruel, Karl Harand ließ im März 1938 sein Leben bei Batea, Karl Hartl im selben Monat bei Belchite. Friedrich Fassl, Franz Johann Reider und Franz Weigl fielen im Juli 1938 bei der Ebro-Offensive. Alois Trojan starb am 16. Dezember 1938, knapp drei Monate nach der Demobilisierung der Internationalen Brigaden, in Vic an Typhus.

Während Freiwillige aus demokratisch regierten Ländern in ihre Heimatländer zurückkehren konnten, saßen die ÖsterreicherInnen, deren Heimatland seit dem „Anschluss“ im März 1938 Teil des Deutschen Reiches war, in Spanien fest. Am 9. Februar 1939, nach dem Fall Kataloniens, überschritten die österreichischen Spanienfreiwilligen die Grenze nach Frankreich. 18 frühere Kämpfer des Tschapajew-Bataillons konnten in die Sowjetunion ausreisen.[32] Für die weiteren Österreicher begann nun der bittere Weg durch die französischen und deutschen Lager und Gefängnisse. Zunächst wurden sie in den Internierungslagern Saint-Cyprien, Gurs und Le Vernet festgehalten. Nach der Besetzung Frankreichs durch Hitler-Deutschland wurden die meisten der dort internierten Österreicher der Gestapo übergeben, die sie 1940/41 nach Dachau und andere Konzentrationslager verschickte. Unter ihnen befanden sich 41 frühere Angehörige des Tschapajew-Bataillons. Damit wurde mehr als die Hälfte jener Kämpfer des Bataillons, die den Spanienkrieg überlebt hatten, in einem KZ inhaftiert. Sieben dieser 41 wurden in den deutschen Lagern ermordet bzw. starben infolge der Haftbedingungen. In Auschwitz ermordet wurden Theodor Kusche und Hermann Peczenik, Karl Sequens starb in Dora-Mittelbau, Josef Gruber und Josef Luckner überlebten Dachau nicht. Stefan Jakits und Johann Rührl kamen als Dachauer KZ-Häftlinge im Außenkommando Friedrichshafen bei alliierten Fliegerangriffen ums Leben.

Interbrigadisten des Tschapajew-Bataillons setzten den antifaschistischen Kampf in anderen militärischen Formationen fort, etwa Hans Griebaum, Hugo

Müller und Josef Pfeiffer als Partisanen der 1944 gebildeten „Kampfgruppe Steiermark“ oder Abraham Berger, Laurenz Hiebl und Leopold Stancl bei den österreichischen Freiheitsbataillonen in Slowenien, wo Hiebl und Stancl Bataillonskommandanten waren. Hugo Müller wurde am 23. November 1944 in der Nähe von Deutschlandsberg bei einem Gefecht getötet. Karl Kriz ging zunächst zur Fremdenlegion und war dann Soldat in der US-Armee. Franz Kienbichl hingegen, der 1939 in Eigenregie aus Frankreich zurückgekehrt war, stellte sich in Wien der Gestapo als Spitzel zur Verfügung. Er wurde 1943 zur Wehrmacht eingezogen und kehrte erst 1955 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft nach Österreich zurück.

Neben den genannten KZ-Opfern und dem im Partisanenkampf gefallenen Hugo Müller erlebten sieben weitere Interbrigadisten des Tschapajew-Bataillons die Befreiung im Jahr 1945 nicht: Karl Bauer, der frühere Kommandant des Bataillons, gilt seit seiner Haft bei der Gestapo in Karlsruhe 1941 als verschollen. Josef Goldberger und Josef Vytlacil fielen in der Sowjetunion den deutschen Invasoren zum Opfer. Lorenz Mraz und Franz Tesar ließen ihr Leben als sowjetische Kundschafter: Mraz bei einem Flugzeugabsturz im Allgäu, Tesar wurde in Shanghai auf Befehl der Deutschen von den Japanern auf offener Straße verhaftet und ist seither verschollen. Anton Barak beging Anfang 1945 – nach einem gescheiterten Einsatz als Fallschirmkundschafter – Suizid in einem sowjetischen Gefängnis. Auch Alfred Raab setzte seinem Leben im April 1943 im schwedischen Exil selbst ein Ende.

In der wissenschaftlichen Literatur über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg und in Erinnerungsberichten nimmt das Tschapajew-Bataillon einen verhältnismäßig geringen Raum ein. Anders verhält es sich mit der visuellen Dokumentation, sind doch überdurchschnittliche viele Fotos überliefert über den Einsatz der Österreicher an der Südfront in der ersten Jahreshälfte 1937. Diese Bilder sind in die vom Interbrigadisten Josef Gradl angelegte Sammlung eingeflossen und sind in großer Zahl auch in einem Fotoalbum erhalten, das der Interbrigadist Franz Tesar nach seinem Einsatz in Spanien im sowjetischen Exil angelegt hat.[33] Das DÖW wird im November einen Bildband über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg herausbringen, in dem zahlreiche Fotos österreichischer Interbrigadisten im Tschapajew-Bataillon Platz finden werden.[34]

Anmerkungen:

1/ Zeittafel, in: Kantorowicz, Alfred (Hg.): „Tschapaiew“. Das Bataillon der 21 Nationen. Dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer. Berlin: Verlag des Ministeriums für nationale Verteidigung 1956, S. 422–423, hier S. 422; Castells, Andreu: Las Brigadas Internacionales de la guerra de España. Barcelona: Editorial Ariel 1974, S. 587f.

2/ Fischer, Ewald: „Tschapaiew“, das Bataillon der 21 Nationen, in: Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 23–24, hier S. 23.

3/ Abel, Werner: „Tschapaiew. Das Bataillon der 21 Nationen“. Die Geschichte eines Buches von Alfred Kantorowicz, das nicht erscheinen sollte, in: *Exil. Forschung – Erkenntnisse – Ergebnisse*, 34. Jg. (2015), Nr. 1, S. 71–87.

4/ Fischer: „Tschapaiew“, S. 24.

5/ Fritz, Heinrich: Stationen meines Lebens. Wien: Globus Verlag 1990 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 4), S. 111.

6/ H.P. [Hermann Peczenik]: Die MGK „Georg Weissel“ im „Tschapajew“-Bataillon, in: Der Februarkämpfer. o.O. [Madrid] 1938 (Ediciones del Comisariado de la Brigadas Internacionales), S. 63–69, hier S. 64f.

7/ H.P. [Hermann Peczenik]: Die MGK „Georg Weissel“, S. 68.

8/ Ausgaben dieser Frontzeitungen sind im DÖW-Akt 25000/B123 in Kopie vorhanden.

9/ Hermann [Peczenik]: Die Maschinengewehr-Kompanie „Georg Weissel“, in: Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 325–327, hier S. 325f.

10/ Landauer, Hans (in Zusammenarbeit mit Erich Hackl): Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2008 (2., erweiterte und verbesserte Auflage). Die nicht im Detail ausgewiesenen biografischen Angaben über österreichische Freiwillige in diesem Beitrag beruhen auf dieser Publikation.

11/ Die Gründung unseres Bataillons, in: Der österreichische Freiwillige. o.O. [Madrid] 1938, S. 33–35, hier S. 33f. (Hervorhebung im Original). Hermann Peczenik nennt „zeitweise 60 bis 100 Österreicher“ in der MG-Kompanie (H.P.: Die MGK „Georg Weissel“ S. 63).

12/ 13. Brigade, 49. Bataillon „Tschapajew“ an das Kriegskommissariat der 13. Brigada Móvil, Cordoba-Front, 5.6.1937, abgedruckt in: Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 19.

13/ Ebd., S. 253.

14/ RGASPI 495/187/1876, Anton Barak: Lebenslauf, 2.9.1940, S. 4.

15/ Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 253.

16/ Wurzel, Leon [d.i. Lorenz Mraz]: Vor Orgiva, in: ebd., S. 162–164, hier S. 162.

17/ Fritz: Stationen, S. 114.

18/ RGASPI 495/187/1024, Hermann Peczenik: Lebenslauf, 17.3.1938, S. 1.

19/ Fritz, Heinrich: Streiflichter um das Bataillon „Tschapajew“, in: Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945, hg. von der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1939 und der Freunde des demokratischen Spanien“. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1986, S. 117.

20/ Wullschleger, Max (Hg.): Schweizer Freiwillige in Spanien. Otto Brunner, der Kommandant des Sturmbataillons „Tschapajew. Beiträge von Schweizer Freiwilligen. Liste der in Spanien gefallenen Schweizer. Basel o.J. [1938], S. 10–20, hier S. 13–15.

21/ Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 62; Neumeier, Hans: Vor Teruel, in: Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg, S. 92–94, hier S. 94.

22/ Brauner, Fritzi: Unser tapferster Verwundeter, in: Kantorowicz (Hg.): „Tschapaiew“, S. 96–99, hier S. 98 (Hervorhebung im Original).

23/ Wullschleger: Schweizer Freiwillige, S. 15.

24/ O. S. [Oskar Strobl, d.i. Hans Griebaum]: An der Südfront – in Wien und in Spanien, in: Der Februarkämpfer, S. 59–60, hier S. 59.

25/ J. Sch. [Julius Schacht, d.i. Heinrich Fritz]: Als Politkommissar bei der MGK des „Tschapajew“-Bataillons, in: Der Februarkämpfer, S. 41–44, hier S. 42.

26/ Bundesarchiv Berlin (BArch), SAPMO, SGY 11/33, Liste der in Albacete beschäftigten österreichischen Offiziere, 28.10.1937 (Kopie in DÖW 25000/B173).

27/ Wullschleger: Schweizer Freiwillige, S. 15.

28/ H.P. [Hermann Peczenik]: Die MGK „Georg Weissel“ S. 68.

29/ Kantorowicz, Alfred: Vom besonderen Schicksal des Sturmbataillons „Tschapaiew“, in: ders. (Hg.): „Tschapaiew“, S. 27–38, hier S. 30.

30/ Vorwort zur Neuauflage, in: ebd., S. 7–15, hier S. 9.

31/ BArch, SAPMO, SGY 11/33, Österreichische Sektion der Personalabteilung an den Kommandanten der Base, Julius Adler [Friedrich Ganko], 11.10.1937 (Kopie in DÖW 25000/B173).

32/ Anton Barak, Johann Dobias, Josef Eisenbauer, Friedrich Ganko, Josef Goldberger, Hans Griebaum, Laurenz Hiebl, Mathias Hiebl, Walter Koraus, Adolf Macek, Lorenz Mraz, Hugo Müller, Josef Pfeiffer, Leopold Stancl, Franz Tesar und Heinrich Winter. Die Verwundeten Franz Luda und Josef Vytlacil waren bereits 1938 evakuiert worden.

33/ Das von Josef Gradl angelegte (von ihm so bezeichnete) „Archiv der österreichischen Interbrigaden“ befindet sich im Archiv der KPÖ, die Fotoalben von Franz Tesar werden im Spanienarchiv im DÖW aufbewahrt.

34/ Mugrauer, Manfred (Hg.): Freiwillige der Freiheit. Österreicher*innen im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Bildband. Wien: Falter Verlag 2026.

ÖsterreicherInnen im Internationalen Sanitätsdienst

Irene Filip

Der Internationale Sanitätsdienst – *Servicio Sanitario Internacional* – war eine eigene Einheit der Internationalen Brigaden, in der jene Freiwilligen zusammengefasst waren, denen die Erstversorgung an der Front, der Transport in die von den Interbrigaden eingerichteten Spitalszentren sowie die medizinische Betreuung der Verwundeten und erkrankten Interbrigadisten oblag.

Zwei österreichische Ärzte befanden sich bereits vor der Gründung der Internationalen Brigaden in Spanien und leisteten nach Beginn des Bürgerkriegs medizinische Unterstützung auf Seiten der Republik. Der in Ternopol geborene Arzt Osias Sigall hatte in Prag studiert und kam Anfang der 1920er nach Linz, um dort um die Eröffnung einer ärztlichen Praxis anzusuchen. Dies wurde ihm aber nicht ermöglicht, da sein Studienabschluss von der Universität Wien aufgrund eines fehlenden Abkommens zwischen Österreich und der Tschechoslowakei nicht anerkannt wurde. Er ging dann nach Barcelona und stellte sich gleich nach dem Franco-Putsch der Autonomieregierung Kataloniens als Arzt in Milizeinheiten zur Verfügung. Danach war Sigall Chefarzt im Range eines Majors im Feldspital in Caspe. Nach der Niederlage der Spanischen Republik befand er sich im Demobilisierungslager Almussafes. Über sein weiteres Schicksal gibt es keine eindeutigen Belege. Möglicherweise gelang ihm die Emigration nach Peru, wo er als Lepraarzt tätig gewesen sein soll. Andere Hinweise deuten auf eine Deportation in das Konzentrationslager Bergen-Belsen hin.

Der aus Wien-Hietzing stammende Mediziner Ernst Amann war bereits Ende August 1936 nach Spanien gekommen, wo er der erste Arzt der Centuria Thälmann war. Nach der Gründung der Internationalen Brigaden war er Frontarzt im 3. Bataillon der 11. Internationalen Brigade sowie Spitalsarzt in Benicàssim und Vic. Nach dem Ende des Spanienkriegs gelang ihm die Emigration nach Mexiko, von wo er 1957 gemeinsam mit seiner späteren Ehefrau – der deutschen Ärztin Ursula Meyer, die ebenfalls in Spanien war – in die DDR übersiedelte.

Nach der Gründung der Internationalen Brigaden im Oktober 1936 gingen im November und Dezember weitere österreichische Ärzte und eine Ärztin nach Spanien, die militärischen Einheiten der Interbrigaden als Frontärzte zugeteilt wurden. Unter ihnen befand sich Walter Fischer, der aus dem sowjetischen Exil nach Spanien kam und als Brigadearzt der 11. Internationalen Brigade (sowie später als Chefarzt der 15. Brigade) arbeitete. Der Wiener Ignaz Bauer hatte sein Medizinstudium abgeschlossen, aber nicht promoviert. Er war Frontarzt in der 13. Internationalen Brigade und wirkte danach in den Spitälern Mahora, Mataró und Santa Coloma de Farners.

Max und Marie Langer (Manovil) gelangten über ein von der englischen Labour Party organisiertes medizinisches Team, das in Österreich um Unterstützung vor allem mit Chirurgen angesucht hatte, nach Spanien. Bei den Kämpfen zur Verteidigung Madrids waren beide – Max als Chirurg, Marie als Anästhesistin – im Frontspital Colmenar eingesetzt. Später dann waren beide im Spital der Interbrigaden in Murcia tätig, Max als Chefarzt und Leiter der orthopädischen Abteilung. In letzterer Funktion wurde Max Langer schon gegen Ende des Spanienkriegs beauftragt, nach Frankreich zu fahren, um Prothesen zu besorgen. Es kam zu keiner Rückkehr mehr nach Spanien, Max und Marie Langer konnten letztendlich nach Argentinien emigrieren.

Der Wiener Arzt Fritz Jensen befand sich bereits im Spätsommer 1936 in Spanien und war dort Chefarzt der 13. Internationalen Brigade und 1938 während der Ebro-Kämpfe der 42. Division. Nach dem Vorrücken der Franco-Truppen leitete er als Verantwortlicher für das Spitals- und Erholungszentrum Benicàssim die Evakuierung ins nördliche Katalonien.

Gründung des Internationalen Sanitätsdienstes

Die Unterbringung der in den Kämpfen um Madrid und im Aragón Verwundeten der Internationalen Brigaden in spanischen Spitälern war aufgrund der Verständigungsschwierigkeiten nicht nur ein medizinisches, sondern auch psychisches Problem in der Behandlung der oft schwerverletzten Kämpfer. Es wurden daher Überlegungen angestellt, dass es notwendig wäre, einen Sanitätsdienst für die internationalen Freiwilligen zu organisieren. Im Jänner 1937 wurde in Albacete der *Servicio Sanitario Internacional* (SSI) gegründet. Der Sanitätsdienst verfügte über mobile Spitäler und LKWs mit Operationssälen an der Front, Spitalszüge, Spitäler im Hinterland und über Erholungs- und Rehabilitationszentren. Hervorzuheben ist, dass in den Spitälern auch spanische Verwundete medizinisch versorgt wurden.

Grundlagen für die Einrichtung des SSI waren die Hilfe mit Ambulanzen, Medikamenten usw. aus dem Ausland, die über das Pariser Komitee organisiert wurde, sowie die finanzielle und materielle Unterstützung durch die spanische Regierung, Spenden der internationalen Freiwilligen und durch die Internationale Rote Hilfe. Erster Leiter des Sanitätsdiensts war der deutsche Arzt Rudolf Neumann. Er wurde Anfang 1937 nach Paris entsandt, um dort die *Centrale Sanitaire Internationale* zu organisieren, von der die internationale Unterstützung mit medizinischen Geräten und Medikamenten koordiniert wurde. Sein Nachfolger als Leiter des Sanitätsdiensts war der bulgarische Arzt Tsvetán Kristanov (in Spanien „Oscar Telge“).

75 ÖsterreicherInnen

Für insgesamt 75 ÖsterreicherInnen konnte eine Tätigkeit im Sanitätsdienst nachgewiesen werden. Von den 49 im SSI tätigen Männern waren – neben den bereits erwähnten Österreichern – weitere zehn promovierte Ärzte: Emanuel Edel, Walter Freudmann, Friedrich Hautmann, Hans Kaiser, Heinrich Kent, Hans Landesberg, Karl Langer, Heinrich Rittermann, Hans Serelman und Kurt Wallis. Hinzu kamen mit Michael Sternberg, Max Vylídal und Walter Wachs drei Medizinstudenten. Der Grazer Chemiker Ferdinand Bilger leitete in Albacete eine zum SSI gehörende Abteilung für Hygiene und Desinfektion. Kurt Wallis war im Kinderhilfswerk des Gesundheitsministeriums der Spanischen Republik tätig, das nicht dem SSI zugeordnet war. Die übrigen nicht medizinisch Ausgebildeten waren als Sanitäter, Bahrenträger und Ambulanzfahrer an der Front sowie im administrativen Bereich der Spitäler des Sanitätsdienstes eingesetzt.

Insgesamt waren in Spanien 34 österreichische Frauen im Einsatz, 26 von ihnen waren im Internationalen Sanitätsdienst tätig. 17 dieser 26 Frauen verfügten über eine medizinische Ausbildung oder Erfahrung, darunter vier Ärztinnen:

die Kinderärztinnen Franziska („Fritzi“) Brauner und Anja Hammermann, die schon erwähnte Anästhesistin und Psychoanalytikerin Marie Langer-Manovil und die Zahnärztin Rachel Wachs. Anna Edel war Dentistin, Renée Dürmayer leitete als Pharmazeutin die Zentralapotheke in Albacete, Edith Kent war Medizinstudentin. Ausgebildete Krankenschwestern waren Gertrude Greisinger, Auguste Guttmann, Eva Korčak, Rudolfine Köstler und Theresia Ortner. Paula Draxler hatte einschlägige berufliche Erfahrung beim Arbeiter-Samariter-Bund in Wien sammeln können. Die Schriftstellerin Auguste („Gusti“) Jirku hatte im Ersten Weltkrieg als Krankenpflegerin in einem Wiener Spital gearbeitet.

Hinzu kommen noch Stefanie Bauer, Liselotte („Goldy“) Matthèy-Guenet und Anny Moldauer als Röntgenschwestern sowie Lilian Kenton, die als Masseurin und Physiotherapeutin im Rehabilitationszentrum der Interbrigaden in Valdeganga arbeitete. Die übrigen acht im SSI aktiven Frauen – Juliane Baranyai, Melanie („Mela“) Ernst, Elisabeth („Lisa“) Gavrič, Adele Greth, Ruth Tassoni, Dora Kaiser-Quinton, Anna Peczenik und Gisela („Gundl“) Herrnstadt-Steinmetz – hatten sehr unterschiedliche Berufsausbildungen und absolvierten meist vor ihrem Einsatz in Spanien – zum Teil in Paris – einen Krankenpflegekurs.

Spital Murcia

Eingesetzt waren die Österreicherinnen zum überwiegenden Teil in Spitalszentren der Internationalen Brigaden wie etwa in Benicàssim, Benissa, Murcia, Mataró, S’Agaró an der Mittelmeerküste, in Albacete und Vic, aber auch in kleineren Spitälern und Frontlazaretten. Murcia war mit vier Spitälern eine der größten Einrichtungen des Sanitätsdienstes. Das Hauptspital war in der Universität untergebracht. Eine der österreichischen Krankenschwestern war Lisa Gavrič. Von Beruf Modistin, hatte sie vor ihrem Weggang nach Spanien einen Krankenpflegekurs gemacht. In ihrem autobiographischen Roman „Die Straße der Wirklichkeit“ schildert sie die Probleme der medizinischen Betreuung unter Kriegsbedingungen: *„Die größte Schwierigkeit, überhaupt zu einer Organisation der Arbeit zu kommen, war das Fehlen von Fachkenntnissen. Ärzte und geschulte Krankenschwestern gab es nur wenige, und auch diese hatten nur Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit unter normalen, geordneten Verhältnissen. Sie waren sicher, wenn alles Notwendige vorhanden war und ein schon durch Jahre erprobtes System bestand, wußten aber ebensowenig wie die Ungeschulten, wie man ein Spital im Bürgerkrieg organisieren sollte, wo es an allem fehlte, alles immer in Bewegung war und von den Ereignissen an der Front abhing. Das war ein Neuland, auf dem fortwährend versucht, geändert, organisiert und reorganisiert werden mußte. Initiativen jagten einander, irgend etwas wurde als Lösung gefunden und bald wieder verworfen und von neuem mit dem Suchen begonnen. […] kurz, der größte Vorzug, aber auch der größte Mangel war das Improvisieren.“*



Die Krankenschwestern Paula Draxler und Gundl Steinmetz, die Pharmazeutin Renée Dürmayer und die Röntgenassistentin Liselotte („Goldy“) Matthèy-Guenet (von links).

Auch die Ärztin Anja Hammermann war in Murcia eingesetzt und berichtet in ihren im Spanienarchiv im DÖW schriftlich aufliegenden Erinnerungen über ähnliche Erfahrungen: *„Ich verheimliche meine Verblüffung darüber nicht, dass ich mich nach vielen Jahren als Kinderärztin plötzlich in eine Militärärztin verwandelt sah. […] Die Kranken dort waren alle Kriegsverwundete. Deshalb musste ich einen neuen Beruf erlernen, den einer Chirurgin. […] Ich habe auch gelernt bestimmte Operationen zu machen, die normalerweise von Chirurgen durchgeführt werden, und Erfahrung gewonnen, infizierte Frakturen zu behandeln. […] Auch kümmerte ich mich um Bluttransfusionen, die den Verwundeten direkt gegeben wurden. Spender waren das Spitalspersonal und Verwundete auf dem Weg der Besserung.“*

Letztendlich konnte sie aber auch ihre berufliche Erfahrung als Kinderärztin einsetzen: *„Für die Kinder haben wir eine Ambulanz eingerichtet, in der ich den kleinen Kranken Ratschläge gegen die Mangelernährung, Infektionskrankheiten und Augenkrankheiten gab. Es gab nämlich einen großen Mangel an Ärzten für die Zivilbevölkerung, und es war ein großer Gewinn für die benachteiligten Kinder, die hier medizinische Hilfe bekommen konnten.“* Neben der ärztlichen Versorgung der Verwundeten spielten aber auch Debatten zur politischen Lage eine nicht unbedeutende Rolle. Anna Peczenik, die in einem Spitalszug an der Aragón-Front tätig war und dann als Krankenschwester dem Spital in Murcia zugeteilt war, ergriff die Initiative und organisierte Vorträge zu aktuellen und gesellschaftspolitischen Themen.

Benicàssim

Der deutsche Arzt Günter Bodek „entdeckte“ im Dezember 1936 den an der Mittelmeerküste gelegenen Badeort Benicàssim. Die Ferienvillen des Bürgertums aus Valencia waren von ihren Besitzern verlassen worden, da der Ort in der republikanischen Zone lag. Bodek brachte beim Generalstab in Albacete den Antrag ein, die verlassenen Villen als Erholungszentrum für die internationalen Freiwilligen zu nutzen. Im März 1937 wurden die ersten zehn Häuser bezogen.

Ab Mai 1937 wurde auch ein Spital eingerichtet. Im vormaligen Hotel „Voramar“ befanden sich die Zentralküche und auch ein Operationssaal. Die österreichische Kinderärztin Fritzi Brauner assistierte dem tschechischen Chirurgen Bedřich Kisch – Bruder des Schriftstellers Egon Erwin Kisch – bei Operationen. Weitere medizinische Einrichtungen waren ein zahnärztlicher Dienst, ein TBC-Pavillon und auch einer für Infektionskrankheiten. Im Jahr 1937 wurden

7.575 Verwundete und Kranke in den zu Beginn zehn Villen und letztendlich bis auf etwa 50 erweiterten Gebäuden des Küstenorts behandelt.

Fritzi Brauner betreute neben ihrer Tätigkeit als Ärztin mit ihrem Mann Alfred ein Heim für spanische Waisenkinder. Das Zentrum verfügte auch über ein Kulturhaus mit Bibliothek. Schriftsteller wie Ernest Hemingway, Egon Erwin Kisch, Erich Weinert und Willi Bredel hielten sich zeitweilig in Benicàssim auf, Ernst Busch und Paul Robeson sangen dort für die Verwundeten.

Ab Herbst 1937 kam es vermehrt zu faschistischen Bombardements in der Region von Benicàssim und in weiterer Folge auch vom Meer aus zu Angriffen durch italienische Schiffe. Mit dem Vorrücken der Franco-Truppen musste schließlich die Evakuierung vorbereitet werden. Fritz Jensen, der zu dieser Zeit Leiter des Spitalszentrums war, organisierte von Mitte März bis Anfang April 1938 den Transport der Verwundeten. In insgesamt vier Spitalszügen wurden 800 zum Teil schwer Verletzte nach Barcelona gebracht. Der Internationale Sanitätsdienst war bereits von Albacete nach Barcelona verlegt worden und richtete im nördlichen Katalonien mit den ebenfalls evakuierten ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen des SSI Spitäler für die Aufnahme der internationalen Kämpfer ein.

Die Villen von Benicàssim waren zur Zeit ihrer Nutzung durch die Interbrigaden nach führenden Vertretern der internationalen Arbeiterbewegung umbenannt worden. Guillem Casañ Ferrer ist es zu verdanken, dass seine Forschungen heute Grundlage für das öffentliche Gedenken an die Anwesenheit der international Freiwilligen sind. An der Strandpromenade sind erklärende Tafeln zur Geschichte der einstigen Villen und ihrer Nutzung während des Spanienkriegs wie auch ein Gedenkstein aufgestellt.

Benissa

In diesem ebenfalls auf einer Anhöhe an der Mittelmeerküste nördlich von Alicante gelegenen Ort wurde im Franziskanerkloster ein Spitals- und Rehabilitationszentrum eingerichtet. Geleitet wurde es ab September 1937 vom Wiener Arzt Hans Kaiser, der davor an der Südfront eingesetzt war und nach einer Typhus-Erkrankung im Spital des SSI in Murcia behandelt wurde. Mit seiner Frau Dora, die dort Oberschwester war, wurde er nach Benissa versetzt, wo im Februar 1938 die gemeinsame Tochter Juanita geboren wurde. Nachdem Dora Kaiser mit ihrem Baby nicht mehr als Krankenschwester arbeiten konnte, betreute sie den von ihr für die Dorfbevölkerung organisierten Kindergarten „Solidaridad“.

Der Lokalhistoriker Robert Llopis widmet sich seit vielen Jahren der Erforschung der Interbrigadisten in Benissa und konnte gemeinsam mit dem lokalen Kulturverein zahlreiche Erinnerungsprojekte realisieren. So trägt eine kleine Parkfläche neben der Hauptstraße den Namen „Parc dels Internacionals“ und ist auch Ort für ein Denkmal, das den dreizackigen Stern der Internationalen Brigaden darstellt. Der Platz neben dem Franziskanerkonvent, auf dem sich ein Kinderspielplatz befindet, wurde nach Dora und Hans Kaiser benannt.

Nach einem kurzen Einsatz im nahegelegenen Dénia war Dora Kaiser ab Mai 1938 als Krankenschwester im Spital Vic in Katalonien tätig. Hans Kaiser arbeitete als Arzt des 12.-Februar-Bataillons an der Ebro-Front. Beide konnten nach Ende des Spanienkriegs nach Großbritannien emigrieren.

Zeitschrift des Sanitätsdienstes

Ayuda Médica Internacional (AMI, Internationale Medizinische Hilfe) war eine für die Mitarbeiter des SSI herausgegebene Zeitschrift, für deren Redaktion Auguste (Gusti) Jirku verantwortlich war. Sie war eigentlich Journalistin und Schriftstellerin, hatte aber im Ersten Weltkrieg Erfahrung als Krankenschwester in Wiener Kriegsspitälern gesammelt und war ab Februar 1937 im Sanitätsdienst der Spitäler in Albacete, Valencia und Murcia.

Über ihre Tätigkeit in Murcia berichtet sie in ihrem unter dem Namen Gusti Stridsberg veröffentlichten autobiographischen Roman „Menschen, Mächte und ich“: *„Vier Spitäler der Internationalen Brigaden, von Ärzten und Ärztinnen aller Nationalitäten geleitet, nahmen ungefähr 1800 Verwundete auf. […] Niemals früher, niemals später habe ich so viele Idealisten, Menschen mit brennender Liebe zum Menschen, vereinigt gesehen, wie im Internationalen Sanitätsdienst. […] Ich wurde dem größten chirurgischen Spital zugewiesen, das im Hause der Universität untergebracht war. […] Meine Arbeit war auf den Operationssaal konzentriert. Ich gab Narkosen. […] Aber meine heimliche, private Arbeit, von der lange Zeit niemand wußte, war eine andere: zwischen zwei Uhr und vier Uhr morgens stand ich leise auf, um Nurse Elizabeth nicht zu wecken, und ging durch die Säle. Während dieser Stunden hatten oft die Injektionen des Abends und die Schlafmittel zu wirken aufgehört, und die Verwundeten erwachten in Schmerzen und ängstigten sich. Wer wüßte nicht, wie quälend die Gespenster der Nacht sind? Wie jedes Problem ins Unendliche wächst? Wie der Körper den Offensiven des Schmerzes ausgeliefert ist in seiner Verlassenheit? Es war erstaunlich, wieviel einige Worte im rechten Augenblick bedeuten konnten. Manchmal durfte ich den Schwerverwundeten eine extra Morphiuminjektion geben, das war nicht leicht, denn unsere Apothekerin bewachte streng den sehr begrenzten Vorrat. Es waren seltsame Gespräche während jener Nächte, Gespräche mit französischen Arbeitern, die sich nach der Familie sehnten, mit jungen Spaniern – Sechzehnjährigen –, die um ihre Eltern und Geschwister in den faschistischen Provinzen bangten und geflüchtet waren, um gegen Franco zu kämpfen; mit deutschen und österreichischen Intellektuellen, die nachts von ihren Problemen gequält wurden; mit Juden, die lieber im Kampf als in Konzentrationslagern sterben wollten. Wenn ich gegen fünf Uhr morgens meine Runde beendet hatte, schlich ich in mein Zimmer zurück, wo Nurse Elizabeth friedlich schlief, und warf mich aufs Bett.“*

Nach einer Erkrankung an septischer Angina konnte Gusti Jirku ihre Tätigkeit als Krankenschwester nicht fortsetzen, und man erinnerte sich ihrer journalistischen Fähigkeiten. Für die Reportagen in der Zeitschrift AMI interviewte sie nicht nur MitarbeiterInnen des Sanitätsdienstes in den Spitälern, sondern verfasste auch Berichte über den medizinischen Dienst an der Front. In ihrem vorhin erwähnten Roman erzählt sie, wie sie mit dem jugoslawischen General Ćopić und Egon Erwin Kisch an der Jarama-Front ihre ersten Bombenflugzeuge erlebte:

„Fürchtest du dich nicht?“ fragte Ćopić, als wir in unsere Schützengräben hinunterstiegen, um die jugoslawischen Freiwilligen zu begrüßen. „Nein ich fürchte mich gar nicht“, sagte ich, „aber ich möchte wissen, was dieses seltsame Pfeifen bedeutet, wie das Schwirren von Insekten, z-z-z immerzu?“ „Das sind Kugeln, Franzi!“ „Gewehrkugeln?“ Ich spürte plötzlich ein bohrendes Unbehagen in der Magengegend. Bevor ich denken konnte, hatte Ćopić mich und sich selber zu Boden geworfen. „Junkers“, murmelte er lakonisch. Von weit her hörte ich zum ersten Mal den dumpfen Donner aufschlagender Bomben. „Sie fliegen Richtung Valencia – steh auf!“ Ich stand auf,



Der Arzt Hans Kaiser aus Wien mit spanischen Kindern in Benissa.

schüttelte den Staub aus meinem Mantel und zündete mir eine Zigarette an.

Die Einnahme Valencias durch die Franco-Truppen bedeutete das Ende der dort gedruckten Zeitung AMI. Jirku war auch Herausgeberin der in Spanien 1938 erschienenen Bücher „Kampf dem Tode. Die Arbeit des Sanitätsdienstes der Internationalen Brigaden" und „Wir kämpfen mit! Antifaschistische Frauen vieler Nationen berichten aus Spanien". Im Juni 1938 wurde ihr von Dr. Franek (Franciszek Krieger), dem Leiter des Sanitätsdiensts der 45. Division, mitgeteilt, dass die Internationale Hilfe umorganisiert werden müsse und ausländische Frontärzte, chirurgisches Frontpersonal und Operationsschwestern in Spanien bleiben sollten. Auf geheimen Wegen wurde Gusti Jirku über die Pyrenäen nach Frankreich gebracht. Dort schrieb sie Feuilletons für die „Pariser Tageszeitung" und emigrierte 1939 nach Schweden.

Letzte Einsätze des SSI

Die Mehrzahl der Ärzte und Sanitäter waren während der Ebro-Kämpfe militärischen Einheiten der Internationalen Brigaden zugeteilt. Der Wiener Arzt Heinrich Kent war Leiter des nördlich von Barcelona gelegenen Spitals in Mataró, wo auch die Ärztinnen Fritzi Brauner und Anja Hammermann, der Arzt Ignaz Bauer sowie die Krankenschwestern Steffi Bauer, Paula Draxler und Lisa Gavrič ihre letzte Wirkungsstätte im Internationalen Sanitätsdienst hatten. Belegt ist, dass die Krankenschwestern Dora Kaiser und Goldy Matthèy-Guenet im Spital in Vic, Gusti Guttmann in S'Agaró waren, wo auch Walter Freudmann nach mehreren Einsätzen als Frontarzt seine letzte Station in Spanien hatte.

Mit dem Rückzug der Internationalen Brigaden von der Front im September 1938 wurden die Frauen nach Frankreich evakuiert. Für die meisten Männer führte nach den Demobilisierungslagern in Katalonien der Weg vorerst in die französischen Internierungslager, im besten Fall in die Emigration.

Widerstand und Exil nach Spanien

Fritz Jensen konnte im Jänner 1939 nach Frankreich gelangen und über Paris nach Großbritannien. Im Mai 1939 organisierte er den Einsatz einer Gruppe ehemaliger Ärzte und Ärztinnen des Internationalen Sanitätsdienstes – der auch Walter Freudmann, Heinrich Kent und seine spätere Frau Edith angehörten –, die in China ihren Kampf beim Chinesischen Roten Kreuz im Befreiungskrieg gegen die japanischen Besatzer fortsetzten. Jensen kehrte 1948 nach Wien zurück und war zeitweilig Leiter des Kulturreferats der KPÖ. Ab 1953 war er Korrespondent der *Volksstimme* in China und kam im April 1955 auf dem Flug zur Bandung-Konferenz bei einem Bombenanschlag ums Leben.

Emanuel Edel war in den französischen Internierungslagern in Gurs und Le Vernet, wurde dann in das Spezialgefängnis von Castres überstellt, von wo er flüchten konnte. Unter dem Decknamen Roger Dumaine reihte er sich in die französische Widerstandsbewegung FTPF (*Francs-Tireurs et Partisans Français*) ein. Nach der Befreiung Frankreichs war er bis Kriegsende im Österreichischen Freiheitsbataillon in Jugoslawien. Goldy Matthèy-Guenet, die Schweizer Staatsbürgerin war, ging mit der CSS (*Centrale Sanitaire Suisse*), einer humanitären Schweizer Hilfsorganisation, zur Partisanenarmee nach Jugoslawien.

Lisa Gavrič und Anni Peczenik kehrten mit falschen Papieren ausgestattet nach Österreich zurück und wurden als französische Fremdarbeiterinnen getarnt im antifaschistischen Widerstand aktiv. Mela Ernst und Paula Draxler waren in Frankreich und Gundl Steinmetz in Belgien in der Widerstandsbewegung. Alle diese fünf ehemaligen Krankenschwestern des SSI wurden im Zuge dieser Aktivitäten verhaftet. Draxler wurde in Paris verhaftet und kam beim Verhör durch die Gestapo ums Leben. Peczenik wurde im Zuge ihrer Kuriertätigkeit zwischen Wien und Paris verhaftet, ins Konzentrationslager Ravensbrück verbracht und im Dezember 1944 im KZ Buchenwald ermordet. Gavrič und Ernst überlebten ihre Verhaftung und Einlieferung ins KZ Ravensbrück. Steinmetz, die in Brüssel im Widerstand war, wurde aufgedeckt und bei einem Fluchtversuch von einem Gestapobeamten angeschossen. Unter falschem Namen in ein Spital in Bonn eingeliefert, verlor die Gestapo ihre Spur, und sie konnte 1945 nach Wien zurückkehren. Gusti Guttmann wurde in mehreren Internierungslagern in Frankreich festgehalten und im Mai 1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde.

Quellen und Literatur:

Spanienarchiv im DÖW, Personendossiers.
Guillem Casañ Ferrer: Las villas de Benicàssim, un espacio hospitalario para las Brigadas Internacionales (Guerra Civil 1936–1939), in: Cristina Escrivà Moscardó, Juan Carlos Colomer Rubio (Ed.): Las brigadas internacionales en Benicàssim. Valencia 2014, S. 23–44.
Irene Filip: Voluntarias Internacionales de la Libertad. 34 Österreicherinnen gegen Franco, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 23. Jg. (2016) Nr. 3, S. 1–4.
Francisco Fuster Ruiz: El Servicio de Sanidad de las Brigadas Internacionales. Albacete 2018.
Lisa Gavrič: Die Straße der Wirklichkeit – Bericht eines Lebens. Berlin 1984.
Hans Landauer: Österreicher im Sanitätsdienst der spanischen Volksarmee 1936–1939, in: DÖW (Hg.): Jahrbuch 1989. Wien 1989, S. 105–116.
Hans Landauer (in Zusammenarbeit mit Erich Hackl): Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939. Wien 2008. Aktualisiert auf der Website des DÖW abrufbar.
Marie Langer: Von Wien bis Managua. Wege einer Psychoanalytikerin. Freiburg i. Br. 1986 (Neuauflage: Während die Welt brennt, kann man nicht dasitzen und seinen Nabel betrachten, hg. von Ulrike Schmitzer. Wien 2026).
Gusti Stridsberg: Menschen, Mächte und ich. Hamburg 1961.

Von der Donau an den Ebro

Oberösterreicher im Kampf gegen Franco

Florian Schwanninger

Rund 1.400 ÖsterreicherInnen gingen in den Jahren 1936 bis 1939 nach Spanien, um dort für die Freiheit der Spanischen Republik, für die Demokratie und gegen Franco bzw. den Faschismus zu kämpfen. Dabei handelte es sich im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl des Landes um das größte nationale Kontingent.

Selina Maria Patrasso hat 2015 an der Universität Graz eine Diplomarbeit über die oberösterreichischen Spanienkämpfer vorgelegt. Sie stützte sich bei ihren Recherchen auf das 2003 von Hans Landauer herausgegebene „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer". Laut ihrer Auswertung der darin enthaltenen Kurzbiographien wurden von den österreichischen Spanienkämpfern insgesamt 83 in Oberösterreich geboren. Von diesen 83 übersiedelten 23 in Orte bzw. Städte außerhalb von Oberösterreich. Zu den verbliebenen 60 Personen kommen laut Patrasso acht hinzu, die außerhalb des Bundeslands geboren worden waren, aber im Laufe der Zeit nach Oberösterreich zogen. Insgesamt waren es somit laut Patrasso 68 Freiwillige aus Oberösterreich, die 1936 in diesem Bundesland lebten und in den folgenden Jahren an der Seite der Spanischen Republik kämpften. Es gibt zu dieser Zahl jedoch eine kleine Abweichung: Josef Mitter, der im Lexikon als oberösterreichischer Freiwilliger angeführt wird und deshalb von Patrasso in ihre Auswertung einbezogen wurde, wurde später aus der aktualisierten Online-Ausgabe des Lexikons gestrichen, weil er kein Spanienkämpfer war. In Summe kämpften also 67 Oberösterreicher in Spanien.

Bei den oberösterreichischen Spanienkämpfern handelt es sich ausschließlich um Männer, es war also keine Oberösterreicherin zur Zeit des Bürgerkriegs in Spanien. Aus ganz Österreich gingen insgesamt 34 Frauen nach Spanien und waren dort im Sanitätsdienst oder anderen Bereichen tätig. Zumindest ein Versuch von zwei Oberösterreicherinnen, nach Spanien zu gelangen, ist bekannt – und zwar von Gisela Taurer (später verheiratete Tschofenig) und von Margarethe Gröblinger. Sie gelangten jedoch nicht nach Spanien, sondern blieben für einige Zeit in Frankreich, wo sie ein Jahr lang als Gouvernanten in Lyon arbeiteten.

Die kollektivbiografische Auswertung von Selina Maria Patrasso hat ergeben, dass die meisten oberösterreichischen Spanienkämpfer zwischen 20 und 30 Jahre alt waren, als sie nach Spanien kamen. Die Ältesten unter ihnen waren Theodor Schlögl mit 41 sowie Johann Brandthaler und Jakob Fränkel mit 42 Jahren. Der jüngste oberösterreichische Spanienkämpfer war Erwin Steyrer mit erst 20 Jahren. Das Alter ist hier auch in militärischer Hinsicht relevant: Aufgrund ihres jungen Alters verfügten die meisten oberösterreichischen (und allgemein österreichischen) Spanienkämpfer über keine militärische oder Kampferfahrung aus dem Ersten Weltkrieg. Militärische Ausbildung oder Erfahrung hatten jedoch einige durch die Tätigkeit im Schutzbund, durch den Einsatz im Februar 1934 oder durch Schulung im Exil in der Sowjetunion.

Die meisten Spanienkämpfer kamen aus Linz und aus Steyr. Ein Großteil der österreichischen Freiwilligen stammte somit aus den Hochburgen der Arbeiterbewegung. Die Berufe der oberösterreichischen Spanienkämpfer waren sehr unterschiedlich, jedoch waren fast alle Arbeiter oder übten einen Handwerksberuf aus. Sie arbeiteten als Tischler, Schuhmacher, Spengler, Schlosser, Maurer, Elektrotechniker, Dreher, Hilfsarbeiter, Friseur, Kellner, Bäcker, Mechaniker usw. Akademiker oder Studenten befanden sich überhaupt nicht unter den Spanienkämpfern aus Oberösterreich. Vom sozialen Profil her gesehen, waren die oberösterreichischen Spanienkämpfer repräsentativ für jenes der österreichischen Freiwilligen insgesamt.

Viele der Freiwilligen, auch aus Oberösterreich, waren vor ihrer Zeit in Spanien aus politischen Gründen in Haft, einige mussten nach dem Februar 1934 in das vor allem tschechoslowakische oder sowjetische Exil gehen. Die österreichischen Freiwilligen sahen in Spanien vor allem die Möglichkeit, den europäischen Faschismus zu bekämpfen. Die Lage in Österreich – auch die soziale Lage – war mehr als trist, die Niederlage der Februarkämpfe war sehr präsent. Wie sehr, lässt sich auch daran erkennen, dass während der Kämpfe in Spanien im Rahmen der Internationalen Brigaden ein österreichisches Bataillon mit dem symbolträchtigen Namen „12. Februar" gegründet wurde.

Die Wege nach Spanien waren oft sehr schwierig und abenteuerlich. Nach der Gründung der Internationalen Brigaden wurde die Ausreise der österreichischen Spanienkämpfer von der illegalen KPÖ bzw. von ihrer Schleuserorganisation geregelt. Generell war die Ausreise nach Spanien, um am dortigen Bürgerkrieg teilzunehmen, gesetzlich verboten, da es sich dabei um einen „Eintritt in den Militärdienst einer fremden Macht" handelte. Wenn man beim Versuch auszureisen aufgegriffen wurde, wurde man verhaftet und angezeigt, den Spanienkämpfern, die bereits in Spanien waren, wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Nicht wenige wählten daher von Vorarlberg aus den Weg über das Gebirge in die Schweiz und weiter nach Frankreich.

Aus Österreich reisten 27 Oberösterreicher nach Spanien. Aus der Sowjetunion gingen insgesamt 30 Oberösterreicher nach Spanien. Die restlichen kamen über andere Wege zu den Internationalen Brigaden. Nach der Niederlage der Spanischen Republik gingen die meisten der überlebenden Spanienkämpfer über die Grenze nach Frankreich. 16 Oberösterreicher waren in Spanien gefallen. Die Überlebenden wurden in Frankreich unter sehr schlechten Bedingungen interniert. Die meisten wurden 1940/41 der Gestapo übergeben und kamen in die Konzentrationslager, vor allem nach Dachau. Zwei oberösterreichische Spanienkämpfer starben in einem KZ. Weitere fielen an den Fronten des Zweiten Weltkriegs. Insgesamt überlebten 23 oberösterreichische Spanienkämpfer den Bürgerkrieg und den Zweiten Weltkrieg nicht. Das war rund ein Drittel aller oberösterreichischen Spanienkämpfer. Jene, die in Frankreich untertauchen konnten oder in die Sowjetunion gelangten, setzten den Kampf gegen den Faschismus fort.

Einer der bekanntesten oberösterreichischen Spanienkämpfer ist Hugo Müller. Er war Februarkämpfer in Linz und flüchtete nach den Kämpfen in die Tschechoslowakei und von dort in die



Eine Gruppe Guerrilleros, ganz vorne rechts der Oberösterreicher Franz Willinger.

Sowjetunion. Er traf im November 1936 in Spanien ein und war zunächst im Tschapajew-Bataillon und danach im Februar-Bataillon im Einsatz, zuletzt im Rang eines Majors. Im Februar 1939 befehligte Müller im „zweiten Einsatz" die österreichischen Freiwilligen. Er konnte 1939 in die Sowjetunion zurückkehren, meldete sich 1941 nach dem deutschen Überfall freiwillig zur Roten Armee und war 1944 im Rahmen der „Kampfgruppe Steiermark" im Einsatz. Er ließ am 23. November 1944 bei einem Gefecht mit der SS sein Leben.

Wie Müller gehörte auch der Linzer Franz Willinger der KPÖ an und flüchtete nach den Februarkämpfen in die Sowjetunion. Er kämpfte ab 1937 im Rang eines Leutnants in der 11. Internationalen Brigade in der Gruppe der Guerrilleros. Nach dem Zusammenbruch der Spanischen Republik wurde er 1939 in verschiedenen französischen Internierungslagern inhaftiert. Im April 1941 an die Gestapo ausgeliefert, kam Willinger in das KZ Dachau, wo er aktiv in der illegalen Lagerorganisation tätig war. Nach der Befreiung war er von 1945 bis 1951 Bezirksobmann der KPÖ Linz und danach Personalchef in einem USIA-Betrieb. Nach 1955 betrieb er eine Trafik. Willinger war auch Obmann des oberösterreichischen KZ-Verbands.

Der Linzer Alois Grünberger flüchtete 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion. Ab Mai 1937 war er Teil der Internationalen Brigaden und Pionierleutnant. Nach der Niederlage musste er wie viele andere in die französischen Internierungslager und diente später in einer „Prestataire"-Kompanie, die beim Straßenbau eingesetzt war. Im August 1941 kam er ins KZ Dachau und wurde im Juli 1944 zur Strafeinheit Dirlewanger eingezogen. Kurz darauf lief Grünberger in Rumänien zur Roten Armee über. Er sprang als Aufklärer mit dem Fallschirm über dem Mühlviertel ab und baute dort eine Funkstation auf. Nach der Befreiung war Grünberger bis 1955 Polizeidirektor von Urfahr. Auch danach blieb er im Linzer Polizeidienst tätig. Grünberger engagierte sich im KZ-Verband Oberösterreich, wo er über längere Zeit als Obmann fungierte.

Einer jener Oberösterreicher, die in Spanien fielen, ist der Paschinger Friedrich (Fritz) Gröblinger. Der aktive Februarkämpfer kam im Juni 1937 aus der Sowjetunion nach Spanien. Dort diente er als Sergeant bei den Panzerwagen. Aufgrund einer Verwundung musste er im November 1937 ins Spital in Benicàssim. Seit 12. März 1938 gilt Gröblinger als vermisst (bei Hijar).

Matthias Hitzenberger aus Gschwandt bei Gmunden wurde im Februar 1936 wegen kommunistischer Betätigung festgenommen und kam für sieben Monate in das Anhaltelager Wöllersdorf. Im Jänner 1937 ging er nach Spanien. Dort diente er im 14. Armeekorps bei der Gruppe der Guerrilleros im Rang eines Leutnants. 1939 musste er wie die meisten anderen über die Grenze nach Frankreich gehen und wurde in Saint-Cyprien und Gurs festgehalten. Er kam in der Folge zu einer Prestataire-Kompanie. Ab März 1941 befand sich Hitzenberger im KZ Dachau. Nach 1945 fungierte er als Bezirksleiter der KPÖ in Gmunden. Er war Angestellter und Betriebsrat bei der OKA (dem Vorläufer der Energie AG).

Josef Plieseis war 1934 Februarkämpfer in Ebensee und schloss sich im Juni 1937 den Internationalen Brigaden an. In Spanien kämpfte er als Partisan hinter der Front im Feindesland. Nach dem Ende des Bürgerkriegs kam er 1939 in die französischen Anhaltelager Saint-Cyprien, Gurs und Argelès-sur-Mer. Plieseis versuchte 1941 ins Salzkammergut zurückzukehren, wurde jedoch von den deutschen Behörden verhaftet und ins Polizeigefängnis nach Linz überstellt. Von dort kam er ins KZ Dachau. Im September 1943 gelang ihm die Flucht aus dem Außenkommando Hallein. Bis zur Befreiung war Plieseis als Partisan in den Bergen des Salzkammergutes unterwegs und konnte nicht mehr gefasst werden. 1945 war Josef Plieseis zuständig für Sicherheitsfragen im Raum Bad Ischl Später arbeitete er als Gemeindebediensteter in Ischl und war auch Gemeinderat für die KPÖ. Seine Erlebnisse in Spanien und im Widerstand wurden 1946 mit dem Titel „Vom Ebro zum Dachstein" publiziert und 1971 in der DDR mit dem Titel „Partisan der Berge" neu veröffentlicht.

Der Kommunist Franz Jaritsch kam ebenso wie Plieseis aus Bad Ischl. Er ging im Juni 1937 gemeinsam mit Josef Plieseis von Österreich nach Spanien, wo er der 2. Artilleriegruppe zugeteilt wurde. Nach dem Bürgerkrieg kam er in die französischen Lager Saint-Cyprien, Gurs, Argelès und Mont-Louis und im Mai 1941 ins KZ Dachau. Jaritsch starb dort am 27. April 1942 im Alter von 38 Jahren an Flecktyphus.

Johann („Hans") Wagner aus Steyr wurde nach den Februarkämpfen im Jahr 1934 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Entlassung aus der Haft trat er der KPÖ bei und ging im Februar 1937 nach Spanien. Wagner fiel am 22. August 1938 in der Ebro-Schlacht. Neben ihm fielen in Spanien noch die Oberösterreicher Wilhelm Distelberger, Adolf Holzbauer, Johann Wieser, Gottfried Greilhuber und Hans Hietler. In Steyr-Münichholz wurde eine Straße nach Hans Wagner benannt.

Der Automonteur Franz Brandstätter war Funktionär der KPÖ und besuchte 1935 die Lenin-Schule in Moskau. Ab April 1938 kämpfte er in Spanien und war dort im Stab der 11. Brigade tätig. In Gurs gehörte er der illegalen Lagerleitung der KPÖ an. Ab 8. September 1941 befand sich Brandstätter im KZ Dachau. Nach der Befreiung war er Sekretär der KPÖ Steyr-West. Er starb bereits im Jahr 1945 bei einem Autounfall in Micheldorf.

Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des KZ-Verbands OÖ/VdA „90 Jahre Spanischer Bürgerkrieg. 90 Jahre Internationale Brigaden" im Volkshaus Linz-Keferfeld am 16. September 2026.

„GM Mizzi“

Walter Hollitschers Berliner Jahre im Lichte seiner Akten beim MfS der DDR

Christian Kaserer

Als Walter Hollitscher am 18. August 1953 am Flugplatz Berlin-Schönefeld mit seiner Frau Violetta eine Propellermaschine bestieg und damit die Deutsche Demokratische Republik Richtung Österreich verließ, lagen ein abrupt beendeter vierjähriger Aufenthalt sowie ein Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Karriere hinter ihm. Der 1911 in Wien geborene Hollitscher blickte mit seinen 42 Jahren bereits auf ein bewegtes Leben zurück. Nachdem seine jüdisch-bürgerliche Familie im Verlauf des Ersten Weltkriegs zusehends verarmte, wuchs Hollitscher zunächst in Prag auf, ging jedoch für das Studium zurück nach Wien. Dort studierte er unter anderem bei Otto Neurath und Moritz Schlick Philosophie, Biologie sowie Medizin und schloss sich, wenn auch wenig aktiv, der KPÖ sowie weitläufig dem *Wiener Kreis* um Neurath an. Überdies erhielt Hollitscher durch geschicktes Netzwerken eine von Anna Freud persönlich finanzierte Ausbildung zum Psychoanalytiker, als auch eine Anstellung am Bibliographischen Institut der *Wiener Psychoanalytischen Vereinigung* (WPV).[1]

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland unmittelbar ob seiner Herkunft in seinem Leben bedroht, floh Hollitscher durch Vermittlung Anna Freuds über die Schweiz nach London, wo er nicht nur weiter in seiner Tätigkeit als Bibliograph – diesmal für die *British Psychoanalytical Society* – brillierte, sondern seine Ausbildung zum Psychoanalytiker beendete. Nebst klinischer Tätigkeit als Psychotherapeut für Kriegsheimkehrer war Hollitscher in dieser Zeit eine zentrale Figur des vor allem von Kommunisten geführten *Austrian Centre*, einer Vereinigung von ÖsterreicherInnen im britischen Exil. Außerhalb des Aufbaus eines extensiven politischen Netzwerkes, profilierte sich Hollitscher in seiner Londoner Zeit als Polyhistor, als Universalgelehrter also, der es vermochte, komplexe Inhalte feuilletonistisch für breite Massen zusammenzufassen. Davon zeugen nicht nur unzählige Artikel in der Exilpresse, sondern auch Vorträge, die er für das *Austrian Centre* sowie den *Freien Deutschen Kulturbund* hielt.[2]

Damit legte er den Grundstein seiner kommenden Karriere nach dem Sieg der Alliierten über den Hitler-Faschismus. Anfang 1946 kam Hollitscher als einer der ersten Zivilisten zurück nach Wien. Dort war er nicht nur an der Neugründung der WPV unter Leitung des Verwahrlostenanalytikers August Aichhorn beteiligt. Hollitscher hielt überdies Kurse zur Biologie in der WPV und beteiligte sich kurzzeitig an der Popularisierung der Psychoanalyse, sowie der Ausbildung von Analytikern im befreiten Wien. Neben seiner psychoanalytischen Arbeit war Hollitscher auch politisch und wissenschaftlich tätig. Als „Konsulent für Wissenschaft“ im „Amt für Kultur und Volksbildung der Gemeinde Wien“ arbeitete er im Rathaus beispielsweise die ersten Pläne der Wiener Volkshochschulen aus.[3] Von 1946 bis 1949 wirkte er außerdem als Vorsitzender der Abteilung für Wissenschaftstheorie und Psychologie am Wiener *Institut für Wissenschaft und Kunst*. Seine Zeit in Wien jedoch sollte nur kurz währen.

Das erste Jahr in Berlin

Erste Überlegungen, Hollitscher von Wien aus in die DDR zu entsenden, um dort im Hochschulwesen tätig zu werden, dürften um den Jahreswechsel 1948/49 herum aufgekommen sein. Es ist ein auf März 1949 datiertes Schreiben Ernst Fischers an die Berliner Humboldt-Universität überliefert, welches als „Charakteristik von Dr. Walter Hollitscher“ übertitelt wurde. Darin beschreibt Fischer Hollitscher nicht nur in geradezu panegyrischem Duktus als kaum zu überschätzenden Wissenschafter und Parteigenossen, sondern moniert ebenso den Verlust seines Amtes als Staatssekretär für Unterricht, über welches er ursprünglich gedachte, Hollitscher als Nachfolger seines Lehrers Moritz Schlick an die Universität Wien zu berufen.[4] Am 6. April 1949 kam es an der Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität zu dem Fakultätsbeschluss, Hollitscher eine „einjährige Gastprofessur mit vollem Lehrauftrag für ‚Naturphilosophie‘ zu erteilen“.[5]

Empfohlen wurde Hollitscher vom Dekan der Philosophischen Fakultät, Alfred Meusel, einem Bekannten Hollitschers aus dem Londoner Exil.[6] Ein offizielles Schreiben mit Fragen zu terminlichen Vorstellungen folgte am 18. Juli 1949, und das Schreiben über die offizielle Berufung wurde mit 6. August 1949 gezeichnet. Darin ist ersichtlich, dass Hollitscher seine Vorlesungen vom 1. Oktober 1949 bis zum 1. Oktober 1950 zu halten gedachte.[7] Wohnhaft war Hollitscher in dieser Zeit mit seiner Frau Violetta in einer Wohnung in Berlin-Treptow, am Dammweg 35. Seine Vorlesungen beschäftigten sich mit dem umfänglichen Themengebiet der „Dialektik der Natur“. Es handelte sich dabei um Hollitschers Versuch, formale Logik im Sinne des Wiener Kreises, Dialektik und Naturwissenschaften auf der Höhe der Zeit in einen philosophisch-wissenschaftlichen Gesamtzusammenhang zu setzen. Ähnliche thematische Schwerpunkte lassen sich auch in seinen anderen Texten aus dieser Zeit erkennen, haben ihre Grundlage in seiner Ausbildung und begleiteten ihn über sein gesamtes Œuvre hinweg. Eine Synthese verschiedener Inhalte, denen man zu Beginn in der DDR noch offen gegenüberstand.

Aufkeimende Konflikte

Das erste Jahr dürfte insgesamt gütlich verlaufen sein, und so wurde Hollitscher am 10. August 1950 zum Professor für den Lehrstuhl für Philosophie der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin ernannt – seine einjährige Befristung endete damit. Er fand sich nun also in der Nachfolge von Hegel und hatte eine gewichtige Stelle im Wissenschaftsbetrieb der gerade erst im Vorjahr – als Reaktion auf die Ausrufung der BRD – gegründeten DDR inne. Damit einher jedoch gingen bereits erste Schwierigkeiten und Reibereien mit anderen Persönlichkeiten dieses Betriebs. Seine „Vorlesungen zur Dialektik der Natur“ lagen im Dezember 1950 bereits ein halbes Jahr lang im Satz vor, als am 23. Dezember 1950 von 10 Uhr bis 18.30 Uhr im „Club der Kulturschaffenden“ in der Berliner Jägerstraße 2/3 eine „philosophische Diskussion“[8] um den Gehalt von Hollitschers geplanter Publikation tagte. Insgesamt 25 Personen aus Wis-

senschaft und Politik der DDR beschäftigten sich in dessen Beisein mit den Vorlesungen und bekrittelten jene in toto.[9] Hollitschers Stil wäre zu schwerfällig und unverständlich für die Massen, er würde nicht marxistisch-leninistisch, nicht dialektisch argumentieren und wäre noch ganz im „Einfluss des Wiener Kreises und der englischen Wissenschaftler-Linken“[10] gefangen. Die Diskussion, welche einen völligen Verriss von Hollitschers Weltanschauung darstellte, fand ihre Conclusio darin, dass seine Vorlesungen nicht gedruckt werden dürften, und man kam darin überein, dass diese Debatte einen Anfangspunkt darstelle, Hollitscher ideologisch auf den richtigen Weg zu bringen. Insbesondere Robert Havemann, Chemiker, Widerstandskämpfer und wirkmächtige Person im Wissenschaftsbetrieb der DDR und persönlich mit Hollitscher bekannt, bestand darauf, die Debatte so verstanden zu wissen.[11]

Nicht nur war dieses Zusammentreffen eine Zäsur in der bis dahin recht friktionsfrei verlaufenden Karriere Hollitschers, sondern auch der Beginn zunehmender Gängelungen seiner Arbeiten. Sein erstmals 1949 beim ostdeutschen Aufbau-Verlag erschienenes Buch „… wissenschaftlich betrachtet…“, eine Sammlung kürzerer und längerer Essays zu wissenschaftlichen Entwicklungen, erfuhr 1951 eine zweite Auflage. Diese wurde umfassend von Robert Havemann im November 1951 in der SED-Zeitschrift *Einheit* verrissen.[12] Havemann warf in seinem mehrseitigen Text dem Autor Positivismus vor und meinte, dieser würde weit hinter aktuelle Erkenntnisse der UdSSR und DDR zurückfallen. Gerade auch die Ausbildung Hollitschers als Psychoanalytiker und seine kritische Würdigung Freuds wurden von Havemann als Exempel genutzt, um aufzuzeigen, dass der Autor offenbar nichts von aktuellen Entwicklungen im Osten – etwa dem Pawlow-Kongress 1950 in der Sowjetunion – verstehe.

Trotz solcher Angriffe hielt man zunächst an Hollitscher fest, und es erfolgte am 8. Februar 1952 die Umwandlung seines Lehrstuhls für Philosophie in den „Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie“. Es ist zu konstatieren, dass die Kritik an ihm zu dieser Zeit weiter anwuchs. Der Philosoph und Journalist Wolfgang Harich etwa schrieb über Hollitscher in einem Brief an das Mitglied des Politbüros der SED Fred Oelßner: „Der Ordinarius für Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, also der Mann auf dem Lehrstuhl Fichtes und Hegels, ist Prof. Hollitscher. Hollitscher hat das Niveau eines Feuilletonschreibers, der die Leser der Sonntagsausgabe mit Belehrungen über ‚Das Leben im Wassertropfen‘ und dergleichen erfreuen kann. Von der Geschichte der Philosophie, speziell der klassischen deutschen Philosophie, versteht dieser Mann nichts.“[13] Von mehreren Seiten und auf unterschiedlichen Ebenen wurde Druck auf Hollitscher ausgeübt, sich ideologisch stärker in die Standards der DDR einzufügen. Die mehr oder weniger gut gemeinten Ratschläge beherzigte Hollitscher, und so holte er auf der am 15. und 16. Jänner 1953 veranstalteten Pawlow-Tagung in Leipzig zu einem Rundumschlag gegen sein früheres, psychoanalytisches Leben aus und kritisierte Freud nach allen Registern,[14] auch, wie es heißt, „unter der Gürtellinie“.[15]

Inhaftierung und Kontakt zum MfS

Anfang März 1953 kam es, völlig überraschend, zur Inhaftierung Walter Hollitschers, ohne Mitteilung seines Verbleibs an das nächste Umfeld. Die international renommierte Kinderärztin Ingeborg Rapoport, eine Freundin Hollitschers, schilderte die Vorgänge Jahrzehnte später wie folgt: „Plötzlich wurde Walter verhaftet. Weder er noch [seine Ehefrau] Violetta haben je etwas über diese Zeit, die Ursachen und Umstände seiner Verhaftung verlauten lassen. Wir hatten den Eindruck, Walter säße in Karlshorst, bei der Zentrale der sowjetischen Besatzungsmacht. Ein anderer Freund und Schüler Hollitschers meinte, man habe ihn nach Moskau gebracht. Walter konnte offensichtlich nichts Ehrenrühriges nachgewiesen werden. Er kam nach kurzer Zeit wieder frei, verlor aber seine Professur an der Humboldt-Universität, musste die DDR verlassen und in seine Heimatstadt Wien zurückkehren, wo ihn schwierige finanzielle Verhältnisse erwarteten.“[16]

Rapoport vermutete überdies eine Involvierung Robert Havemanns in Anbetracht der ideologischen und persönlichen Differenzen beider. Ein solcher Verdacht lässt sich mit Blick auf die lakonisch gehaltenen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR über Walter Hollitscher nicht eindeutig bestätigen. Auch die von Rapoport angegebene kurze Zeitdauer seiner Inhaftierung kann nicht bestätigt werden. Das bisher sich vor allem aus Gerüchten ergebende Bild des Verschwindens Walter Hollitschers muss durch den hier ausgewerteten MfS-Akt teilweise revidiert werden. Dieser mag durch spätere Eingriffe unvollständig sein, teilweise abrupt inmitten eines Berichts durch fehlende Blätter abbrechen, erlaubt jedoch aufgrund der erhaltenen Schriftstücke, darunter Gesprächsvermerke, operative Einschätzungen, finanzielle Aufzeichnungen und einzelne von Hollitscher unterzeichnete Schriftstücke, ein neues Bild der Vorgänge zu zeichnen.

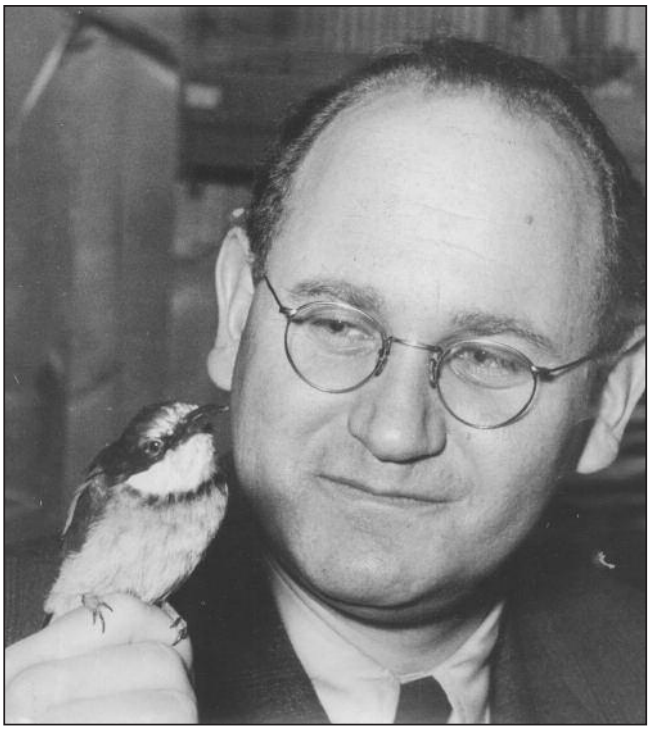
Hollitscher war von März bis Juli 1953 inhaftiert. Seine Verhaftung kam zunächst ob seiner Kontakte zur „Szlanski-Bande in der CSR“,[17] wie im Akt zu lesen ist, zustande. Der Slánský-Prozess war ein Schauprozess in der Tschechoslowakei, durchgeführt im November 1952, bei welchem hochrangige Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und auch Regierungsmitglieder bezichtigt wurden, einer Verschwörung anzugehören. Mehrere Todesurteile wurden ausgesprochen und auch vollstreckt. Hollitscher gab im Verhör an, in seiner Londoner Exil-Zeit mit Personen verkehrt zu haben, welche im Slánský-Prozess – wenn auch lediglich peripher – genannt wurden. Namentlich wird hier mehrfach Peter Smolka, ein NKWD-Agent, genannt.[18] Ein Befund, der sich mit Blick auf Hollitschers Londoner Adressbuch bestätigen lässt.[19]

Der erste Kontakt mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR fand am 2. Juli 1953 statt[20] – vier Monate nach der Verhaftung Hollitschers. Aufgrund der lückenhaft überlieferten Akten ist diese mehrmonatige Phase der Inhaftierung nicht mehr gesichert zu rekonstruieren. Es ist jedoch festzustellen, dass Hollitschers Kontakte zu Personen, welche „für imperialistische Geheimdienste tätig waren“,[21] wiederholt Inhalt von Verhören waren. Der Besuch am 2. Juli hatte den Zweck zu eruieren, ob Hollitscher als „Geheimer Mitarbeiter“ (GM) in Frage käme. Dazu heißt es in einer Zusammenfassung der bisherigen Vorgänge in den MfS-Akten: „Am 2.7.1953 wurde H. in seiner Verwahrung aufgesucht, um von ihm einen unmittelbaren Eindruck zu bekommen und festzustellen, ob er zu Anwerbung als GM geeignet ist. Über unsere vorgesehene Absicht wurde nicht gesprochen.“[22]

Im Gespräch mit Mitarbeitern des MfS wurde Hollitscher auch erstmals darüber informiert, dass eine Strafverfolgung aufgrund seiner Londoner Kontakte zu Smolka nicht möglich sei. Man habe jedoch seine eingereichten Lebensläufe

überprüft und dabei diverse Ungereimtheiten nachgewiesen. So soll Hollitscher nicht nur seine berufliche Vergangenheit beschönigt, sondern überdies den Zeitraum seiner Parteimitgliedschaft merklich ausgedehnt haben. Vorwürfe, die sich wegen der nicht überlieferten Dokumente heute nicht mehr überprüfen lassen. In der bereits zitierten Zusammenfassung heißt es über das ihm zur Last gelegte: „Um seine Parteivergangenheit zu beschönigen, als alter Kommunist zu erscheinen, sich das Vertrauen der Partei und mit deren Hilfe eine Stellung als Universitätsprofessor zu erschleichen, hat er Fälschungen in seinen Lebensläufen und Fragebögen begangen. Entgegen den Tatsachen hat er angegeben, dass er ab 1923 dem Kommunistischen Jugendverbande Österreichs und seit 1928 ohne Unterbrechung der KPÖ angehört habe. Statt die materialistische Philosophie gründlich und richtig zu lehren, waren zu allen Zeiten seine Vorlesungen auf Universitäten mit feindlichen positivistischen Auffassungen durchsetzt und hat damit Verwirrung in den Köpfen der Studenten hervorgerufen. H. ist jüdisch bürgerlicher Herkunft, eitel, im höchsten Maße leichtfertig und großsprecherisch, wie er über sich selbst gesprochen hat, indem er auf einige Fälle solcher Art verwies, wie z.B. Dolmetscher Churchills gewesen zu sein oder mit bedeutenden Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, obgleich er nur Hilfsdienste für solche geleistet hat.“[23] Aufgrund dessen käme, so heißt es weiter, eine „Strafverfolgung nur wegen folgender Rechtsverletzungen“ in Frage: „1. Fragebogenfälschung 2. Fälschung des Lebenslaufes 3. Dadurch Einschleichen in öffentliche Ämter der DDR 4. Missbrauch dieser Ämter 5. Aufforderungen an dritte Personen, über Hollitscher falsche Angaben zu machen.“[24]

Auch Hollitschers Zukunft war Thema der Unterredung am 2. Juli: „Auf Beschluss des ZK wird auf eine Strafverfolgung verzichtet und H. von der Abteilung II des MfS am 8.7.1953 entlassen, wobei ihm erklärt wird, dass er nach Österreich ausgewiesen ist und mit Beschleunigung seine Abreise zu betreiben hat.“[25] Im Zentrum der Vorwürfe standen also nach viermonatiger Inhaftierung nicht mehr seine Kontakte zur Spionagewelt in seinen Londoner Jahren, sondern seine angebliche Tendenz, die eigenen wissenschaftlichen wie politischen Leistungen zu überhöhen, und der wissenschafts- und ideengeschichtliche Hintergrund Hollitschers. Gerade letzteres lässt unweigerlich an die bereits zitierten Kritikpunkte an seiner universitären Lehre denken. Für Hollitscher dürfte es evident gewesen sein, dass seine Zeit in der DDR damit jäh endete. Über seinen psychischen Zustand und der sich daraus ergebenden Möglichkeit, ihn zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS zu bewegen, heißt es im bereits zitierten Bericht resümierend: „Während dieser Unterredung machte H. infolge seiner aufgedeckten, unwürdigen Vergangenheit einen unterwürfigen, betteligen, weinerlichen Eindruck. Von seiner sonstigen Eitelkeit und seinem selbstsicheren Auftreten war keine Spur. Dieses etwas widerlich wirkende unterwürfige Wesen, schien mir aber auch etwas heuchlerisch und daher bettelhaft zu sein. Ich glaube, dass er dieses Wesen bald nicht mehr zur Schau tragen wird, wenn nicht mehr von seiner Vergangenheit die Rede ist, und wissen wird, dass wir niemandem gegenüber darüber etwas verlauten lassen. Nach Rückkehr in seine normale Gemütsverfassung wird H. aufgrund seiner überdurchschnittlichen Intelligenz, Klugheit und allseitigen Beziehungen vollwertig geeignet sein, als GM für uns zu arbeiten.“[26]



Walter Hollitscher (1911–1986)

Diese Charakteristik diente nicht einer neutralen biographischen Bestandsaufnahme. Sie bündelte politische, wissenschaftliche und charakterliche Vorwürfe zu einem Gesamtbild persönlicher Unzuverlässigkeit. Zugleich musste der Bericht Hollitscher als hinreichend intelligent und vernetzt darstellen, um seine geplante operative Verwendung zu begründen. Es ist bemerkenswert, wie diese Charakterisierung ihn zur persona non grata des Wissenschaftsbetriebs der DDR zu machen versucht, ihn jedoch gleichzeitig zum passenden MfS-Mitarbeiter erhebt. Aufgelöst wird diese vermeintliche Widersprüchlichkeit durch die vom MfS betonte nahezu bedingungslose Hingabe zum Kommunismus. Hollitscher wird Sicherheitsrisiko und Ressource zugleich.

Der Versuch einer Anwerbung Hollitschers als „Geheimer Mitarbeiter“ (GM) für das MfS fand, wie geplant, am 8. Juli 1953 statt und verlief – unter diesen Umständen wenig überraschend – erfolgreich. So wurde ihm „erklärt, dass von einer strafrechtlichen Verfolgung auf Grund seiner Selbst-Erkenntnis Abstand genommen wird. Zur Bewährung und Wiedergutmachung wird er an einem besonderen Frontabschnitt eingesetzt, welches ihm nicht gestattet, eine führende Parteifunktion zunächst einzunehmen. H. erklärte bei dieser Unterredung sich selbst bereit, alles tun zu wollen, um sich zu bewähren. H. hat in seiner Vergangenheit Verbindungen und Verkehr mit Personen geführt, die für imperialistische Geheimdienste tätig waren. Seine Aufgabe ist nunmehr, die näheren Beziehungen und Verbindungen dieser Personen aufzuklären. Da Wien ein wichtiges Ausgangszentrum der imperialistischen Spionagedienste nach den volksdemokratischen Ländern und der Sowjet-Union ist, hat er nach Wien zurückzukehren und dort mit der Erfüllung seiner Aufgabe zu beginnen.“[27]

Etwaige Fragen im Zusammenhang mit seinem Verschwinden habe Hollitscher wie folgt zu beantworten: „Ich habe mich für einige Zeit zwecks Bearbeitung einer wichtigen wissenschaftlichen Arbeit in Leipzig aufgehalten, die interner Natur und für die Partei ist.“[28] Überdies solle er seine Abreise nach Wien in diesem Zusammenhang bekanntgeben. Die Ausweisung Hollitschers indes dürfte nicht erst mit dieser Unterredung festgestanden haben, auch

wenn er erst im Juli davon erfuhr. Bereits vom 20. März 1953 ist eine Notiz des Dekans Dr. Ruben überliefert, welche über das Ausscheiden Hollitschers aus dem Universitätsbetrieb, sowie seiner Rückkehr nach Wien informierte.[29] Eine offizielle Bestätigung der Universität erfolgte am 1. April, und Hollitschers Verträge wurden mit dem 15. April 1953 aufgelöst. Es ist übrigens festzuhalten, dass eine Beurteilung Hollitschers durch die Personalabteilung der Humboldt-Universität Berlin bereits am 16. März 1953 – also vor der angeblich selbst ausgesprochenen Kündigung – ausgefertigt wurde, wahrscheinlich zur Klärung von Hollitschers am Institut hinterlassenem Eindruck durch entsprechende Ermittlungsbehörden.

Die am 8. Juli geführte Besprechung Hollitschers mit zwei Mitarbeitern des MfS klärte ihn nicht nur über seine künftigen geheimdienstlichen Tätigkeiten, sondern weiters über Sicherheitsvorkehrungen und festgelegte Abläufe, wie das Schreiben unverfänglicher Briefe an eine Ostberliner Adresse zum Zwecke der Bekanntgabe seiner Wohnadresse, auf. Anweisungen sollte er über Schreiben des Akademie-Verlags an ihn erhalten. Außerdem entschied sich Hollitscher bei diesem Gespräch dafür, künftig zur Wahrung seiner Anonymität das Pseudonym „Mizzi“[30] zu führen und bat um Erlaubnis, zur Sicherung des häuslichen Friedens, seine Ehefrau Violetta über die Vorgänge informieren zu dürfen. Mit der Unterzeichnung einer Verschwiegenheitsverpflichtung wurde er aus der Haft entlassen.

Die Tätigkeit des GM „Mizzi“ in Wien

Walter Hollitschers kommende Wochen in der DDR standen ganz im Zeichen der forcierten Ausreise zurück nach Wien. Treffen mit dem MfS fanden im Abstand von vier Tagen in seiner Ostberliner Wohnung statt. Dabei ging es zuvorderst um Belange, seine Ausweisung betreffend. So ersuchte Hollitscher am 17. Juli darum, ihm 5.000 Deutsche Mark in Österreichische Schilling umzuwechseln, um die Übersiedlung „meiner großen Bibliothek und meines Mobiliars und eine normale Etablierung in Wien“ realisieren zu können. Ein schriftlicher Antrag folgte am nächsten Tag.[31] Finanzielle Belange stellten für Hollitscher in den Tagen bis zur Übersiedlung ein andauerndes Besorgnis dar. Sein letztes Gehalt hatte er im Mai erhalten und so bat er, wie es in einem Gesprächsprotokoll heißt, am 24. Juli darum, ihm eine Nachzahlung seines Gehalts zu ermöglichen.[32] Eine Entscheidung darüber ist nicht bekannt, doch wurden ihm am 5. August Barmittel in Höhe von 2.500 Deutschen Mark ausgehändigt.[33]

Bezeugt ist außerdem Hollitschers – wahrscheinlich, mit Blick auf Tantiemen, auch pekuniär motivierter – Einsatz dafür, die Streichung seines Namens aus bereits fertiggestellten, kollektiv verfassten wissenschaftlichen Texten zu verhindern, mit der Begründung, etwaige Gerüchte über ihn und sein überraschendes Verschwinden dadurch verhindern zu können. Überdies erbat er, seine kühl gehaltene Beurteilung durch die Personalabteilung der Humboldt-Universität positiver zu formulieren.[34] Ein letztes reguläres Treffen mit Mitarbeitern des MfS in der DDR fand am 17. August 1953 statt, bei welchem auch Hollitschers Ehefrau Violetta in Kenntnis gesetzt und zum Schweigen darüber verpflichtet wurde.[35] Weiters unterhielt man sich, wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, über mögliche Ziele der Spionage in Wien, darunter auch der SPÖ-Politiker und Jurist Christian Broda.[36] Broda dürfte mit Hollitscher über seinen Bruder Engelbert Broda bekannt geworden sein. Mit jenem arbeitete Hollitscher in London im Rahmen einer Broschüre über österreichische Wissenschafter zusammen.[37]

Außerdem wurden Walter und Violetta Hollitscher von Mitarbeitern des MfS in ein mit dem Pseudonym „Objekt See“[38] versehenes Gebäude gebracht, wo sie ihre letzte Nacht in der DDR zubrachten. „Am 18.8.1953 wurden sie von uns [dem MfS] mit ihrem Gepäck zum Flughafen Schönfeld [sic!] gebracht, von wo sie mit einem Flugzeug, das von Kopenhagen kam, 14.40 Uhr über Prag nach Wien geflogen sind.“[39] Ein erstes Treffen in Wien fand am 18. November 1953 mit zwei Mitarbeitern des MfS statt. Als Treffpunkt wurde das von der sowjetischen Besatzung sowie der KPÖ unterstützte *Neue Theater in der Scala* gewählt. Nach Sicherstellung, dass man nicht beobachtet wurde, verlegte man das Gespräch in ein Café des nahen Südbahnhofs, welcher sich auf dem Areal des heutigen Wiener Hauptbahnhofs befand, und vereinbarte für den Folgetag ein weiteres Treffen im Café Budapest. Dort übergab „Mizzi seinen schriftlichen Bericht“[40] und man besprach bisherige und künftige Aktivitäten.

Die schriftlich fixierten Äußerungen Hollitschers zu seinen ersten drei Monaten in Wien, seit seiner erzwungenen Ausreise aus der DDR, sind nur äußerst bruchstückhaft erhalten und behandeln einerseits sein Verhältnis zur KPÖ. Dazu heißt es, er habe auf Nachfrage dem Generalsekretär der KPÖ, Friedl Fürnberg, Auskunft über seine Rückkehr nach Wien gegeben und dabei als Gründe das Ende seines Vertrags mit der Humboldt-Universität Berlin, als auch seine Kontakte zu Peter Smolka genannt, welche er – so Hollitschers Angabe gegenüber Fürnberg – selbständig bekanntgegeben habe. Eine Stellungnahme des ZK der SED an das ZK der KPÖ habe umgehend zur Bestätigung dieser Sache zu erfolgen, zumal entsprechende Auskunftsersuchen von Seiten der KPÖ bereits mehrfach angefordert worden seien. Außerdem habe man ihn damit beauftragt, Redakteur des KPÖ-nahen Periodikums *Tagebuch* zu werden.

Abgesehen von persönlichen Anliegen, berichtete Hollitscher andererseits über Begegnungen mit vermeintlich in Spionageaktivitäten verwickelten oder für solche relevante Personen. Genannt wird in einem Bericht in den MfS-Akten dabei eine englische Migrantin namens „Gräfin Zeppelin“, deren nähere Beschreibung jedoch aufgrund fehlender Seiten abrupt abbricht.[41] Erhalten blieben jedoch zwei kurze Zusammenfassungen des Gesprächsinhalts, aus denen allerdings nicht hervorgeht, was Angaben Hollitschers und was Auswahl, Zuspitzungen oder Interpretationen des MfS sind. Dort wird die Gräfin, die er bereits in seinem Londoner Exil kennenlernte,[42] im Zusammenhang amerikanischer Spionagetätigkeiten genannt. Weiters namentlich erwähnt wird Christian Broda, den man bereits in Berlin als mögliches Ziel ausgemacht hatte. Er sollte nach diesem ersten Treffen von Hollitscher mit dem MfS künftig genauer daraufhin beobachtet werden, „welche Absichten [er] hat zur Erneuerung der Arbeiterbewegung in Österreich“ und wer seine „Hintermänner“ für ein solches Unterfangen wären. Festzuhalten ist dabei, dass Hollitscher zunächst damit beauftragt wurde, Informationen über Broda zu sammeln, ohne mit diesem den bestehenden, losen Kontakt forciert zu intensivieren.[43]

Als dritten Punkt nennt die Zusammenfassung nebst Persönlichem und den beiden unter Beobachtung stehenden Personen, die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Hierzu sollte Hollitscher auch über seine Kontakte zur Gräfin Zeppelin und Christian Broda möglichst viele Informationen sammeln und

diese umgehend schriftlich nach Berlin übersenden.[44] Eine Entschädigung in Höhe von 9.000 Schilling wurde Hollitscher zugesichert.[45] Auch kam man darüber ein, ihm bei der Beschaffung einer Wohnung behilflich zu sein und ein Rezept zur Herstellung und Entwicklung von Geheimtinte mitzuteilen, um seine schriftlichen Mitteilungen postalisch auf der Rückseite eines inhaltlich unverfänglich gehaltenen Typoskriptdurchschlags machen zu können.[46] Als Arbeitsaufträge wurden Violetta und Walter Hollitscher die Vertiefung ihrer Bekanntschaft zur Gräfin sowie das Sammeln von Informationen über Broda mitgegeben. Erstere sollte vor allem daraufhin durchleuchtet werden, ob es möglich wäre, sie für das MfS anzuwerben. Ferner sollten beide versuchen festzustellen, ob Kontakte von Mitgliedern des ZK der KPÖ zu Peter Smolka oder anderen Personen, die im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozess genannt wurden, bestünden.[47]

Eine zweite Zusammenkunft in Wien fand im Rahmen von vier Tagen vom 19. bis zum 22. Januar 1954 statt. Inhaltlich ging es bei diesen Treffen um Hollitschers hohe Verschuldung aufgrund der beauftragten Wohnungsbeschaffung, für welche – so die Feststellung Hollitschers – das MfS aufzukommen habe, was von Seiten seiner Kontaktpersonen zugesichert wurde. Außerdem wusste Hollitscher mitzuteilen, dass Gräfin Zeppelin über „amerikanische Trainingsschulen" spräche, in welchen „amerikanische Armeeangehörige für ‚Arbeiten in den Volksdemokratien' ausgebildet" würden.[48] Umfängliche schriftliche Rapporte Hollitschers wurden, wie bereits im Zusammenhang mit dem vorherigen Treffen festzustellen ist, aus den Akten entfernt, somit sind weitere Details auf dieser Grundlage nicht zu ermitteln. Man verblieb nach diesen vier Tagen mit einem klaren Arbeitsauftrag: Die Beziehung zur Gräfin Zeppelin sollte vertieft und über sie Informationen über angebliche amerikanische Trainingsschulen gesammelt werden. Außerdem war es ein Ziel, sie für das MfS anzuwerben. Weiters sollte Kontakt „zu dem Agenten Smolka" sowie „zu dem Trotzkisten Broda" aufgebaut und „Informationen allgemeiner Art" weiterhin gesammelt werden.[49]

Ein weiteres Treffen Hollitschers mit dem MfS im Februar 1954 zwecks Übergabe beträchtlicher Barbeträge zur Entschuldung Hollitschers kann als sicher angenommen werden.[50] Über weitere Treffen jedoch ist nichts bekannt. Die Verbindung Hollitschers mit dem Ministerium für Staatssicherheit endete abrupt am 6. April 1954. Gründe dafür sind nicht angegeben, doch kann vermutet werden, dass man in Berlin mit dem Gehalt der gesammelten Informationen – zum Gros handelte es sich dabei um vage Gerüchte und triviale persönliche Details – nicht zufrieden war, und sie in keinem Verhältnis zum finanziellen Aufwand standen. Freilich lassen sich auch andere Erklärungen, etwa eine Aufdeckung seiner Tätigkeiten, heranziehen. Walter Hollitscher reiste in den kommenden Jahren für Vorträge und Kongresse mehrfach in die DDR und war ab 1965 einmal jährlich an der Leipziger Karl-Marx-Universität als Gastprofessor tätig. Am 16. Mai 1971 erhielt er zu seinem 60. Geburtstag die Ehrendoktorwürde Dr. phil. h.c. von der Humboldt-Universität zu Berlin verliehen.

Ausblick

Die Leipziger Gastprofessur sowie die Verleihung der Ehrendoktorwürde wurden in der Forschung oft als späte Wiedergutmachung für die Art und Weise, wie mit ihm umgegangen wurde, gelesen.[51] Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass sich Hollitschers turbulente Berliner Zeit aus einer Verkettung zeittypischer Umstände zusammensetzte. Bezeichnend für diese Phase ist die Melange aus einem Klima des Aufbruchs durch die noch junge, hoffnungsschwangere Gründung der DDR als sozialistischer deutscher Staat auf der einen, sowie eine dichte Atmosphäre der Denunziation und Geheimniskrämerei auf der anderen Seite. Nicht nur ist dies Folge eines in der Sowjetunion trainierten und nun in Führungsfunktionen zurückgekehrten Apparats, sondern auch Ergebnis einer Phase, in welcher westliche Stellen tatsächlich offen darüber sprachen, die „Zone" – wie man die DDR nannte – möglichst schnell liquidieren zu wollen. Vorsicht und daraus sich ergebene Ansätze zur Paranoia, gepaart mit Aufbruchsstimmung und einsetzendem Karrierismus erzeugten ein wechselvolles Gemenge.

Darüber hinaus ist auf subjektiver Seite gewiss auch Hollitschers Auftreten ein zu nennender Faktor. Die vom MfS monierte ostentiöse Art Hollitschers wurde bereits von den Wiener Psychoanalytikern bekrittelt.[52] Im Register zeitgenössischen Sprachgebrauchs würde man ihm heute wohl eher Namedropping denn Großsprecherei vorwerfen, und freilich sind solche Einschätzungen rein situativer Natur, denn in Retrospektive objektiv feststellbar. Diese ihm unterstellte Eigenschaft jedoch, in Verbindung mit seinem wissenschaftlich-ideologischen Hintergrund, der nicht marxistisch-leninistischer Natur war, dürfte nicht nur Neider, sondern auch Zweifler auf ihn aufmerksam gemacht haben. So ist es auch begreiflich, weshalb – nachdem die, möglicherweise sogar auf Hollitschers eigene freimütige Erzählungen zurückgehenden Vorwürfe im Bezug zum Slánský-Prozess, nicht fruchteten – man zur Demontage auf Hollitschers angeblich positivistische Weltanschauung zurückgriff.

Nebst dem persönlichen Schicksal Hollitschers, das in dieser biographischen Mikrostudie aufgearbeitet wurde, wäre es ein lohnenswertes Unterfangen zu untersuchen, inwiefern die Ereignisse mit einer politisch gewollten Disziplinierung des Wissenschaftsbetriebs der DDR in Zusammenhang gebracht werden können.[53] Zur Rolle der Pawlow-Tagung 1953 und Hollitschers Auftreten dabei als kurze Zeit noch wirkmächtige Figur und dessen Folgen für die institutionelle Psychoanalyse in der DDR, bestehen bereits entsprechende Untersuchungen.[54] Fest steht jedenfalls, dass die Ereignisse in Berlin prägend waren, für Hollitschers künftige ideologische, wie auch wissenschaftliche Ausrichtung. Das folgende Jahrzehnt war in seinem Schaffen jene Phase, in welcher er sich am entschiedensten von seiner vorangegangenen Ausbildung im Umfeld des Wiener Kreises und der freudschen Psychoanalyse distanzierte und zuweilen in geradezu polemischem Duktus in seinen Schriften dagegen agitierte.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Christian Kaserer: „Marxist through and through" Walter Hollitschers Londoner Exil zwischen „British Psychoanalytical Society" und „Austrian Centre", in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 32. Jg. (2025), Nr. 3, S. 9–12.

2/ Vgl. ebd.

3/ Vgl. Walter Hollitscher: Autobiographisches, in: Josef Schleifstein/Ernst Wimmer (Hg.): Plädoyers für einen wissenschaftlichen Humanismus. Wien: Globus-Verlag 1981, S. 163–169, hier S. 165.

4/ Vgl. Brief von Ernst Fischer an die Humboldt-Universität Berlin, betitelt als „Charakterisik von Dr. Walter Hollitscher" im Nachlass von Walter Hollitscher (Zentrales Parteiarchiv der KPÖ).

5/ ZPA der KPÖ, NL Walter Hollitscher, Schreiben des Dekans Alfred Meusel, 23.4.1949.

6/ Hollitscher: Autobiographisches, S. 164.

7/ ZPA der KPÖ, NL Walter Hollitscher.

8/ Walter Hollitscher: Vorlesungen zur Dialektik der Natur, hg. von Josef Rhemann. Marburg: Verlag Arbeit & Gesellschaft 1991, S. 8.

9/ Vgl. Hans-Christoph Rauh: DDR-Philosophie 1945–1995. Berlin, Heidelberg: J. B. Metzler 2026, S. 78.
10/ Dieter Wittich: Walter Hollitscher als Interpret und Popularisator wissenschaftlicher Prozesse, in: Naturwissenschaftliches Weltbild und Gesellschaftstheorie. Werk und Wirken von Gerhard Harig und Walter Hollitscher. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2004 (Texte zur Philosophie, Bd. 14), S. 219–256, hier S. 253.
11/ Hubert Laitko: Walter Hollitschers Konzept der Naturdialektik, in: ebd., S. 133–206, hier S. 186f.
12/ Vgl. Robert Havemann: Rezension zu: „...wissenschaftlich betrachtet...“, in: *Einheit*, Nr. 20/1951, S. 1635–1643.
13/ Wittich: Walter Hollitscher, S. 245.
14/ Vgl. Walter Hollitscher: Die philosophische Bedeutung der Lehren Pawlows, in: Eberhard Goetze/Alexander Mette (Hg.): Tagungs-Bericht der Pawlow-Tagung. Leipzig 15./16. Januar 1953. Berlin: Verlag Volk und Gesundheit 1953, S. 126–143.
15/ Norman Elrod: Identifizierung mit den Unterdrückten. Die Psychoanalyse in Beziehung zur kulturhistorischen Schule und Befreiungstheologie, in: Psychoanalyse im Rahmen der demokratischen Psychiatrie. In sechs Bänden, Bd. 4. Zürich: Althea-Verlag 1989, S. 679–1002, hier S. 689.
16/ Ingeborg Rapoport: Meine ersten drei Leben. Erinnerungen. Berlin: Edition Ost 1997. S. 321f.
17/ MfS-Akten über Walter Hollitscher im Bundesarchiv Berlin (BArch, MfS, AIM, Nr. 940/54, Bd. 2, Bl. 19).
18/ BArch, MfS, AIM, Nr. 940/54, Bd. 2, Bl. 20.
19/ Kaserer: „Marxist through and through“, S. 11.
20/ BArch, MfS, AIM, Nr. 940/54, Bd. 1, Bl. 7.
21/ Ebd., Bl. 8.
22/ Ebd., Bl. 7.
23/ Ebd., Bl. 5.
24/ Ebd., Bl. 6.
25/ Ebd.
26/ Ebd., Bl. 7.
27/ Ebd., Bl. 8.
28/ Ebd., Bl. 10.
29/ ZPA der KPÖ, NL Walter Hollitscher.
30/ BArch, MfS, AIM, Nr. 940/54, Bd. 1, Bl. 12.
31/ Ebd., Bl. 16.
32/ Ebd., Bd. 2, Bl. 7.
33/ Ebd., Bl. 8.
34/ Ebd., Bl. 7.
35/ Ebd., Bl. 10.
36/ Ebd., Bl. 9.
37/ Vgl. Christian Kaserer: Walter Hollitscher und die Wiener Psychoanalytische Vereinigung, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 31. Jg. (2024), Nr. 3, S. 17–19, hier S. 18.
38/ BArch, MfS, AIM, Nr. 940/54, Bd. 2, Bl. 9.
39/ Ebd., Bl. 11.
40/ Ebd., Bl. 20.
41/ Ebd., Bl. 20f.
42/ Ebd., Bl. 21.
43/ Ebd., Bl. 60.
44/ Ebd., Bl. 41.
45/ Ebd., Bl. 20.
46/ Ebd., Bl. 41.
47/ Ebd., Bl. 58.
48/ Ebd., Bl. 58f.
49/ Ebd.
50/ Ebd., Bl. 60.
51/ Vgl. Rauh: DDR-Philosophie, S. 76.
52/ Vgl. August Aichhorn an Kurt Eissler, 5.6.1946 und dessen Antwort vom 24.6.1946, in: Thomas Aichhorn (Hg.): „Die Psychoanalyse kann nur dort gedeihen, wo Freiheit des Gedankens herrscht.“ Anna Freud / August Aichhorn. Briefwechsel 1921–1949. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2012, S. 182.
53/ Zu nennen sind folgende Studien: Andreas Malycha: Neue Forschungen zur DDR-Wissenschaftsgeschichte. Aspekte des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 41, 2001, S. 663–676; Ilko-Sascha Kowalczuk: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin: Ch. Links 2003; Carlo Jordan: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989. Berlin: Ch. Links 2001.
54/ Vgl. Heike Bernhardt: Mit Sigmund Freud und Iwan Petrowitsch Pawlow im Kalten Krieg. Walter Hollitscher, Alexander Mette und Dietfried Müller-Hegemann in der DDR, in: dies./Regine Lockot (Hg.): Mit ohne Freud. Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland. Gießen: Psychosozial-Verlag 2000, S. 172–203.



Vorbeugende Rechtfertigung

Zu Ernst Fischers „Die schwarze Flamme“

Ernst Strouhal

I. Das kleine Buch war leicht zu übersehen. In der Bibliothek meines Vaters, im Regal mit Werken von Adam Schaff, Leszek Kołakowski und neben mehreren Bänden von Ernst Fischer, fand sich zu meiner Überraschung „Die schwarze Flamme. Gedichte von Charles Baudelaire und Paul Verlaine“, erschienen im Jahr 1947 im Wiener Erasmus Verlag. Das Buch enthält eine Auswahl von 29 Gedichten von Charles Baudelaire (1821–1867) aus den „Fleurs du mal“ und 23 Gedichten von Paul Verlaine (1844–1896), zum größten Teil aus dem Zyklus „Les fêtes galantes“. Der Band war zerlesen, der Rücken fehlte vollständig.

Die Position im Bücherkasten lässt vermuten, dass das Interesse des Besitzers nicht unbedingt der Leidenschaft für Lyrik geschuldet war, sondern der Person des Übersetzers galt: Ernst Fischer (1899–1972). Fischers Biographie ist bekannt. Sie kann vielerorts nachgelesen werden und muss hier nicht ausführlich dargestellt werden, nur so viel: In den 1920er Jahren war Fischer als Literaturkritiker, Lyriker und Dramatiker hervorgetreten. 1927 wurde er Feuilletonchef der *Arbeiter-Zeitung* und musste nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 über Prag nach Moskau fliehen. Er trat im April 1934 der KPÖ bei und wurde in Moskau Funktionär der Kommunistischen Internationale. Fischer kehrte 1945 aus Moskau nach Wien zurück, war von April bis Dezember 1945 Staatssekretär für Kultur und Unterricht in der Provisorischen Regierung und bis 1959 Abgeordneter zum Nationalrat. In den 1960er Jahren wurde Fischer einer der bedeutendsten theoretischen Wegbereiter des Eurokommunismus. Er wurde 1969 aus der KPÖ ausgeschlossen. Zur Zeit der Übersetzung der Gedichte war Fischer überzeugter Stalinist.[1]

Während der Moskauer Schauprozesse spielte Ernst Fischer eine zweifelhafte Rolle. Er begrüßte die Ermordung Trotzkis ausdrücklich ebenso wie die Todesurteile in den Schauprozessen, ja er arbeitete selbst publizistisch an Verschwörungsmythen gegen die Angeklagten wider besseres Wissens mit. Seine späte Selbstkritik in seinem Memoirenwerk „Erinnerungen und Reflexionen“ wurde von vielen bewundert, anderen ging sie nicht weit genug. Einige seiner Artikel aus dieser Zeit hielt Fischer später für Machwerke und „schauerliche Gehirngespinst(e)“. Eine Erklärung für sein intellektuelles Versagen in diesen Jahren fand er bei allem Willen zur Selbstkritik nicht.[2]

In den meisten biographischen Darstellungen gilt es als ausgemacht, dass sich der Bruch Fischers mit Stalin (und dem Leninismus) erst in den 1960er Jahren vollzog, und zwar im Zuge der Kafka-Konferenz in Liblice Ende Mai 1963 und nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Das stimmt, aber meines Erachtens zeigen sich erste Bruchlinien bereits in diesen Baudelaire- und Verlaine-Übersetzungen aus 1947. Die politische Abweichung ist zwar noch vorsichtig formuliert und eingekapselt in den Bereich der Ästhetik, doch deutlich sichtbar. Sichtbar werden auch die inneren Konflikte und Widersprüche, die das Denken und Handeln Fischers zeitlebens gekennzeichnet haben: zwischen dem Reich der Freiheit und der Notwendigkeit, zwischen Eigensinn und politischer Disziplin, zwischen der Eigenständigkeit des bürgerlichen Intellektuellen, der gerne alleine bleibt, und der Sehnsucht nach Solidarität und Zugehörigkeit zu einem Kollektiv.[3]

II. Lyrik hat einen festen Platz im weitläufigen Werk von Ernst Fischer. 1920 erschien sein erster Gedichtband „Vogel Sehnsucht“ im noch jungen, konservativen Verlag Wiener Literarische Anstalt. Zwei Jahre nach „Die schwarze Flamme“, 1949, dann „Herz und Fahne“ im Erasmus Verlag, 1952 „Denn wir sind Liebende“ im Verlag Rütten und Loening (Berlin/Potsdam), 1963 schließlich im Insel-Verlag (DDR) die „Elegien aus dem Nachlass des Ovid“, die man bei flüchtiger Lektüre für Übersetzungen aus dem Lateinischen halten könnte.

Blättert man heute durch „Vogel Sehnsucht“, so ist man überrascht: Den Zeitgeist des „Morgen(s) einer neuen Zeit“ im „stählerne(n) Pulsschlag fiebernden Blutes“, den Fischer in einem Artikel über eine Ausstellung expressionistischer Maler emphatisch begrüßt hat,[4] sucht man in seiner Poesie vergeblich ebenso wie Formexperimente oder Darstellungen großstädtischen Lebens. Die Gedichte des 21-Jährigen sind formal konservativ, es dominiert eine romantische Sicht der Welt, voll Schwermut und Sehnsucht (nach Gott, Heimkehr, Einsamkeit und Liebe); beschworen werden Wald, Wiese, Wolken und (wie kann es anders sein?) Nietzsche.

Ein Aspekt, den die frühen Gedichte in „Vogel Sehnsucht“ mit der frühen Romantik teilen, ist die Absage an die bürgerliche Gesellschaft und ihre Moral. „Ich tauge nicht für eure Bürgerkronen“, heißt es etwa im „Landstreicherlied“, denn: „von tausend Wünschen ist mein Blut erregt, von tausend Träumen ist mein Sinn bewegt“.[5] Wie die Helden und Heldinnen in Georg Büchners „Leonce und Lena“ ringt das lyrische Ich Fischers mit dem Gefühl permanenter Langeweile in der Kultur des Bürgertums. Der Zweckrationalität der bürgerlich-meritokratischen Gesellschaft hält Fischer die Zweckfreiheit des Spiels entgegen. „Nichts als spielen“ lautet der Titel eines der frühen Gedichte:

Komm wir wollen spielen, nichts als spielen!
Worte plappern, von Bedeutung leer,
aber tun, als wäre diese Narrheit
ungeheuer wichtig, tief und schwer.[6]

Die Zeilen könnten auch von Büchner stammen, nur selten folgt die frühe Lyrik Fischers dem Pathos der expressionistischen Gedichte seiner Zeit („O Mensch! Du hast nur dich auf dieser Welt...“). Im Grunde sind seine Gedichte unzeitgemäß, vielleicht bewusst anachronistisch. Aber was immer sie sind: Formal, das heißt was die Beherrschung von Rhythmus, Metrik und Klang betrifft, sind sie überraschend gut.

III. Ernst Fischer verfügte also über Erfahrung, als er sich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg an die Übersetzung der Gedichte Baudelaires und Verlaines machte. Er hat sich allerdings nie explizit mit Übersetzungstheorie oder mit vorgängigen Übersetzungen beschäftigt, was gerade im Fall von Baudelaire überrascht, denn es gibt eine Unzahl von

Baudelaire-Übersetzungen.[7] Seine Lyrik stellt Übersetzerinnen und Übersetzer vor Probleme auf allen sprachlichen Ebenen: Die Alliterationen, die Vieldeutigkeiten einzelner Begriffe, Anspielungen, der ständige Registerwechsel Baudelaires zwischen erhabenem und niederem Ton, schließlich die unterschiedlichen Rhythmen und Klangfarben im Deutschen und im Französischen bereiten in allen Übersetzungen erhebliche Schwierigkeiten. Dennoch wagte sich Fischer an die Übersetzung, – es ist mir im Übrigen ein Rätsel, wann Fischer, der Vielbeschäftigte, nach der Regierungsarbeit, ermüdenden Sitzungen in Parteigremien und ständigen publizistischen Verpflichtungen Zeit für die diffizile Arbeit an den Texten in „Die schwarze Flamme“ fand.

„Übertragung“ nennt Fischer vorsichtig seine Anstrengung, der Begriff scheint mehr Spielraum als „Übersetzung“ zu lassen. Fischer nimmt sich große Freiheiten, seine Übertragungen sind Nachdichtungen in einem sehr speziellen Sinn. Ein Beispiel ist das Sonett „Brumes et Pluies“ (Nebel und Regen) aus den „Tableaux parisiens“ (1861). Keine romantischen Frühlingsgefühle werden darin von Baudelaire beschworen, sondern die „bleiche“ Schönheit von Herbst und Winter. Die letzten beiden Terzette des Sonetts lauten:

Französisch:
Rien n’est plus doux au cœur plein de choses funèbres,
Et sur qui dès longtemps descendent les frimas,
O blafardes saisons, reines de nos climats,

Que l’aspect permanent de vos pâles ténèbres,
– Si ce n’est, par un soir sans lune, deux à deux,
D’endormir la douleur sur un lit hasardeux.[8]

Interlineare Übersetzung:
Nichts ist dem Herzen, das von trüben Gedanken erfüllt ist
und auf das seit langem der Frost herabfällt,
oh blasse Jahreszeiten, Königinnen unseres Klimas,

lieber als der beständige Anblick eurer bleichen Finsternis,
– es sei denn, an einem mondlosen Abend, zu zweit,
den Schmerz auf einem unsicheren Lager in den Schlaf zu wiegen.[9]

Walter Benjamins Übersetzung (1923):
Im Herzen da Verdüstrung eingedrungen
Und Reif sich senkte kann kein Trost mehr wohnen
Ihr blassen Königinnen unsrer Zonen

Als die Betrachtung eurer Dämmerungen
Wenn nicht geteilter Gram zur Neumondmette
Uns schlummern läßt auf heimatlosem Bette.[10]

Simon Werles Übersetzung (2017):
Süßer ist Nichts fürs Herz, das Gram und Schmerz bedrücken
und auf das sich seit langem schon der Raureif senkt,
o fahle Jahreszeiten, die ihr unsere Witterung lenkt,

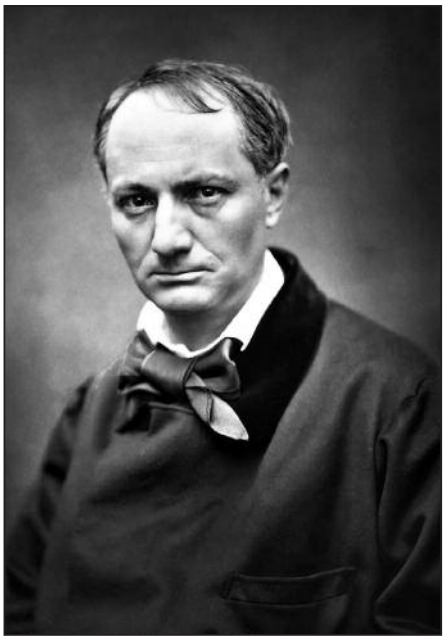
als ständig eure bleichen Finsternisse zu erblicken,
– Es sei denn dies: An einem Abend ohne Mond das Leid
auf schwankem Bett in Schlaf zu wiegen,
Seit an Seit.[11]

Ernst Fischers Übertragung (1947):
Nichts labt ein Herz, an dem die Toten zehren,
ein Herz, das friert, so mild und gnadenreich
wie du, Antlitz der Heimat, kühl und bleich;

O süße Schwermut, feucht von fernen Meeren!
Es sei denn, dass, an fremden Mund geschmiegt,
ein Bett des Zufalls in den Schlaf dich wiegt.[12]

In der Gegenüberstellung werden die enormen Differenzen der Übersetzungen deutlich. Fischer überträgt den Rhythmus von Baudelaires Gedicht, belässt das Reimschema, allerdings wird der Konnex zum Original auf semantischer Ebene lose: Vom „Antlitz der Heimat“, „feucht von fernen Meeren“ ist bei Baudelaire keine Rede, doch Treue zum Originaltext im Sinne von Wörtlichkeit ist offenbar nicht das Ziel Fischers. Er versucht, die geheimnisvolle, melancholische Stimmungslage des Gedichts zu erfassen.

In der Diskussion um Wörtlichkeit und Freiheit entspricht seine Übertragung am ehesten der Position von Walter Benjamin (ohne sie zu kennen). Benjamins Übersetzungstheorie, die er 1923 in „Die Arbeit des Übersetzers“, dem Vorwort zu seinen Baudelaire-Übersetzungen entwirft, ist an der dichterischen Praxis der historischen Avantgarden, der Symbolisten, Surrealisten und Formalisten, orientiert. In ihr wird die Materialität der Sprache und nicht ihre kommunikative Funktion thematisiert. Indem in der Kunst nach Benjamin nicht die „Mitteilung“ das Wesentliche ist, sondern das „Unfaßbare, Geheimnisvolle“, gilt dies auch für die Übersetzung.[13] Sie muss statt Vermittlung einer Botschaft bemüht sein, dies Unfaßbare der Form des Originals zu bewahren. Diese ist nicht statisch, ein für alle Mal im Text gespeichert, sondern verändert sich je nach Zeitpunkt der Lektüre, das heißt der ursprüngliche Text wird im Moment der Lektüre jeweils neu geschaffen. Gute Übersetzung kann deshalb gar nicht nach Ähnlichkeit streben, da ja in Benjamins Verständnis die Bedeutungsmuster des Originals in Bewegung sind, sich permanent verändern.



Charles Baudelaire, ca. 1862

Die Aufgabe des Übersetzers ist es dagegen, den „Ausdruck des innersten Verhältnisses der Sprachen zueinander“ zu erfassen, sich „mit der Fremdheit der Sprachen auseinanderzusetzen“.[14] In dieser Sichtweise geht es also nicht um Vermittlung oder Wörtlichkeit, sondern darum, ein „Gefühl von dem Wesen und der Würde“ des Ausgangstextes zu geben: „Die wahre Übersetzung ist durchscheinend, sie verdeckt nicht das Original, steht ihm nicht im Licht, sondern lässt die reine Sprache, wie verstärkt durch ihr eigenes Medium, nur umso voller auf das Original fallen.“[15] Die „reine Sprache“ ist offenbar (wenn ich es richtig verstanden habe) pure Form, eine „Sprache, die nichts mehr meint und nichts mehr aus-

drückt, sondern als ausdrucksloses und schöpferisches Wort das in allen Sprachen Gemeinte ist.“[16] Um dieses Gemeinte zumindest momenthaft zu erfassen, hat der Übersetzer jede Freiheit.

IV. In seiner Vorrede zu „Die schwarze Flamme“ beschäftigen Ernst Fischer aber nicht philologische, sondern politische Fragen. Ein Jahr zuvor war Sartres vernichtende Kritik erschienen, in der er am Beispiel Baudelaires seine Theorie der existenziellen Freiheit entwickelt und exemplifiziert. Der vermeintliche *poète maudit* (das Bild des verfluchten Dichters, das Baudelaire gerne von sich zeichnet) ist nach Sartre nicht Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse und schicksalhafter Bedingtheiten, er hat einfach nicht die Freiheit gewählt, die existenzielle Freiheit zum Widerstand, sondern sich der ständigen Selbstreflexion und Selbstinszenierung hingegeben; sein Verhältnis zur Welt, aus dem seine Poesie erwächst und quasi der Belastungszeuge seiner Existenz ist, rekrutiert sich aus „Kälte, Sterillität, sein(em) völlige(n) Mangel an Güte“. Baudelaires Kult um das eigene „Unbefriedigtsein ist keine wahre Sehnsucht“ nach etwas, schreibt Sartre, sondern ein Sehnen „das sich im Leeren verflüchtigt“.[17] Nichts als „sich selbst will dieser Narziß umschlingen und betrachten“.[18] Nach Sartre verdient der Dandy Baudelaire sein Schicksal (wie es jeder und jede verdient).[19]

Auf derartige Kritik musste Fischer gefasst sein, sie könnte auch auf den Übersetzer zurückfallen. Fischer kannte natürlich auch die Standpunkte dogmatischer Marxisten in der Diskussion um Kunst und ihre Funktion. Baudelaire und Verlaine werden dabei vor allem als Krisenphänomen der morbiden bürgerlichen Gesellschaft wahrgenommen. In den einflussreichen Schriften zur Kunst und Literatur von Georgi Plechanow (1856–1918) erscheint Baudelaire letztlich als ein „Schwächling“, eine „negative Größe, die man am besten von sich fernhält, um die Kraft der Bewegung nicht zu schwächen“.[20] Das l’art pour l’art, die absolute Autonomie der Kunst, mündet für Plechanow in eine reaktionäre Haltung.[21] Baudelaire mochte zwar den Bourgeois gehasst haben, aber: „Unfähig jedoch, sich von einem dauernden Mitgefühl für die Proletarier durchdringen zu lassen, wird er von aristokratischen Neigungen angesteckt.“[22] Ähnlich die Auffassung von Maxim Gorki (1868–1936): Ob Baudelaire und Verlaine formal nun gute Dichter sind oder nicht,



Umschlag, Einband und Innentitel von „Die schwarze Flamme“ (1947)

einen Beitrag dazu, „gegen das Gemeine in den Menschen zu kämpfen, das Gute in ihnen zu finden“ und sie „edel und stark“ werden zu lassen“, was nach Gorki die Aufgabe der Literatur ist, leisten sie nicht.[23] Wozu sie also übersetzen?

Fischer kannte die Positionen Plechanows und Gorkis – nicht zuletzt aus seiner Zeit in Moskau in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, wo der Versuch einer Übersetzung und Veröffentlichung bürgerlich-dekadenter Dichter lebensgefährlich gewesen sein konnte; und weil er sie in grandioser intellektueller Selbstverleugnung ein paar Jahre zuvor selbst vertreten hatte. „Jede gesellschaftliche und kulturelle Erscheinung, jedes Denkresultat und Gefühlserzeugnis,“ hatte Fischer in einem Artikel 1932 geschrieben, „ist nur danach zu werten, ob es dem Sozialismus nützt, der Bürgerwelt schadet.“[24]

Dem Band stellt Fischer daher vorbeugend eine „Rechtfertigung“ für seine Leidenschaft für zwei Autoren der Dekadenz voran. Sie mutet heute befremdlich an, aber bedenkt man Fischers dezidiert stalinistische, Moskau-treue Haltung zu diesem Zeitpunkt, ist die Rechtfertigung nicht ganz überraschend.

Einleitend betont Fischer den ursprünglich privaten Charakter seiner Übersetzungen (sie seien für seine Frau und Freunde und „zur eigenen Entspannung und Erquickung“ gedacht gewesen, er sei aber von „Repräsentanten des geistigen Frankreichs“ zur Publikation ermuntert worden). Aus den Texten Baudelaires spricht für ihn „die Synthese von Freiheit, Klarheit, Vernunft und revolutionärer Kühnheit, die wir aus tiefstem Herzen bejahen“, bei Verlaine lobt er die „schwermütige Melodik“, „Musik der Dunkelheit“, „Farbe herbstlicher Verwesung“.[25] Die deutsche Décadence in der Nachfolge Stefan Georges wird dagegen kommenden Generationen nichts zu sagen haben: „Ihr hochmütiges und erkünsteltes Aristokratentum, ihre kühle und selbstgefällige Unmenschlichkeit machen sie zu Virtuosen des deutschen Imperialismus, dessen Trommler und Trompeter zum Teil aus ihrer Schule kamen: mit den Resten des deutschen Imperialismus werden sie untergehen.“[26]

Im Gegensatz dazu bleibt Baudelaires „Herz von all dem Gift und Schmutz der kapitalistischen Zivilisation“ frei, in ihm „regt sich so viel Rebellentum, lodert so viel Leidenschaft, brennt ein solcher Mut der Wahrheit, und in Verlaine bricht aus all der nervösen Reizbarkeit so viel Volksnähe, so viel echte Verzweiflung und eine solche menschliche Unmittelbarkeit, daß ihre Werke – ich bin davon überzeugt – dem unvergänglichen Erbe der Menschheit angehören“.[27]

Wiewohl zwar „Kinder der verwesenden bürgerlichen Gesellschaft, ragen sie hoch in eine neue Zeit hinein“. Ausgestattet mit einem besonderen Sensorium für gesellschaftliche Veränderungen lässt sich der Dichter nicht täuschen: „Für Baudelaire ist schon Kadaver, was andern noch warme Körperlichkeit, schon Totentanz, was andern noch muntere Maskerade, schon Inferno, was andern noch erträgliche Gegenwart.[28] Und schließlich: „Die Schönheit hält Gericht. Es ist als stehe die kapitalistische Zivilisation vor einem eigenartigen Revolutionstribunal: die Schönheit hält Gericht und fällt in erznen Versen ihr Todesurteil.“[29]

V. Die Rechtfertigung ist taktisch geschickt. In einem ersten Schritt



Ernst Fischer (1899–1972)

werden Baudelaire und Verlaine von der nihilistischen deutschen Dekadenz abgegrenzt, danach werden reihum Begriffe (Rebellentum, Volksnähe, Mut zur Wahrheit, Erbe der Menschheit) versammelt, die in den leninistisch geschulten Ohren eine positive Resonanz erzeugen. Fischer brachte, könnte man sagen, Baudelaire hermeneutisch auf Parteilinie (mit dem katholischen Erotomanen Verlaine, den er im Vorwort nur am Rande erwähnt, fiel dies bedeutend schwerer), aber nicht die Parteilinie auf Baudelaire.

Konnte Fischer nicht einfach sagen, dass Baudelaire und Verlaine großartige Dichter sind, dass ihn die Sinnlichkeit, die Hingabe an den flüchtigen Moment und die melancholische Grundstimmung in den Gedichten seiner Kollegen faszinierte? Konnte er ganz offenbar nicht. In Moskau hatte er im Umkreis der Internationalen Lenin-Schule gelernt, dass für ihn als Kommunist keine von der strengen Ethik der Partei abweichende Haltung existieren durfte, dass jede Differenz zwischen Parteilinie und privaten Vorlieben Gegenstand öffentlicher Kritik war. „Man ist faktisch zum ‚Duckmäuser' erzogen worden", erinnert sich der österreichische Lenin-Schüler Josef Meisel an die Zeit, „Man hat tatsächlich Dinge nicht ausgesprochen, man hat kritische Beobachtungen einfach hinuntergeschluckt [...] wider besseres Wissen, wider das Empfinden, weil man einfach den Mut verloren hat, offen über die Dinge zu sprechen. [...] Und die Menschen wurden richtig gebrochen". Später wurden diese „sowjetischen Gepflogenheiten" in die eigene Partei (also die KPÖ) übernommen, so Meisel, was „zu entsprechenden Begleitumständen geführt hat".[30]

Fischer hegte seit seiner Jugend eine große Liebe zur Literatur, zur Kunst und zur Zukunft, einer seiner Gedichtzyklen heißt ja auch „Denn wir sind Liebende". Der sensible Intellektuelle konnte freilich auch hassen, wie seine Schriften vor dem und während des Zweiten Weltkriegs zeigen. Und er konnte lügen, wenn es ihm notwendig erschien, um die Stalinherrschaft in der Sowjetunion zu legitimieren.[31] Wie viele andere unterliegt er der „doppelten Staatsbürgerschaft": Er ist zwar österreichischer Kommunist, aber doch auch Leninist, das heißt, von der „Errichtung des Sozialismus in einem Land", der Sowjetunion, überzeugt. Daher muss man, dieser verqueren Logik folgend, im Kampf für den Sozialismus die Sowjetunion mit allen Mitteln verteidigen.

Was freilich das Leben in Österreich betrifft, gilt ein anderes Maß. Als österreichischer Staatssekretär tritt Fischer 1945 vehement und voller Pathos für die Freiheit ein. „Für Freiheit und Vernunft" ist der Titel seiner Ansprache an der Wiener Universität, die Fischer in Druck erscheinen ließ. „Ein Volk, das die Freiheit preisgibt", heißt es da gleich zu Beginn, „hört auf ein Volk zu sein." Und es braucht „Freiheit, um atmen und leben zu können." Vernunft und Freiheit sind „die geschichtliche Bestimmung des Menschen", im „Bekenntnis zu Menschenrecht und Menschenwürde, zur Freiheit der Persönlichkeit". Gilt das Bekenntnis zur Freiheit und Würde, musste er sich wohl selbst fragen, nicht auch für die Menschen und Völker in der Sowjetunion?[32]

Im März 1953 verfasste er kurz nach Stalins Tod eine „Kantate an Stalin". Darin heißt es:

Stirbt ein guter Mensch
wird es still im Haus,
nicht in der Welt.
Als aber Stalin starb
ging die Stille über die Erde [...]

Sein Herz war voll des Volkes
und einfach und gross wie das Volk
war, was er wollte:
Menschlich werde die Welt [...]
Denn weil sein Herz so voll war des Volkes
stirbt es nie.
Der vom Volke kam, ging zurück ins Volk.
Und wo das Volk sein Werk tut
schlägt ohn' Ende
Stalins Herz.[33]

Stalins Herz, Stalins Werk? Fischer kannte den Großen Terror aus unmittelbarer Anschauung, er hatte gesehen, wie engste Freunde und Genossen täglich in den Kellern der Lubjanka verschwanden, gefoltert und ermordet worden waren. Und konnte doch – Jahre danach, in Sicherheit, ohne Zwang – ein Loblied auf den Mörder singen?

Eine Person in zwei Teilen, der eine tritt für Freiheit und Menschenwürde ein, der andere für Diktatur und Gewalt, die Spaltung kann noch Jahrzehnte lang zugekleistert werden. Und doch: Die Baudelaire- und Verlaine-Übersetzungen 1947 und ihr Vorwort zeigen einerseits diese innere Spaltung, aber sichtbar wird eben auch Jahre vor der Kafka-Konferenz in Liblice und dem Prager Frühling eine feine Bruchlinie. Ich lese die Übersetzungen, indem er sie publizierte, als wenn auch versteckten aber doch öffentlichen Hinweis Fischers, dass eine Entscheidung für einen der beiden Teile bevorstehen wird.

Ob er innerlich darüber jubelte oder trauerte, ist ungewiss. Im erwähnten Band „Denn wir sind Liebende" heißt es 1952 voll Sehnsucht nach der Überschreitung der Grenzen zwischen der eigenen, bürgerlich-intellektuellen Welt und der der anderen:

Gestattet mir Genossen, Kampfgefährten,
ein Glück zu haben, das sich abseitshält

und wie ein Lied ist aus verlassnen Gärten der Seligkeit! Ich bleib in eurer Welt,
in meiner Welt. Nur dass ich Lorbeerinseln ahne,
den Aetherwind, der von den Sternen weht, den Abgrund unentdeckter Ozeane und eine Schönheit, die vor Göttern steht [...]
Wir stehlen uns kein Glück. Wir sind nicht Diebe.
Hier brennt ein Herz, das nie die Welt vergisst.
Gestattet mir, Genossen, diese Liebe,
die groß und rein und voll der Zukunft ist![34]

VI.

Baudelaire ließ Ernst Fischer jedenfalls nicht los. 1971, zwei Jahre nach seinem Parteiausschluss und kurz vor seinem Tod, hielt er noch einen Vortrag zum 150. Geburtstag von Baudelaire mit dem Titel „Die Schönheit des Bösen" (La beauté du mal).[35]

Fischers Leidenschaft für den Dichter bedurfte nun keiner Rechtfertigung mehr: Er thematisiert den Dandyismus Baudelaires und den Versuch, der Erfahrung der Großstadt, der Einsamkeit, dem „Protest gegen die triste Solidität, die strenge Ehrbarkeit", dem „Zwielicht und Übergang" eine dichterische Form zu geben. Baudelaire ist ihm ein „Romantiker ohne Sentimentalität", in der romantischen Weltsicht besteht sein politisches Engagement. Ob bewusst oder unbewusst hat Fischer in der Interpretation auch ein Stück eines Selbstportraits hineingewebt. Er bewundert nun offen den „schwachen, wankenden, unentschlossenen Baudelaire", der sich aber dann doch „ohne Furcht dem ‚Noch-Nicht' stellt", aufbricht auf eine Reise mit unbekanntem Ziel und der eine Welt verneint, in der „die Handlung nicht die Schwester des Traumes ist".[36] Nach Fischer stand Baudelaire „am Rand eines historischen Abgrunds".[37] Er blickt darüber hinaus in eine neue Epoche. Das gilt wohl auch für ihn selbst.

Anmerkungen:

1/ Eine Kurzbiographie u.v.a.: Lilli Bauer/Werner T. Bauer: Ernst Fischer, der „Dichter der Revolution", 31.7.2022, http://der-rote-blog.at/ernst-fischer-der-dichter-der-revolution] [1.8.2026].

2/ Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen. Reinbek: Rowohlt 1969; Karl Kröhnke: Ernst Fischer oder Die Kunst der Koexistenz. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg 1994.

3/ Mitten in der Arbeit stieß ich auf den Artikel von Karl-Markus Gauß und Ludwig Hartinger, worin die Quellen zur Baudelaire-Übersetzung, die auch ich verwende, umfassend erschlossen wurden. Karl-Markus Gauß/Ludwig Hartinger: Baudelaire am Nachtkästchen. Ernst Fischer als Leser und Übersetzer, in: Bernhard Fetz (Hg.): Ernst Fischer. Texte und Materialien. Wien: Sonderzahl 2000, S. 123–134. Mein Beitrag ist deshalb nur eine Ergänzung zu diesem grundlegenden Text, zugleich halte ich ihn für eigenständig genug, um ihn in dieser Form zu publizieren.

4/ Jürgen Egyptien: Die Entwicklung des ästhetischen Denkens bei Ernst Fischer, in: Fetz (Hg.): Ernst Fischer, S. 48–67, hier S. 49ff.

5/ Ernst Fischer: Vogel Sehnsucht. Wien, Berlin: Wiener Literarische Anstalt 1920, S. 31.

6/ Ebd., S. 37.

7/ Siehe Thomas Keck: Der deutsche „Baudelaire", Bd. 1: Studien zur übersetzerischen Rezeption der Fleurs du Mal. Heidelberg: Carl Winter Universitätsverlag 1991.

8/ Charles Baudelaire: Les Fleurs du Mal / Die Blumen des Bösen. Aus dem Französischen von Simon Werle. Reinbek: Rowohlt 2017, S. 290.

9/ Ich danke Maresi Strouhal für ihre Hilfe bei der Übersetzung.

10/ Walter Benjamin: Charles Baudelaire, Tableaux parisiens. Deutsche Übertragung mit einem Vorwort über die Aufgabe des Übersetzers, in: Walter Benjamin. Gesammelte Schriften, Bd. IV/1, hg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1991, S. 7–64. hier S. 55.

11/ Baudelaire: Les Fleurs du Mal, S. 291.

12/ Die schwarze Flamme. Gedichte von Charles Baudelaire und Paul Verlaine. Übertragen von Ernst Fischer. Wien: Erasmus Verlag 1947, S. 37.

13/ Walter Benjamin: Die Aufgabe des Übersetzers. Vorwort zu: Benjamin. Gesammelte Schriften, Bd. IV/1, S. 9.

14/ Ebd., S. 12.

15/ Ebd., S. 15 und 18.

16/ Ebd., S. 19.

17/ Jean-Paul Sartre: Baudelaire. Reinbek: Rowohlt 1997, S. 112.

18/ Ebd., S. 110.

19/ Sartre hat sich später von seinem Baudelaire-Essay distanziert. Siehe: Nachwort von Dolf Öhler in Sartre: Baudelaire, S. 121.

20/ Georgi W. Plechanow: Kunst und Literatur. Berlin: Dietz Verlag 1955, S. 225.

21/ Ebd., S. 238.

22/ Ebd., S. 307.

23/ Maxim Gorki: Читатель (Leser), 1898, zit. nach: *Die Zeit*, 18.11.1948.

24/ Ernst Fischer: Diktatur der Idee, zit. in: Karl-Markus Gauß: Nachwort, in: Ernst Fischer: Kultur, Literatur, Politik. Frühe Schriften (Werkausgabe in Einzelbänden, hg. von Karl-Markus Gauß unter Mitarbeit von Ludwig Hartinger). Frankfurt am Main: Sendler Verlag 1984, S. 249.

25/ Ernst Fischer: Vorwort und Rechtfertigung, in: Die schwarze Flamme, S. 7.

26/ Ebd., S. 8.

27/ Ebd., S. 8f.

28/ Ebd., S. 13.

29/ Ebd., S. 11.

30/ DÖW-Interviewsammlung 224, Interview von Hans Schafranek mit Josef Meisel am 5.12.1984, S. 36 und 39. z.T. zit. in Julia Köstenberger: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926 – 1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen. Wien: LIT Verlag 2016 (Wiener Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 8), S. 192ff. Siehe dazu auch: Barry McLoughlin: Stalinistische Rituale von Kritik und Selbstkritik in der Internationalen Lenin-Schule, Moskau, 1926–1937, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin: Aufbau-Verlag 2003, S. 85–112.

31/ Zum Hass siehe die bislang wenig beachteten Artikel Fischers in der Londoner Exilzeitschrift *Zeitspiegel*, z.B. sein Aufruf „Den Feind muss man hassen", in: *Zeitspiegel*, Nr. 29, 30.9.1944, S. 4. Zur Lüge siehe Fischers „Reportage" über einen angeblichen trotzkistischen Mordanschlag, die jeder journalistischen Redlichkeit Hohn spottet und die Teil der Anklage im Moskauer Schauprozess gegen Karl Radek wurde (Ernst Fischer: Der Arbeitermord von Kemerowo. Die verbrecherische Tätigkeit der Trotzkisten. Zürich: Verlag Freie Schweiz 1937, dazu Fischer: Erinnerungen, S. 12, 373 und 382.), sowie sein Persilschein für die Gulags in der Sowjetunion, die in seiner Darstellung einem Ferienlager ähneln (Ernst Fischer an Hans Thirring, 19.3.1949, zit. nach Kröhnke: Ernst Fischer, S. 85.)

32/ Ernst Fischer: Für Freiheit und Vernunft. Ansprache an der Wiener Universität zur Eröffnung der volkstümlichen Hochschulkurse. Wien 1945 (Schriftenreihe „Neues Österreich", 1. Heft), S. 3 und 10.

33/ Ernst Fischer: Kantate an Stalin, in: *Österreichische Volksstimme, 22.3.1953*; siehe auch: Österreichische Nationalbibliothek, Literaturarchiv, Teilnachlass Ernst Fischer, ÖLA 37/96: 1.4.2.7 Gedichte A–Z [37/W309 bis W310], S. 167a, b. Mitten in diesem Gedicht findet sich eine vielleicht zweideutige Passage: Dass „Würde habe der Mensch und Anmut / muss Ungeheures getan sein. [...] Ungeheures hat Stalin getan, / dass über den Krieg wachse / der Friede der Völker." Ein Hinweis („Ungeheures hat Stalin getan") auf die Verbrechen Stalins und zugleich seine Exkulpierung im Kampf gegen Hitler?

34/ Ernst Fischer: Denn wir sind Liebende. Vierzig Sonette mit einem Prolog und einem Epilog. Berlin: Rütten & Loening 1952, S. 5.

35/ Ernst Fischer: Pour le 150e anniversaire de Charles Baudelaire. La beauté du mal, in: *Austriaca: Cahiers universitaires d'information sur l'Autriche*, L'itinéraire d'Ernst Fischer, Nr. 20/1985, S. 121–128.

36/ Ebd., S. 124 und 126f.

37/ Ebd., S. 128.

Die IHRA-Arbeitsdefinition:

Wie Antisemitismus im Sinne Israels neu definiert wurde

Adam Baltner

Am 18. März 2026 veröffentlichte die österreichische Sektion der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* einen umfassenden Bericht über politische Repression gegen jene Personen und Organisationen hierzulande, die sich im Zuge des nun fast drei Jahre andauernden Genozids Israels in Gaza mit den PalästinenserInnen solidarisiert haben.[1] Dieser Bericht, der von den Medien weitgehend ignoriert wurde,[2] legt ausführlich dar, wie fragwürdige Antisemitismusvorwürfe zunehmend instrumentalisiert werden, um Kritik an Israels Verbrechen gegen die Menschlichkeit[3] im Keim zu ersticken: Diejenigen, die sich trauen, eine Stimme gegen diese Verbrechen (oder gegen die Komplizenschaft der österreichischen Bundesregierung oder anderer heimischer Institutionen) zu erheben, müssen mit beruflichen Nachteilen, öffentlichen Verleumdungskampagnen oder gar strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Was Letzteres betrifft, so wurde im Juni dieses Jahres ein prominentes Beispiel etwa am YouTuber Rafael Eisler statuiert, als dieser von der österreichischen Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) nach wiederholter Kritik an ihrer Pro-Israel-Positionierung bei der *Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst* (DSN) gemeldet wurde.

Eisler wurde zwar einen Monat später vom Straflandesgericht Wien freigesprochen,[4] dennoch ist unschwer erkennbar, wie ein solcher Einsatz des repressiven Staatsapparats bei anderen politischen AkteurInnen zu weitreichender Selbstzensur führt – oder zu dem beiträgt, was Amnesty als ein *chilling effect*, eine „abschreckende Wirkung“,[5] nennt. Somit werde das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht nur etwa durch das behördliche Untersagen von einzelnen Palästina-solidarischen Veranstaltungen oder Demonstrationen verletzt, sondern auch auf eine viel tiefgreifendere und allumfassendere Art und Weise: durch die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, in dem nicht wenige Menschen lieber zu einem Völkermord schweigen als das Risiko eingehen, als „Judenhasser“ oder SympathisantInnen von TerroristInnen abgestempelt zu werden.

Wie kann es sein, dass in einem neutralen Land wie Österreich gesellschaftspolitische Zustände erzeugt werden können, die eher an die McCarthy-Ära in den USA erinnern?[6] Als Erklärungsfaktor weist *Amnesty International* auf die Rolle der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus hin – einer wissenschaftlich sowie völkerrechtlich höchst umstrittenen Antisemitismusdefinition, die nichtsdestoweniger bereits von 45 Ländern, einschließlich Österreich, adoptiert wurde. Laut dieser Definition, die im Jahr 2016 von der zwischenstaatlichen Organisation *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) verabschiedet wurde, sei Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken *kann*. Der Antisemitismus richte sich in Wort oder Tat gegen jüdische *oder nichtjüdische* Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen“ (meine Hervorhebungen; AB).

Um ihre auffällig offenen Formulierungen zu konkretisieren, werden im Anschluss an die IHRA-Arbeitsdefinition elf „aktuelle Beispiele von Antisemitismus“ aufgelistet, von denen sich nicht weniger als sieben direkt auf Israel beziehen.[7] Während einige dieser Beispiele „tatsächlich sehr gut den Anspruch erfüllen, den abstrakteren Begriff Antisemitismus anhand typischer, immer wieder auftretender Phänomene zu verdeutlichen“, lassen sich andere „allerdings nicht ohne Weiteres aus der Kerndefinition ableiten“, wie der deutsche Soziologe und Antisemitismusforscher Peter Ullrich zu Recht festhält.[8] Viele sind genauso vage formuliert wie die Kerndefinition selbst, doch bei genauerer Betrachtung zeigt sich in ihrer mangelnden analytischen Schärfe eine politische Logik: Diese besteht in dem Schmieden diskursiver Äquivalenzketten,[9] die jede schwerwiegende Kritik an Israel mit Antisemitismus in Verbindung setzt.

Das lässt sich unter anderem am siebten Beispiel veranschaulichen, dem zufolge „das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“, Antisemitismus darstelle. An der abstrakten Aussage, es wäre antisemitisch, etwa nur Jüdinnen und Juden das im Artikel 1 der UN-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, ist nichts auszusetzen.[10] Allerdings kommt die konkrete Feststellung, dass der real existierende Staat Israel ein „rassistisches Unterfangen“ sei, einer solchen Verweigerung keineswegs gleich, denn es gibt kein Naturgesetz, wonach ein Projekt der nationalen Selbstbestimmung nicht (auch) rassistisch sein kann. Die Staatsgründung Israels ging mit einer Kampagne der ethnischen Säuberung, der Nakba (arabisch: „Katastrophe“), einher, die zur gewaltsamen Vertreibung von mehr als 700.000 nicht-jüdischen PalästinenserInnen führte.[11] Als Sohn eines jüdischen Vaters – sprich, aufgrund meiner Zugehörigkeit einer ethnisch definierten Bevölkerungsgruppe – habe ich Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft, obwohl meine jüdischen Vorfahren eigentlich in Habsburgischer Bukowina und im Russischen Zarenreich lebten. Dieser Anspruch wird dem Enkel eines Flüchtlings, der im Jahr 1948 aus seiner Heimat im Völkerbundsmandat für Palästina von zionistischen Milizen vertrieben wurde, verweigert. Zwar wurde das Recht auf Rückkehr für das palästinensische Volk von den Vereinten Nationen mehrfach bekräftigt,[12] doch Israel kommt dieser völkerrechtlichen Pflicht seit 78 Jahren nicht nach, weil deren Erfüllung seine jüdische demographische Mehrheit und damit ihren Charakter als jüdischen (Ethno-)Staat gefährden würde. Angesichts solcher Realitäten sowie dem wachsenden Konsens unter RechtswissenschaftlerInnen und HistorikerInnen, dass Israel ein System der Apartheid betreibt[13] und in Gaza einen Genozid begeht,[14] scheint es so offensichtlich wie noch nie, dass der Staat das (völkerrechtlich verankertes) Ziel jüdischer Selbstbestimmung durch eine (völkerrechtswidrige) rassistische Bevölkerungspolitik und die praktische Verweigerung palästinensischer Selbstbestimmung verwirklicht. Dass die analytischen Unterscheidungen, die diesem Schluss zugrunde liegen, durch die

IHRA-Arbeitsdefinition von vorneherein verunmöglicht werden, zeugt vom tendenziösen Charakter dieser Definition.

Trotz der Trugschlüsse der IHRA-Arbeitsdefinition ist es ihr gelungen, von zahlreichen Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen übernommen zu werden, was ihr den Anschein von Wissenschaftlichkeit und Sachlichkeit verleiht. Wie hat sie diesen maßgeblichen Status erlangt? Im Folgenden wird anhand neuer Arbeiten des britischen Antisemitismusforschers Antony Lerman[15] sowie eines im deutschsprachigen Raum kaum beachteten Berichts des israelisch-britischen Nahostwissenschaftlers Jamie Stern-Weiner[16] die Entstehungsgeschichte der IHRA-Arbeitsdefinition sowie ihr Weg zu einer für eine Antisemitismusdefinition „beispiellos und außergewöhnlich“[17] breiten internationalen Anerkennung nachgezeichnet. Wie diese Recherchen belegen, beruhte dieser Anerkennungsprozess – anders als oft behauptet wird – nicht auf einer demokratisch begleiteten Konsensbildung unter unbefangenen WissenschaftlerInnen, sondern auf vorsätzlichen Falschdarstellungen und politischem Druck durch Akteure, die in einer Zusammenarbeit mit dem Mossad, dem israelischen Auslandsgeheimdienst, gehandelt haben. Diese Einsicht bekräftigt und ergänzt Peter Ullrichs These, wonach die IHRA-Arbeitsdefinition Teil eines „autoritären Anti-Antisemitismus“ bilde. Im österreichischen Kontext wirft sie zudem die Frage auf, inwiefern die offizielle Übernahme dieser Definition durch verschiedene Ministerien und staatliche Behörden eine Aushöhlung der Verfassungsneutralität durch die Herbeiführung einer pro-israelischen Staatsräson darstellt –und dadurch ebenfalls eine autoritäre Wende verstärkt.

Beförderung des Konzepts eines „neuen Antisemitismus“

Mittlerweile haben RechtsexpertInnen sowie AntisemitismusforscherInnen zahlreiche Kritiken der IHRA-Arbeitsdefinition vorgelegt. Bereits 2019 verfasste Peter Ullrich im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung sowie der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international ein Gutachten dazu, das bis heute als die umfassendste deutschsprachige Kritik gilt. Diesem Gutachten zufolge sei die Definition „inkonsistent, widersprüchlich und ausgesprochen vage formuliert; mithin erfüllt sie nicht die Anforderungen guten Definierens“. Ihre Schwächen als Werkzeug im Kampf gegen Antisemitismus seien zudem ein „Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren“. Das sei besonders gefährlich anhand der Tatsache, dass die Definition als „quasi-rechtliche Grundlage von Verwaltungshandeln“ implementiert werde. Als solches könne sie dafür verwendet werden, „um Grundrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, in Bezug auf missliebige israelbezogene Positionen zu beschneiden“.[18]

Ullrichs Gutachten liefert eine äußerst gründliche Zerlegung der IHRA-Arbeitsdefinition, geht aber der Frage nach deren Entstehungsgeschichte nicht näher nach. Diese Geschichte wird zwar am Anfang des Gutachtens angesprochen, doch wird bloß die gängige Darstellung der Arbeitsdefinition-BefürworterInnen wiedergegeben, wonach eine „Vielzahl judenfeindlicher Vorfälle in den frühen 2000er Jahren“ zu einem „verbreiteten Bedürfnis verschiedener Institutionen nach einem für die Praxis handhabbaren Antisemitismusbegriff“ geführt habe.[19] Dieser Darstellung widerspricht ein im Februar 2026 erschienener Essay von Antony Lerman, der seit den 1970er Jahren als Antisemitismusforscher arbeitet und in den 1990er und 2000er Jahren mehrere jüdische Forschungsinstitute in Großbritannien leitete.[20] „In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends“, schreibt Lerman, „gab es weder den Ruf nach einer neuen Definition noch wurde allgemein die Ansicht vertreten, dass die Bekämpfung dieses vermeintlichen Antisemitismus durch das Fehlen einer solchen Definition behindert würde […]. Dies war ein Narrativ, das man sich erst Jahre später ausdachte.“[21] Laut Lerman, der nun ein Senior Fellow beim in Wien ansässigen *Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog* ist, sei die IHRA-Arbeitsdefinition nicht erst nach der Jahrtausendwende als Antwort auf eine Welle antisemitischer Vorfälle entstanden, sondern als Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen staatlicher sowie staatsnaher Akteure, den Begriff des Antisemitismus neu zu definieren. Im Wesentlichen konzentrierten sich diese Bemühungen auf die Beförderung des Konzepts eines „neuen Antisemitismus“, das sich wegen seiner Fokussierung auf Israel vom klassischen Antisemitismus qualitativ unterscheiden würde. Dieses Konzept dreht sich nicht um die (völlig unstrittige) Feststellung, dass Israel manchmal auf antisemitische Art und Weise kritisiert wird – etwa indem die israelische Unterdrückung der PalästinenserInnen auf eine vermeintlich jüdische Boshaftigkeit zurückgeführt wird – oder dass akute Episoden des israelisch-palästinensischen Konflikts in der Regel mit einer Zunahme antisemitischer Vorfälle einhergehen. Vielmehr behauptet es, dass Kritik an Israel an und für sich antisemitisch sei, oder zumindest so zu benennen sei, wenn sie zu scharf ausfalle – wenn etwa Israel „dämonisiert“ oder dem Staat das „Existenzrecht“ abgesprochen wird.[22]



Im März 2026 veröffentlichter Bericht von Amnesty International über Repression gegen Palästina-Solidarität.

Lerman verortet den Ursprung des gegenwärtigen Diskurses zum „neuen Antisemitismus“ im Sechstagekrieg von 1967: Zwar habe es den Begriff schon früher gegeben, doch als Vorwurf gegen KritikerInnen der damaligen israelischen Kriegsführung habe es an Bedeutung gewonnen. In den späten 1970er und in den 1980er Jahren spielte dann der Diskurs zum „neuen Antisemitismus“ eine zunehmend prominente Rolle in „institutionalisierten Gesprächsrunden“ über die schwindende internationale Unterstützung für Israel – eine Entwicklung, die unter anderem in der im Jahr 1975 von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten Resolution 3379 und deren Bezeichnung von Zionismus als „eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“[23] zum Ausdruck kam. Diese Gesprächsrunden seien „von zionistischen Einrichtungen oder von jüdischen Gemeindeverbänden […], die den jüdischen Staat vollumfänglich unterstützten“, organisiert worden, einige fanden in Israel unter der Schirmherrschaft des

Präsidialamtes statt.[24] Obwohl bei diesen Treffen zunächst kein Konsens über den „neuen Antisemitismus“ herrschte, sei ihren Grundannahmen eine eindeutige Stoßrichtung immanent gewesen, so Lerman: „Zentral waren dort die Fragen, ob die zionistische Erziehung irgendwie falsch gelaufen sei und inwiefern diese aufgefrischt, verjüngt und überdacht werden müsse. Die Legitimität Israels wurde hingegen niemals angezweifelt, weder inwiefern es ein koloniales Unterfangen war noch welche Verbrechen es im Zuge seiner Gründung begangen hatte – und auch nicht, wie es ‚die Anderen‘ im eigenen Land behandelt. Anders gesagt: Es waren Gespräche mit der klaren politischen Agenda, Kritik an Israel und am Zionismus mit Antisemitismus zu verknüpfen.“[25]

Diese Agenda erhielt einen erheblichen Institutionalisierungsschub durch die Gründung des Israelischen Regierungsforums zur Beobachtung von Antisemitismus (*Israel Government Monitoring Forum on Antisemitism*) im Jahr 1988 – kurz nach dem Beginn der Ersten Intifada (arabisch: Aufstehen, Aufschütteln), einer zunächst friedlichen Protestbewegung, die von der israelischen Armee mit massiver Gewalt unterdrückt wurde, was zu einer weiteren Verschlechterung des Ansehens Israels führte.[26] Bis zu diesem Zeitpunkt war die Überwachung und Bekämpfung von Antisemitismus unabhängigen jüdischen Forschungsinstituten in unterschiedlichen Ländern überlassen worden. Mit dem behördenübergreifenden Forum sollte diese Arbeit nun unter die Führung des Staates Israel gebracht werden. Wie Antony Lerman festhält, wurde zu diesem Zweck ebenfalls der Mossad eingeschaltet: Dieser war im Forum vertreten und übernahm dort die Aufgabe, die Aktivitäten jüdischer Forschungsinstitute mit staatspolitischen Zielen in Einklang zu bringen.

Im selben Jahr wurde mit Mitteln des Mossad das *Project for the Study of Antisemitism* an der Universität Tel Aviv (heute: *Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism*) ins Leben gerufen. Geleitet von der israelischen Historikerin Dina Porat, der heute die Idee für eine formale Antisemitismusdefinition zugeschrieben wird,[27] konzentrierte sich dieses Projekt ab den frühen 1990er Jahren unter anderem auf die Herausgabe eines jährlichen Berichts mit Statistiken über antisemitische Vorfälle in verschiedenen Ländern. Zu dieser Zeit war Lerman Direktor des Londoner *Institute of Jewish Affairs* (IJA), das als Forschungsabteilung des Jüdischen Weltkongresses bereits einen Bericht dieser Art, den *Antisemitism World Report*, herausgab. Lerman erinnert sich, wie er mehrere Monate lang – zunächst von einem bei der israelischen Botschaft in London arbeitenden Mossad-Agenten, danach vom israelischen Botschafter selbst – unter Druck gesetzt wurde, den *Antisemitism World Report* einzustellen und stattdessen den neuen Bericht des *Project for the Study of Antisemitism* mitherauszugeben. Er lehnte ab, da er der Ansicht war, dies würde die wissenschaftliche Objektivität des IJA beeinträchtigen. Ihm zufolge seien Dina Porat und das Tel Aviv Projekt das „öffentliche Gesicht“ des Mossad gewesen. Anders als sie, weigerten sich er und seine KollegInnen, „den ‚neuen Antisemitismus‘ – der in seiner embryonalen Form den Mossad, die israelische Regierung und Porats Institut anleitete, bald darauf auch die großen internationalen jüdischen Organisationen – zum leitenden Prinzip der Forschung des *Institute of Jewish Affairs* zu machen.“ Im Gegenzug sei dem IJA der Zugang zu den Antisemitismus-Daten des Forums verweigert, und es sei nicht mehr zu internationalen Tagungen der Antisemitismusforschung eingeladen worden. Andere jüdische Organisationen seien durch das Forum unter Druck gesetzt worden, ihre Kooperation mit dem IJA zu beenden. Letztlich sah sich Lerman gezwungen, das IJA zu schließen und es unter einem veränderten Namen neu zu gründen, weil dessen größter Geldgeber, der Jüdische Weltkongress, es schließen und als ideologisch angepassten „Abklatsch“ in New York neu eröffnen wollte.[28]

Kodifizierung des „neuen Antisemitismus“-Begriffs durch die IHRA-Arbeitsdefinition

Durch die Gründung des Israelischen Regierungsforums zur Beobachtung von Antisemitismus, die Einrichtung des *Tel Aviv Project for the Study of Antisemitism* sowie die Ausschaltung von ForscherInnen, die nicht bereit waren, ihre Arbeit staatspolitischen Prioritäten unterzuordnen, gelang es in den 1980er und 1990er Jahren dem Staat Israel, die institutionellen Rahmenbedingungen für eine Neubestimmung von Antisemitismus in seinem Sinne zu schaffen. Diese erfolgte dann in den 2000er und 2010er Jahren mit der IHRA-Arbeitsdefinition, die Lerman treffend als eine „formale Kodifizierung“[29] des „neuen Antisemitismus“-Begriffs beschreibt. Der Prozess dieser Kodifizierung verlief allerdings weitaus weniger gradlinig, als gemeinhin dargestellt wird.

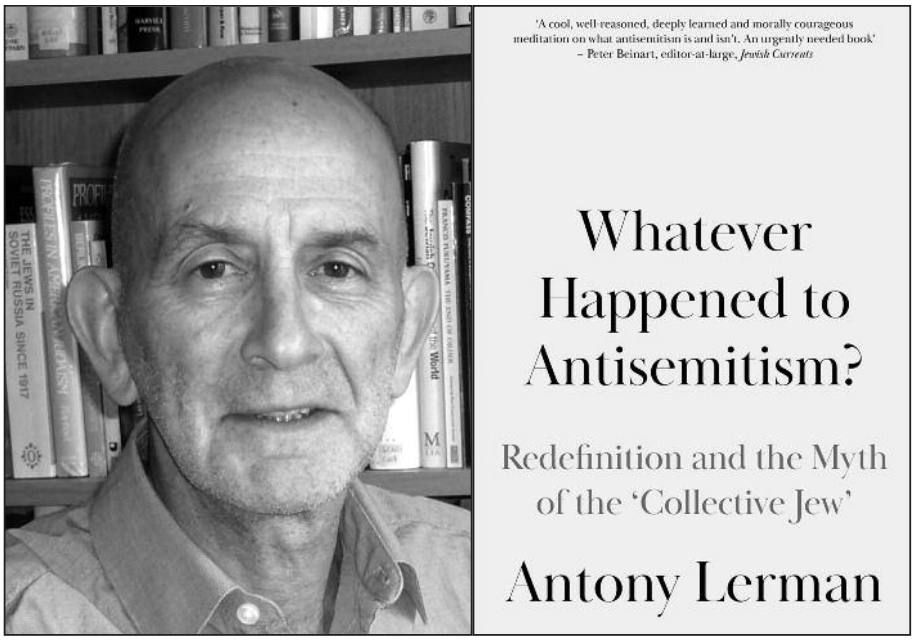
Antony Lermans Erinnerungen deuten darauf hin, dass es in den frühen 2000er Jahren kein „verbreitetes Bedürfnis“[30] in jüdischen Forschungseinrichtungen nach einer „offiziellen“ Antisemitismusdefinition gab. Zu dieser Zeit wuchs aber sehr wohl Israels Bedürfnis nach Imagepflege. Im Juli 2000 scheiterte der Osloer Friedensprozess, wenige Monate später brach die Zweite Intifada aus. Heute wird diese oft in Verbindung mit palästinensischen Selbstmordattentaten gebracht, doch sie verlief zumindest zunächst nach einem ähnlichen Muster wie ihre Vorgängerin: Sie begann als friedliche Protestbewegung, ihr wurde seitens Israels mit äußerster Gewalt begegnet, was dementsprechend zu einer Verstärkung internationaler Kritik an Israel führte.[31] Ein Jahr später hielten die Vereinten Nationen ihre dritte Weltkonferenz gegen Rassismus in der südafrikanischen Stadt Durban ab. Ein Entschließungsentwurf dieser Konferenz erwähnte die „ethnische Säuberung der arabischen Bevölkerung im historischen Palästina“, bezeichnete den Zionismus als „eine Bewegung, die auf rassischer Vorherrschaft beruht“ und sprach in diesem Zusammenhang von einer „neuen Art Apartheid“.[32] Diese Passagen wurden zwar aus der endgültigen Resolution gestrichen, jedoch erst, nachdem die USA und Israel durch den Rückzug ihrer Delegationen einen internationalen Skandal ausgelöst hatten.[33]

Vor diesem Hintergrund verstärkten israelische staatliche Akteure ebenfalls erneut ihre institutionellen Bemühungen, den Begriff des Antisemitismus zu ihrem Vorteil umzudeuten. Bereits im Jahr 2000 wurde das Israelische Regierungsforum zur Beobachtung von Antisemitismus durch das Koordinierungsforum zur Abwehr von Antisemitismus (*Coordination Forum for Countering Antisemitism*, CFCA) ersetzt. Im Februar 2004 wurde von dessen Vorsitz Natan Scharanski, einem israelischen Minister der rechten Likud-Partei, die Gründung einer weiteren Institution, des Globalen Forums zur Bekämpfung von Antisemitismus (*Global Forum for Combatting Antisemitism*, GFCA), angekündigt. Das GFCA sollte die nachrichtendienstliche Arbeit des CFCA durch (offen) diplomatische Initiativen ergänzen und wurde ebenfalls von Scharanski geleitet. Wie aus einer Presseaussendung hervorgeht, wurde bei

der Gründungskonferenz des GFCA eine Definition des „neuen Antisemitismus“ offiziell festgelegt.[34] Wenige Monate später erläuterte Scharanski diese Definition im Vorwort der Herbstausgabe der *Jewish Political Studies Review*, der Zeitschrift des rechten Think-Tanks *Jerusalem Center for Public Affairs* (heute: *Jerusalem Center for Security and Foreign Affairs*).[35] Laut ihm handle es sich um den „neuen Antisemitismus“, wenn Israel einer „Dämonisierung“ ausgesetzt oder mit „Doppelstandards“ kritisiert wird, oder wenn der Staat eine „Delegitimierung“ erfährt, indem ihm das „Grundrecht auf Existenz“ abgesprochen wird.[36] Die so genannte 3D-Regel weist zahlreiche Probleme begrifflich-theoretischer Natur auf: Ab welchem Punkt gilt Kritik als „Dämonisierung“? Wenn man Menschenrechtsverbrechen durch Israel kritisiert, muss man immer im selben Atemzug ähnliche Menschenrechtsverbrechen durch alle Staaten auf der Welt kritisieren, um Antisemitismus zu vermeiden? Was soll unter „Grundrecht auf Existenz“ verstanden werden, wenn das Völkerrecht kein Existenzrecht für Staaten vorsieht? Trotzdem wird – insbesondere im deutschsprachigen Raum – oft Bezug darauf genommen, ohne dass dabei erwähnt wird, dass diese Definition nicht von WissenschaftlerInnen, sondern von einem rechten israelischen Regierungsmitglied verfasst wurde.[37]

Scharanskis 3D-Definition gilt als erster Versuch, das Konzept des „neuen Antisemitismus“ durch institutionelle Anerkennung zu kodifizieren. Trotz ihres nicht unerheblichen Einflusses in gewissen diskursiven Zusammenhängen ist sie aber in einer wichtigen Hinsicht für das Leisten hegemonialer Arbeit nur begrenzt geeignet: Da sie von einem israelischen Parteipolitiker stammt, mangelt ihr der Anschein von Objektivität. Dieses Problem hat die IHRA-Arbeitsdefinition nicht. Doch wie ein genauerer Blick auf ihre Entstehung zeigt, gehört sie zum selben von staatlichen Akteuren angetriebenen Kodifizierungsprojekt wie die 3D-Definition, derer Kernelemente sie auch beibehält.[38]

Obwohl die IHRA-Arbeitsdefinition erst 2016 verabschiedet wurde, ging ihr eine andere, fast wortgleiche Definition voraus: die Antisemitismus-Arbeitsdefinition des Europäischen Zentrums zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (*European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia*, EUMC), einer in Wien ansässigen ehemaligen Forschungseinrichtung der



Der britische Antisemitismusforscher Antony Lerman und sein 2022 erschienenes Werk „Whatever Happened to Antisemitism?“.

Europäischen Union. Diese Definition wurde im März 2005 auf die Website des EUMC hochgeladen – allerdings mit dem Hinweis, dass sie „Teil eines laufenden Prozesses [war], der keine Rechtsgrundlage hat[te]“ und „nicht unbedingt die offizielle Position des EUMC widerspiegelt[e]“.[39] Trotz Behauptungen von Dina Porat und anderen, die IHRA-Definition sei das Ergebnis einer breit angelegten Diskussion unter ExpertInnen, unterscheidet sich ihr Text kaum vom auffällig betitelten „Entwurf für eine Neubestimmung von Antisemitismus“, der ein Jahr zuvor auf der Website des von Porat geleiteten *Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism* (des Nachfolgers des *Project for the Study of Antisemitism*) veröffentlicht wurde.[40] Verfasser dieses Entwurfs war der US-amerikanische Rechtsanwalt Kenneth S. Stern, eine der damaligen Führungskräfte der in New York ansässigen zionistischen Vertretungsorganisation *American Jewish Committee* (AJC).[41] Nachdem Sterns Text veröffentlicht wurde, erfolgte Porat zufolge eine Reihe von Beratungen, an der „eine ganze Reihe von WissenschaftlerInnen und Institutionen beteiligt“ gewesen seien.[42] Wie Lerman allerdings feststellt, deutet die vom EUMC veröffentlichten Liste der Beteiligten darauf hin, dass keine unabhängigen wissenschaftlichen ExpertInnen dabei waren und „nur Personen teilnahmen, die der Vorstellung anhingen, dass es tatsächlich einen ‚neuen Antisemitismus‘ gibt“. Lerman sei selbst zunächst zu den Gesprächen eingeladen worden, doch seine Einladung sei ohne formelle Begründung zurückgezogen worden.[43]

Die Übernahme dieser Arbeitsdefinition von Antisemitismus durch das EUMC trug in den 2000er Jahren zur institutionellen Legitimierung des Konzepts des „neuen Antisemitismus“ bei. Jedoch stieß die Definition bald auf Kritik, und nachdem das EUMC im Jahr 2007 durch die EU-Grundrechtagentur (*Fundamental Rights Agency*, FRA) ersetzt wurde, distanzierte sich deren Führung davon. Letztlich wurde im Jahr 2013 die Definition von der Website der FRA entfernt.[44] Dies provozierte eine heftige Reaktion des israelischen Außenministeriums.[45] Im Mai 2015 beschloss dann das von Natan Scharanski begründete GFCA einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Antisemitismus, in dem empfohlen wurde, dass europäische Institutionen und Regierungen „eine formelle Definition von Antisemitismus verabschieden“, die „einen eindeutigen Verweis auf Angriffe auf die Legitimität des Staates Israel und dessen Existenzrecht enthalten sollte“. Die GFCA-Arbeitsgruppe „Recht, Gesetzgebung und Durchsetzung im Kampf gegen Antisemitismus“, damals unter dem gemeinsamen Vorsitz von Dina Porat, forderte, „dass die [EUMC-]Arbeitsdefinition […] wieder auf internationaler Ebene eingeführt wird, mit dem Ziel, ihr einen rechtlichen Status zu verleihen“.[46]

Dieser Empfehlung wurde im folgenden Jahr offensichtlich Folge geleistet, als beim jährlichen Plenum der IHRA eine fast wortgleiche Arbeitsdefinition wie die des EUMC anscheinend angenommen wurde. Tatsächlich verabschie-

deten die IHRA-Mitglieder aber nicht die Arbeitsdefinition samt ihrer elf Beispiele, sondern nur die ersten zwei Sätze der Kerndefinition: Wie eine ausgiebige Recherche von Jamie Stern-Weiner aus dem Jahr 2021 offenbart, konnte die Definition erst verabschiedet werden, nachdem den nationalen VertreterInnen bei der IHRA versichert worden war, dass die Beispiele kein Teil der „offiziellen" Definition sein würden. Diese Tatsache wird allerdings bis heute von den DefinitionsbefürworterInnen und sogar von der IHRA-Führung selbst aktiv verschleiert. „Wiederholte Erklärungen von Vertreter*innen der IHRA sowie Gesetze und Maßnahmen von Staaten, die die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus übernommen haben, legen nahe, dass die Definition und die elf Beispiele ein Gesamtpaket bilden, das als Ganzes betrachtet werden sollte", resümiert *Amnesty International*.[47]

Die autoritäre Wende in Österreich

Wie ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte verdeutlicht, stellt die IHRA-Arbeitsdefinition keinen Konsens unter ExpertInnen darüber dar, was Antisemitismus ausmacht. Im Sinne von Antonio Gramsci kann sie jedoch als eine *hegemoniale* Antisemitismusdefinition aufgefasst werden: Da sie samt ihrer Beispiele durch Institutionen wie Staaten oder zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt und propagiert wird, wird sie als „Alltagsverstand" verfestigt. Demnach wird die von ihr mehrfach unterstellte inhaltliche Verbindung zwischen Kritik an Israel und Antisemitismus unkritisch hingenommen. Dass das Konzept des „neuen Antisemitismus" hegemonial geworden ist, sieht man etwa am Rückgang der Verwendung dieses Begriffs, wie Antony Lerman feststellt: „Da die Arbeitsdefinition allgegenwärtig wurde und als die Definition von Antisemitismus gilt, besteht keine Notwendigkeit mehr, Israelfeindlichkeit als ‚neuen Antisemitismus' zu bezeichnen."[48]

Ebenfalls zeigt die Geschichte der IHRA-Arbeitsdefinition, dass sie nicht bloß als eine fehlgeleitete oder unzutreffende Antisemitismusdefinition aufgefasst werden sollte. Indem sie eine proisraelische Hegemonie herstellt, erfüllt sie tatsächlich die Funktion, für die sie entwickelt wurde. Diese Hegemonie ist jedoch nicht nur diskursiver, sondern auch rechtlicher Natur. Im Jahr 2017 wurde die IHRA-Arbeitsdefinition durch Österreichs damalige ÖVP/FPÖ-Regierung angenommen. Die Definition ist zwar theoretisch nicht rechtsverbindlich, wird seitdem aber praktisch von österreichischen Behörden wie etwa dem Innenministerium als offizielle Antisemitismusdefinition verwendet.[49] Sie bildet die Grundlage der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus" der Bundesregierung, die im Jänner 2021 verabschiedet und im November 2025 aktualisiert wurde.[50] Auch öffentliche Institutionen wie die Universität Wien beziehen sich – zwar nicht offiziell, aber in ihrer internen Kommunikation mit MitarbeiterInnen – auf die IHRA-Definition, um Repressionen in der akademischen Auseinandersetzung zu rechtfertigen.[51]

Ihre politische Bedeutung darf daher nicht unterschätzt werden. Zu diesem Schluss kommt auch Peter Ullrich. In einem aktuellen Artikel charakterisiert der Antisemitismusforscher die eskalierende Repression gegen die Palästinasolidarische Bewegung in Deutschland als „autoritären Anti-Antisemitismus". Diese Repression gehe mittlerweile so weit, dass sogar „normative Grundlagen der Bundesrepublik (dazu gehören die unveränderlichen Staatsprinzipien und Grundrechte wie Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Asylrecht) als ‚Lehre aus der Geschichte' geschleift werden".[52] Dies erfolge laut Ullrich zum Teil durch „das Eindringen rechtlich problematischer Konstruktionen" wie etwa der proisraelischen deutschen „Staatsräson" oder der IHRA-Arbeitsdefinition „in die Rechtsprechung und den Rechtsvollzug". Solche Konstruktionen seien problematisch, weil sie keine „Gesetze mit (verfassungs-)rechtlich konkret anfechtbarem Inhalt" sind, obwohl Verstöße gegen sie weitreichende rechtliche Konsequenzen mit sich bringen können.[53]

In Österreich spielt der öffentliche Diskurs über „Staatsräson" im Vergleich zu Deutschland (noch) eine kleinere Rolle.[54] Doch so wie die IHRA-Definition verfassungsrechtliche Grundsätze in Deutschland aushöhlt, ist sie auch in Österreich dabei, die „immerwährende" Neutralität zu untergraben. Zwar darf Österreich – anders als Deutschland – keine Waffen an Israel liefern. Die Übernahme der IHRA-Arbeitsdefinition trägt jedoch zur ideologischen Integration Österreichs in einen geopolitischen Block bei, der von den selbst zunehmend autoritären USA geführt wird. Aktuell wird diese Integration besonders eifrig vorangetrieben durch Österreichs Außenministerin und wohl bekannteste Neutralitätsgegnerin Beate Meinl-Reisinger, deren Anklage gegen den Aktivisten Rafael Eisler als Teil dieser Bemühungen verstanden werden muss. Wie diese Entwicklung in einer Zeit zunehmender Militarisierung und erneuter Blockkonfrontation weitergehen wird, ist noch ungewiss. Eines ist aber sicher: Wie ihre Geschichte zeigt, ist die IHRA-Arbeitsdefinition vor allem ein geopolitisches Werkzeug, dessen Auswirkungen weit über die Einschränkung der Meinungsfreiheit hinausgehen.

Anmerkungen:

1/ Amnesty International: „Die Meinungsfreiheit ist hochgradig selektiv". Wie Österreich Solidarität mit Palästinenser*innen beschränkt (EUR 13/0800/2026). März 2026, https://cdn.amnesty.at/media/rbxbh3l2/amnesty-bericht_oesterreich_die-meinungsfreiheit-ist-hochgradig-selektiv.pdf [15.9.2026].

2/ Österreichische Medien wie etwa der ORF oder die Tageszeitungen *Der Standard*, *Die Presse* oder *Der Kurier* haben den Bericht ignoriert. Der einzige deutschsprachige Beitrag dazu erschien auf der Website der deutschsprachigen Edition der internationalen, sozialistisch ausgerichteten Zeitung *Jacobin* und wurde von einer Forscherin bei *Amnesty International Österreich* verfasst: Charlotte Deiss: Palästina-Solidarität ist in Österreich unerwünscht, in: *Jacobin*, 31.3.2026, https://jacobin.de/artikel/palaestina-oesterreich-amnesty-international [15.9.2026].

3/ Vgl. United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights: Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (A/HRC/60/CRP.3). 16.9.2025.

4/ Zur Anklage sowie zum Freispruch von Rafael Eisler vgl. Muzayen Al-Youssef: „Beate Völkermord-Reiniger" ist laut Gericht zulässige Kritik, in: *Der Standard*, 21.7.2026.

5/ Amnesty International: Meinungsfreiheit, S. 16.

6/ Vgl. Susan Neiman: Philosemitischer McCarthyismus, in: dies. (Hg.): „Hijacking Memory". Zur Instrumentalisierung des Holocaust durch die Neue Rechte. Bielefeld 2026, S. 179–196.

7/ IHRA: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus [15.9.2026].

8/ Peter Ullrich: Gutachten zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance (im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e.V.). September 2019, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf [15.9.2026], S. 12.

9/ Zum hegemonietheoretischen Begriff „Äquivalenzkette" vgl. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien 1991.

10/ Selbstbestimmung heißt jedoch nicht, dass Völker das Recht auf einen eigenen Staat haben. Vgl. Peter Beinart: There Is No Right to a State, in: *Jewish Currents*, 27.1.2021.
11/ Ilan Pappe: Die ethnische Säuberung Palästinas. Frankfurt am Main 2007, S. 11.
12/ Vgl. z.B. Resolution 194 (A/RES/194), Resolution 273 (A/RES/273) oder Resolution 3236 (A/RES/3236) der UNO-Generalversammlung, aufrufbar bei https://docs.un.org.
13/ Vgl. z.B. B'Tselem: A Regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea. This is apartheid. Jänner 2021, www.btselem.org/sites/default/files/publications/202101_this_is_apartheid_eng.pdf; Human Rights Watch: A Threshold Crossed. Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution. April 2021, www.hrw.org/sites/default/files/media_2021/04/israel_palestine0421_web_0.pdf; Amnesty International: Israels Apartheid gegen die Palästinenser*innen. Ein grausames Herrschaftssystem und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Februar 2022, www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Uebersetzung-Zusammenfassung-Bericht-Israels-Apartheid-against-Palestinians-2022.pdf [15.9.2026].
14 Vgl. z.B. International Association of Genocide Scholars: IAGS Resolution on the Situation in Gaza, 31.8.2025, https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf [15.9.2026].
15/ Antony Lerman: Israel als der verfolgte „kollektive Jude" unter den Nationen innerhalb der Orthodoxie des „neuen Antisemitismus", in: Neiman (Hg.): „Hijacking Memory", S. 75–99; Antony Lerman: Whatever Happened to Antisemitism? Redefinition and the Myth of the „Collective Jew". London 2022. Erstere Arbeit ist ein Essay, der die wesentlichen Erkenntnisse der zweiten Arbeit, eines englischsprachigen Buches, zusammenfasst. Wenn aus dem deutschsprachigen Text zitiert wird, so wird daneben auch die entsprechende Stelle im englischsprachigen Werk angegeben.
16/ Jamie Stern-Weiner: The Politics of a Definition. How the IHRA Working Definition of Antisemitism Is Being Misrepresented, in: Free Speech on Israel, April 2021, https://freespeechonisrael.org.uk/wp-content/uploadshttps://freespeechonisrael.org.uk/wp-content/uploads/2021/04/The-Politics-of-a-Definition.pdf/2021/04/The-Politics-of-a-Definition.pdf [15.9.2026].
17/ Lerman: Israel, S. 75.
18/ Ullrich: Gutachten, S. 3. Zur IHRA-Arbeitsdefinition als Beispiel von „Quasi-Recht" bzw. quasi-law vgl. auch Rebecca Ruth Gould: Legal Form and Legal Legitimacy. The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech, in: *Law, Culture and the Humanities*, 18. Jg. (2022), Nr. 1, S. 153–186.
19/ Ullrich: Gutachten, S. 7.
20/ Lerman arbeitete als Forscher (1979–83), später als stellvertretenden Direktor (1983–91) und schließlich als Direktor (1991–96) beim in London ansässigen *Institute of Jewish Affairs*, danach als Direktor dessen Nachfolgerorganisation, dem *Institute for Jewish Policy Research* (1996–99, 2006–09), sowie als Geschäftsführer der *Rothschild Foundation Hanadiv Europe* (1999–2006). Vgl. Antony Lerman: The Making and Unmaking of a Zionist. A Personal and Political Journey. London 2012.
21/ Lerman: Israel, S. 82 (Whatever Happened, S. 124).
22/ Vgl. hierzu Antony Lerman (im Gespräch mit Daniel Finn): Israel and Its Supporters Have Redefined Antisemitism to Stifle Solidarity With Palestine, in: *Jacobin*, 21.1.2023, https://jacobin.com/2023/01/israel-new-antisemitism-anti-zionism-ihra-definition-antony-lerman [15.9.2026]: „In diesem analytischen Rahmen werden Antizionismus und Antisemitismus oft so dargestellt, als seien sie zwei Punkte auf einem Kontinuum – wodurch sie organisch miteinander verbunden wären – mit einem undefinierten, umstrittenen Punkt, an dem Antizionismus in Antisemitismus übergeht. Ich würde behaupten, dass es sich dabei tatsächlich um völlig unterschiedliche Phänomene handelt: Es gibt kein Kontinuum zwischen ihnen."
23/ Resolution 3379 der UNO-Generalversammlung (A/RES/3379), https://docs.un.org/en/A/RES/3379%20(XXX) [15.9.2026]; vgl. Lerman: Whatever Happened, S. 50.
24/ Die Protokolle dieser Seminare wurden in zwei Bänden veröffentlicht: Moshe Davis (Hg.): Zionism in Transition. New York 1980; Yehuda Bauer (Hg.): Proceedings of the Eighth International Seminar of the Study Circle on World Jewry under the Auspices of the President of Israel, Chaim Herzog, Jerusalem, 29–31 December 1985. Jerusalem 1988.
25/ Lerman: Israel, S. 77 (Whatever Happened, S. 46ff.).
26/ Vgl. Lerman: Whatever Happened, S. 89.
27/ Kenneth S. Stern: The Conflict over the Conflict. The Israel/Palestine Campus Debate. Toronto 2020, S. 151, 155.
28/ Lerman: Israel, S. 80–82 (Whatever Happened, S. 93–96).
29/ Ebd., S. 86 (S. 124ff.).
30/ Ebd., S. 82 (S. 124).
31/ Vgl. Reuven Pedatzur: More Than a Million Bullets, in: *Haaretz*, 29.6.2004; Nada Matta/René Rojas: The Second Intifada. A Dual Strategy Arena, in: *European Journal of Sociology*, 57. Jg. (2016), Nr. 1, S. 65–113, hier S. 83f.
32/ Vgl. Group of 21: Draft Declaration for the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance (A/CONF.189/PC.3/7), 12.7.2021, § 29 und § 63, https://digitallibrary.un.org/record/445816?ln=en&v=pdf [15.9.2026].
33/ Vgl. Rachel L. Swarns: The Racism Walkout. U.S. and Israelis Quit Racism Talks Over Denunciation, in: *New York Times*, 4.9.2001.
34/ Ein Auszug aus dieser Presseaussendung befindet sich in Lerman: Israel, S. 83.
35/ Präsident des *Jerusalem Center for Public Affairs* von 2000 bis 2022 war Dore Gold (1953–2025), israelischer UN-Botschafter und außenpolitischer Berater von Benjamin Netanjahu. Laut einem Bericht aus dem Jahr 2014 in der jüdisch-amerikanischen Zeitung *The Forward* stammte zwei Drittel der Finanzierung des Think-Tanks im Jahr davor vom erzkonservativen US-amerikanischen Milliardär Sheldon Adelson, einem prominenten Unterstützer Netanjahus. Vgl. Nathan Guttman: Sheldo Adelson is a Philanthropist Like No Other, in: *The Forward*, 3.11.2014.
36/ Natan Sharansky: Foreword, in: *Jewish Political Studies Review*, Jg. 16 (2004), Nr. 3/4, S. 5–8, hier S. 6.
37/ Exemplarisch Isolde Vogel (im Gespräch mit Anna Goldenberg): Wie spricht man über Israel, ohne antisemitisch zu sein? *Falter*, 3.6.2025. Hierin bezeichnet die DÖW-Mitarbeiterin die 3D-Regel als praktisches Werkzeug zur Vermeidung von Antisemitismus in Gesprächen über Gaza. Sie behauptet unter anderem, dass der Begriff „Intifada" heutzutage „ein Aufruf zum Judenmord" sei, und dass man bei Kritik des israelischen Kolonialismus in der Westbank „auch die Frage aufwerfen [könne], ob hier nicht auch der Kolonialismus verharmlost wird".
38/ Beispiele 7 und 8 der IHRA-Definition gehen explizit um „Delegitimierung" bzw. „doppelte Standards". Beispiel 9 bezieht sich implizit auf „Dämonisierung", indem es besagt, „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten" seien antisemitisch. In Anlehnung an dieses Beispiel beschloss die Heinrich-Böll-Stiftung, die Verleihung des Hannah-Arendt-Preises an M. Gessen im Dezember 2023 abzusagen, nachdem Gessen in einem Essay jüdische Ghettos im von den Nazis besetzten Europa mit Gaza verglich. Vgl. Masha Gessen: In The Shadow of the Holocaust, in: *New Yorker*, 9.12.2023.
39/ Zit. nach Lerman: Whatever Happened, S. 126; vgl. auch Lerman: Israel, S. 84.
40/ Kenneth S. Stern: „Proposal for a redefinition of antisemitism", in: Dina Porat/Roni Stauber (Hg.): Antisemitism Worldwide 2003/4. Tel Aviv 2005, S. 18–28.
41/ Vgl. „Über Uns" der AJC-Website, www.ajc.org/whoweare [15.9.2026]: „American Jewish Committee (AJC) baut vertrauensvolle Partnerschaften mit führenden Persönlichkeiten auf der ganzen Welt auf, um die Sicherheit und das Wohlergehen der Juden *und Israels* zu gewährleisten" (meine Hervorhebung; AB). In einer Presseaussendung vom Dezember 2024 kritisierte das AJC den aus seiner Sicht „falschen Genozidvorwurf" gegen Israel durch *Amnesty International.* Vgl. American Jewish Committee Decries Amnesty International's Report on False Genocide Charge (Presse-

aussendung), 5.12.2024, www.ajc.org/news/american-jewish-committee-decries-amnesty-internationals-report-on-false-genocide-charge [15.9.2026].

42/ Dina Porat: The international working definition of antisemitism and its detractors, in: *Israel Journal of Foreign Affairs*, Jg. 5 (2011), Nr. 3, S. 93–101, hier S. 96.

43/ Lerman: Israel, S. 84 (Whatever Happened, S. 128f. und S. 289, Anm. 16).

44/ Vgl. ebd., S. 84 (S. 133–135); Ullrich: Gutachten, S. 7.

45/ Vgl. Sam Sokol/Lahav Harkov: Israel urges EU human rights body to return "anti-Semitism" definition to website, in: *Jerusalem Post*, 6.12.2013.

46/ Zit. nach Stern-Weiner: Politics, S. 20.

47/ Amnesty International: Meinungsfreiheit, S. 23.

48/ Lerman: Israel, S. 87.

49/ Bundesministerium für Inneres: Lagebericht. Hate Crime 2024. Wien, Juli 2025, S. 92; vgl. Amnesty International: Meinungsfreiheit, S. 29

50/ Bundeskanzleramt: Nationale Strategie gegen Antisemitismus 2.0. Nationale Strategie der Republik Österreich zur Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens (2025–2030). Wien 2025, S. 45ff.

51/ Im November 2025 entzog etwa das Rektorat der Universität Wien die zunächst zugesagten Räumlichkeiten für die geplante Vortragsreihe „Anti-Colonial Week". Auf Nachfrage der OrganisatorInnen antwortete das Büro des Rektorats, die Räumlichkeiten seien entzogen worden, weil zwei der Vortragenden den Begriff „Siedlerkolonialismus" in Bezug auf Israel verwendet hätten. Vgl. Roberta-Maria Ghete/Cosimo Paravano/Maya Rinderer: The Politics of Rooms: Making Spaces for Anti-Colonial Perspectives in Research, Teaching, and Learning. Unveröffentlichter Vortrag in Liège am 12.6.2026, S. 11.

52/ Peter Ullrich: Autoritärer Anti-Antisemitismus, in: *Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 65. Jg. (2026), Nr. 1, S. 92–101, hier S. 98.

53/ Ullrich: Autoritärer Anti-Antisemitismus, S. 97.

54/ Anzumerken ist, dass der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) 2018 eine proisraelische „Staatsräson" für Österreich ausgerufen hat. In einer Rede in Jerusalem vor dem zionistischen *American Jewish Committee* (AJC) kündigte er an: „Als Österreicher werden wir Israel unterstützen, wann immer es gefährdet ist. Das ist die moralische Verpflichtung Österreichs und das ist auch im Interesse meines Heimatlandes." Bundeskanzler Sebastian Kurz: Unterstützung Israels als moralische Verpflichtung (Presseaussendung), Österreichische Bundeskanzleramt, 12.6.2018, www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2017-2018/bundeskanzler-sebastian-kurz-osterreich-tragt-verantwortung-fur-verbrechen-der-shoah-.html [15.9.2026].

„Russen töten"

Mediale Barbarisierung als „Missverständnis"

Seit langem hatten ukrainische und EU-Unterhändler bei serbischen Regierungsstellen und Präsident Aleksandar Vučić antichambriert wegen Serbiens mangelnder militärischer Unterstützung für die Ukraine. Und seit langem wird Druck auf Serbien wegen seiner fehlenden Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo ausgeübt (wobei seltsamerweise hierzulande medial so gut wie nie davon die Rede ist, dass auch Spanien, die Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern diese nicht anerkennen). Nun hat also Vučić Anfang August dieses Jahres Selenskyj nach Belgrad eingeladen. Wohl auch, um den EU-Druck zu dämpfen. Mehr war eigentlich nicht – weiterhin keine serbische Zusage für Militärhilfe, wohl Hilfszusagen für den Wiederaufbau nach dem Krieg. Und über Kosovo nichts Neues.

Die Pressekonferenz von Vučić und Selenskyj am 8. August hätte also wenig Aufregung verursacht. Wäre nicht der deutsche Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) gewesen. Dieser fragte Selenskyj, Vučić ignorierend: „Können Sie uns Europäern konkret sagen, was wir tun können, um Ihnen zu helfen, mehr Russen zu töten?" Pause: „Mehr russische Soldaten, natürlich." Nun scheint mittlerweile für deutsche Eliten, ob aus dem Journalismus oder der Politik, die Anmaßung üblich geworden zu sein, für „uns Europäer" zu sprechen und so als „Führer der EU" vulgo „Europas" aufzutreten. Und es hat den Anschein, dass das hierzulande weder die dominierenden PolitikerInnen noch die meisten JournalistInnen stört. Im Gegenteil, fast wie Sprechpuppen plappern viele von ihnen den im Kriegswahn befindlichen „Piefkes" munter nach.

Kürzlich stimmte auch die Journalistin Tessa Szyszkowitz in der *Falter*-Ausgabe vom 1. September 2026 in diesen Chor ein. Sie titelte: „Schüren von Hass nach Artikel 282. FAZ-Korrespondent Michael Martens hat eine missglückte Frage gestellt. Jetzt sind die Russen hinter ihm her." Schon die FAZ hatte kühn behauptet, Martens angebotene Tötungsbeihilfe sei „missverständlich" formuliert gewesen; „missglückt" ist da noch eine zusätzliche Steigerung. Denn sein demnach berechtigter Angriff auf den aktuellen Weltfeind Nr. 1 „glückte" nicht. Dabei war nichts „missverständlich": Martens hatte später noch nachgelegt und seine Formulierung verteidigt: „Wie werden Kriege beendet? Indem Soldaten getötet und die Infrastruktur des Gegners zerstört wird. Lest Memoiren aus dem 2. Weltkrieg. Nur wenn die freie Welt mehr russische Soldaten töten kann, als Putin ersetzen kann, wird er gezwungen, ihn zu beenden." FAZ-Logik? Hatte doch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg bekanntlich viel mehr Sowjetbürger, vulgo „Russen", getötet als Deutsche durch die Rote Armee umkamen – und dennoch nicht gesiegt. Die FAZ setzte mit einem Dementi noch eins drauf: Es sei nicht ihre „redaktionelle Linie", „dass möglichst viele russische Soldaten getötet werden sollten". So weit hat sich diese Journaille bereits barbarisiert, dass sie dementieren muss, was aus ihrem täglichen Buchstabensalat geschlossen werden kann.

Szyszkowitz entdeckte daraufhin für Martens einen „Albtraum: Er kann sich seines Lebens nicht mehr sicher sein." Wie das? Die russische Justiz hat gegen Martens ein Strafverfahren eingeleitet und wirft ihm nach Artikel 282 des Strafgesetzbuches öffentliche Anstiftung zu Hass und Feindseligkeit vor. Die russische Botschaft in Berlin ersuchte zudem die Berliner Staatsanwaltschaft um eine rechtliche Prüfung nach deutschem Recht. Schlimm? Mehr als das, meinte Frau Szyszkowitz und machte den Schreibtischtäter zum Verfolgten, hinter dem „die Russen her" sind. „Seine Reportagen über die Bären in Rumänien hat er erst einmal aufgeschoben." Dabei räumt sie selbst ein, dass Martens kein Fahndungsersuchen durch Interpol fürchten muss, da man die Russen bei Interpol für derartige Fälle gesperrt habe. Und die deutsche Justiz hat ohnehin sofort abgewunken. Volksverhetzung gegen Russen gibt's nicht.

Hingegen blieb eine Facette dieser Causa durch die *Falter*-Autorin Szyszkowitz nobel ausgespart: Bei anderer Gelegenheit hatte FAZ-Martens erklärt: „Vor der Reise nach Breslau hatte ich beschlossen, mich an keinen politischen Diskussionen über Israel zu beteiligen, sollten solche aufkommen. Als Deutscher und Nachkomme eines Offiziers im Stab der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg hielt ich es für angebracht, zu schweigen." Die Vernichtung von Mil-

lionen Weißrussen, Russen und anderen zivilen Sowjetbürgern veranlassten diesen Enkel eines Wehrmachtsoffiziers nicht zum Schweigen gegenüber „Russen“. Deutsche Verbrechen gab es allerhöchstens an Juden. Die geopolitische Rücksicht wie gegenüber den Israelis gilt für die Russen nicht, auch weil Leute wie Martens die Ergebnisse des Nürnberger Prozesses, bei dem nicht der Holocaust im Mittelpunkt stand, offenbar nie zur Kenntnis genommen haben.

Schließlich ist noch zu vermerken, dass Frau Szyszkowitz auch auf den serbischen Präsidenten schlecht zu sprechen ist, weil er auf Martens Frage „sofort indigniert eine Augenbraue“ hob. Nicht aufgefallen ist ihr, dass der Journalist eines führenden deutschen Mediums die Tötungsbeihilfe just in einem Land anbot, das im vergangenen Jahrhundert mehrmals seine einschlägigen Erfahrungen mit der deutschen Tötungsindustrie gemacht hat. Weshalb Vučić verstört auf Martens antwortete: „Was das Töten angeht – ich hoffe, dass das Töten aufhört.“ Das aber war für den FAZ-Journalisten kein Thema und interessierte auch Frau Szyszkowitz nicht. Stattdessen rückte ihre Redaktion einen zusätzlichen Artikel ins selbe Heft, Titel: „Was tut Österreich gegen Putins Propaganda?“ Weil es ja bekanntlich sonst keine Staaten gibt, die Propaganda betreiben.

Karl Wimmler

www.marxistische-blaetter.de

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57
info@neue-impulse-verlag.de



Lob des Kommunismus

Zum Thema: Wolf-Dieter Gudopp von Behm, Kuno Füssel, Peter Gärtner, Joachim Hösler, Helga Hörz, Vijay Prashad (Indien), Vladimiro Giacché (Italien), Robert Krotzer (Graz), Nina Hager, Willi Gerns, Hannes A. Fellner (Österreich), Reinhard Stähling.

In der Beilage: Björn Blach, André Cintra (Brasilien), Rossana Cambron (USA), Claude.AI/Use.AI, Dietmar Dath, Georg Fülberth, Kollektiv Die Kommunisten Kneipe, Booker Omole (Kenia), Manfred Sohn, Jonathan White (GB).

In weiteren Rubriken: Jürgen Block, Artur Brückmann, Vincent Cziesla, Alina Essberger, Jenny Farrell (Irland), Andreas Fisahn, Norbert Heckl, Yusuf Karaaslan/Kolja Steingold, Kai Köhler, Jérôme Legavre (Frankreich), Li Zhuoru (VR China), Artur Pech, Düzgün Polat, Willy Sabautzki, Ingar Solty, Miguel Torres Tesoro (Kuba), Holger Wendt.

Preise:			
Einzelheft (inkl. Porto)	14,50 €	Ermäßigt/Digital-Abo	38,00 €
Jahresabo	54,00 €	Jahresabo+PDF	64,00 €
		ermäßigtes Abo+PDF	48,00 €

Heinrich Geiselberger (Hg.): Oben rechts. Rechtspopulismus als Klassenprojekt. Berlin: Suhrkamp 2026 (edition suhrkamp, Bd. 2813), 271 S., 20,60 Euro

In diesem lesenswerten, vom Suhrkamp-Lektor Heinrich Geiselberger herausgegebenen Band sind Texte versammelt, die aus verschiedenen Perspektiven beleuchten, inwieweit der Rechtspopulismus (viele andere Begriffe mit verschiedenen Bedeutungsnuancen werden zur Benennung des Phänomens verwendet) als Projekt bestimmter Kapitalfraktionen gedeutet werden kann. Viele Beiträge beinhalten begriffs-, entstehungs- und vergleichende historische Perspektiven. Zentrale Figuren sind dabei, so der Tenor durch das gesamte Buch hinweg, „konservative Männer, die ihr eigenes Unternehmen leiten“ (S. 2), also Familien- oder Eigentümerunternehmer.

Einleitend ist eine kurzweilige Reportage des Journalisten Tobias Moorstedt mit dem Titel „Heimat der Weltkleinbürger“ zu lesen. Er bereiste den deutschen Wahlkreis Schwäbisch Hall – Hohenlohe, um dort den Zusammenhang zwischen einer hohen Dichte von Familienunternehmen und guten Wahlergebnissen der AfD zu untersuchen. Die Region war lange landwirtschaftlich geprägt und arm gewesen, bis in den 1970er Jahren der Bau der A6 eine späte Industrialisierung bewirkte, wobei sich hier in der Folge viele „Spätaussiedler“ niederließen. In der Fabriklandschaft, die zahlreiche Hidden Champions beheimatet, fürchten die seither tonangebenden Unternehmer aufgrund der vorherrschenden Stagnation einen Niedergang, was sich darin ausdrückt, dass sie von der hier traditionell besonders konservativen CDU hin zur AfD tendieren, die sich als „Stimme des Mittelstands“ präsentiert.

Die Harvard-Literaturwissenschaftlerin Moira Weigel liefert mit ihrem Beitrag „Elitärer Anti-Elitismus. Die lange Geschichte einer immer wieder bestechend neuen Idee“ eine ausführliche Darstellung der dem Buchtitel widersprechenden Position, dass Rechtspopulismus die Rache der ärmeren Gesellschaftsschichten an der arroganten linksliberalen Professional-Managerial Class sei, wobei sie sich auf den englischsprachigen Diskurs konzentriert, aber auch zeigt, wie allen voran die Springer-Presse diese Position in den deutschsprachigen Raum brachte. Sie verfolgt die vermeintlich anti-elitäre Haltung der US-amerikanischen Rechten zurück bis in die 1930er-Jahre, in denen die „America First“-Bewegung, die Nazideutschland nahestand, gegen den New Deal mobilisierte, dabei erstmals ein angebliches liberales Bias der staatlich beeinflussten Medien beklagte und sich gegen große Unternehmen und Unis positionierte.

Im Text „Von Poujade über Berlusconi zu Trump. Eine Genealogie des libertären Patrimonialismus“ präsentiert der Frankfurter Professor Thomas Biebricher einen Begriff, hinter dem sich der „libertäre Angriff auf den Staat in loser Verbindung mit xenophoben und sozialkonservativen Positionen und verkörpert vom männlichen Politikunternehmer“ (S. 103) verbirgt. Heute ein häufiges Phänomen, sei der libertäre Patrimonialismus bis in die jüngste Vergangenheit selten gewesen. Biebricher beschreibt deshalb die wenigen erfolgreichen Projekte, die dieser Definition entsprächen, angefangen beim Poujadismus des Frankreichs der 1950er Jahre, einer kleinbürgerlich geprägten Protestbewegung, deren Jugendorganisation vom jungen Jean-Marie Le Pen geleitet wurde, der sich später als „Rechtspoujadist“ mit den „Vichy-Nostalgikern“ aussöhnte, um 1972 den *Front National* zu gründen.

Mit Trump ist schließlich der Übergang zu Melinda Coopers Text „Der Familienkapitalismus und die Revolte der Kleinunternehmer“ geschaffen. Die Soziologin der Australian National University legt dar, wie Familienunternehmen über Jahrzehnte die Voraussetzungen für den Trumpismus geschaffen hätten. Dass ArbeiterInnen Trump wählten, sei nämlich vor allem dessen Propaganda gewesen. Die Finanzkrise 2008 hatte private Kreditmärkte wichtiger gemacht, die als Multiplikatoren eigentümerunternehmerischer Strukturen dienen würden, so Cooper. Dies schwächte einerseits Gewerkschaften und stärkte andererseits „Bindungen zwischen kleinen Familienunternehmen und großen Dynastien.“ (S. 170) Aus dieser Gemengelage heraus unterwanderten seit 2010 Mitglieder der kleinbürgerlichen Tea Party die Republikanische Partei. Der Trumpismus stelle nun die Vollendung der Dominanz der Familienunternehmen dar.

In seinem Beitrag „Staatsabbau als Erfolgsformel. Wahlsoziologische Erkundungen im Grenzgebiet zwischen FDP und AfD“ untersucht der Genfer Politikwissenschaftler Lukas Haffert das Wahlverhalten von deutschen Kleinunternehmern. Selbstständige weisen die Besonderheit auf, dass sie sowohl überdurchschnittlich viel FDP als auch AfD

wählen, was sonst keine Gruppe tut. Die Gemeinsamkeit beider Parteien sei die Hetze gegen den Staat, der Unterschied, dass die AfD auch ArbeiterInnen anspreche. Haffert liefert einige Gründe für den Zusammenhalt dieser paradoxen Koalition: Die AfD unterscheide erstens zwischen makers und takers, was es ihr ermögliche, ersteren keine Sozialleistungskürzungen in Aussicht zu stellen. Zweitens ist es eine vornehmlich männliche Koalition, drittens hätten ProduktionsarbeiterInnen wie kleine Unternehmen besonders unter der Corona-Pandemie gelitten, und viertens könne man sich auf die (staatliche) Regulierung und die Regulierenden als Feinde einigen.

Im letzten Text versucht der in Oxford lehrende Historiker Anton Jäger unter dem Titel „Trumpismus als vierte Spielart kapitalistischer Ausnahmeherrschaft? Eine kurze Ideengeschichte klassentheoretischer Erklärungen“, die vorangegangenen Beiträge zusammengefasst in Beziehung zu setzen mit älteren marxistischen Theorien zu Bonapartismus und Faschismus, konkret Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ und Nicos Poulantzas „Faschismus und Diktatur“. Kern beider Theorien sei erstens, dass eine Beziehung zur jeweiligen Entwicklung oder „Konjunktur des Klassenkampfes“ (S. 228) hergestellt werde, zweitens die Berücksichtigung vieler verschiedener Klassenfraktionen und drittens, dass Bonapartismus und Faschismus klar als von ‚oben‘ initiiert dargestellt würden. Jäger sieht dabei die Möglichkeit, auch den Trumpismus nach diesem Schema zu charakterisieren, wobei er über die Skizze solch einer Charakterisierung (noch) nicht herauskommt.

Auch wenn sich die Beiträge teils inhaltlich überschneiden und eine Unterteilung in gemeinsam bearbeitete Kapitel wahrscheinlich gewinnbringender gewesen wäre, gibt es doch keinen Beitrag, der überflüssig ist. Der Band beantwortet wichtige, hochaktuelle Fragen unter Rücksichtnahme auf historische Grundlagen und wirft noch wichtigere auf. Ein Aufruf Anton Jägers, der ganz am Schluss steht, weist dabei in eine konkrete politische Richtung: Die Linke solle „das Gegeneinander-Ausspielen ihrer diversen Fraktionen als ideologisches Manöver“ (S. 258) durchschauen und sich nicht selbst darin üben. Positiv formuliert findet sich dieses Einheitsgebot bereits im Manifest der Kommunistischen Partei („stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten“), womit man wieder bei Marx wäre.

Philip Kruschwitz

Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft

Herausgeber und Medieninhaber:
Alfred Klahr Gesellschaft
Präsident: Walther Leeb
Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Adam Baltner, Irene Filip, Christian Kaserer, Philip Kruschwitz, Manfred Mugrauer, Florian Schwanninger, Ernst Strouhal, Karl Wimmler
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Telefon: (+43–1) 982 10 86
E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at
www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
Österreichische Post AG
Sponsoring-Post
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien



Die KPÖ im Spiegel ihrer Programme

Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft

Ideologie und Programmatik haben in der KPÖ als „Weltanschauungspartei“ einen höheren Stellenwert als in anderen Parteien. In der Ersten Republik veröffentlichte die KPÖ eine Reihe von Aktionsprogrammen, aber kein Grundsatzprogramm. Ab 1935 war für die KPÖ die Volksfrontpolitik prägend, die nach 1945 mit der antifaschistisch-demokratischen Orientierung fortgeschrieben wurde. In den 1960er Jahren rückte, in Vorwegname „eurokommunistischer“ Überlegungen, das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus in den Mittelpunkt. Das 1982 verabschiedete erste Parteiprogramm der KPÖ mit dem Titel „Sozialismus in Österreichs Farben“ baute auf dem Konzept einer antimonopolistischen Demokratie als Übergangsetappe zum Sozialismus auf. Die 1994 beschlossenen „Grundzüge einer Neuorientierung“ fixierten erste Überlegungen einer programmatischen Erneuerung nach dem Ende der Staaten des realen Sozialismus. 1990 wurde erstmals ein Frauenprogramm beschlossen, das seither mehrmals aktualisiert wurde.

Winfried R. Garscha: *„Volksfront“ in Österreich? Zur Programmdiskussion in der KPÖ vor und nach dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (1935)*

Manfred Mugrauer: *Die antifaschistisch-demokratische Orientierung der KPÖ nach 1945*

Michael Graber: *Demokratie und Sozialismus. Die Programmdiskussion der 1960er Jahre*

Gerhard Mack: *Antimonopolistische Demokratie und Sozialismus in Österreichs Farben*

Ines Konnerth: *Die frauenpolitische Programmatik der KPÖ*

Martin Konecny: *Nach dem Ende der Geschichte: programmatische Erneuerung nach 1990 und aktuelle Debatten*





Samstag, **21. November 2026**, 14 bis 18 Uhr
Veranstaltungssaal der KPÖ, **Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**